Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 1/Nr. 3

Dezember 1976



Kommunistischer Bund Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Jahrgang 1/Nr. 3 Dezember 1976

Inhalt

Impressum:
Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag Alois Wieser GesmbH. Druck: Alois Wieser GesmbH, Halbgasse 12, 1070 Wien
Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1070

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne"

Vorbemerkung

Die "Rote Fahne" hat im Juli 1976 eine Kritik am Programm des KB Österreichs veröffentlicht. Im "Kommunist" Nr. 2/76 (November 1976) ist der erste Teil unserer Stellungnahme zu dieser Kritik erschienen. Er bezieht sich auf die Frage des Staates, der bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie. In einer Einleitung wird auf den Charakter der Kritik der "Roten Fahne" insgesamt eingegangen. In dieser Nummer des "Kommunist" folgt der zweite Teil unserer Antwort. Er bezieht sich auf den Kampf um Demokratie als den Weg des Herankommens und der Vorbereitung der proletarischen Revolution, den unser Programm angibt. Zwischen den falschen Auffassungen der "Roten Fahne" zum Staat, was er ist, welche Rolle und Funktion er in der Gesellschaft hat, usw. usf. und ihrer Negierung des revolutionär-demokratischen Kampfes besteht natürlich ein enger Zusammenhang. Wer den Staat in metaphysischer Weise nur als Gewaltapparat betrachtet und das der marxistischen Anschauung gegenüberstellt, daß der Staat "Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" ist, wer nicht begreift, daß und inwiefern der Staat eine gesellschaftliche Einrichtung ist, wer den Zusammenhang des Klasseninhalts und der politischen Form der Staatsmacht einer Klasse nicht begreift usw. usf. - der wird sich den Blick auf die Wirklichkeit verstellen und mit dem Kampf um Demokratie nichts anzufangen wissen. So sind die in der letzten Nummer behandelten theoretischen Positionen der "Roten Fahne" zum Staat die Grundlage für ihren "imperialistischen Ökonomismus", der in ihren Auffassungen des revolutionär-demokratischen Kampfes zum Ausdruck kommt.

Der dritte und letzte Teil unserer Antwort an die "Rote Fahne" wird im Jänner erscheinen. Hinzuweisen ist noch, daß die Seitenangaben zu Zitaten aus der "Roten Fahne" dem Original entsprechen. Im "Kommunist" 2/76, wo wir die gesamte Stellungnahme der "Roten Fahne" wiedergegeben haben, entsprechen dagegen den Seiten 1 - 32 des Originals die Seiten 6 - 37.

V. Zur Frage des Kampfes um Demokratie

1. Kurze Zusammenfassung der Kritik der »Roten Fahne«

Die ideologische Hauptauseinandersetzung mit der Kritik der "Roten Fahne" an unserem Programm wird zweifellos auf dem Gebiet des Kampfes um Demokratie geführt. Die "Rote Fahne" geht hier gegen ein Kernstück unserer Strategie und Taktik vor. Resumieren wir knapp die Kritik der "Roten Fahne":

" Der Marxismus-Leninismus unterscheidet bekanntlich zwischen demokratischen und sozialistischen Forderungen, Aufgaben und Zielen und dementsprechend auch zwischen demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Diese Unterscheidung, die sich in den Programmen der revolutionären Arbeiterbewegung manchmal auch als Unterscheidung zwischen "Minimalprogramm" und "Maximalprogramm" manifestiert, ist im Grunde die Unterscheidung zwischen Reform und Revolution. Im KB-Programm findet sich eine solche Unterscheidung nicht, sondern ganz im Gegenteil wird der Kampf um demokratische Reformen heillos mit den Aufgaben der proletarischen Revolution vermengt und verwechselt." (S. 14). Es sei unrichtig, daß der "demokratische Kampf" auf die proletarische Revolution hinziele, das tue vielmehr nur der "sozialistische Kampf". Der "demokratische Kampf"habe "weit bescheidenere Ziele, die mehr oder minder weitgehend verwirklicht werden können, o h n e daß die bürgerliche Diktatur schon gestürzt und durch die proletarische ersetzt wird" (S. 14). Die Vermischung von "demokratischem" und "sozialistischem"Kampf , von Reform und Revolution ergebe "Reformismus in Reinkultur". Dieser zeige sich auch deutlich an der Phrase vom "letztlichen Umschlagen" des demokratischen Kampfes in "revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat"(Programm, Seite 25).Das sei nichts anderes als die Meinung, daß der Kampf um demokratische Reformen in die Revolution "umschlage", "wenn er nur zügig betrieben und Schritt für Schritt durch neue, weitergehende Forderungen "angereichert" und "ausgebaut" würde (S. 15). Dies sei "eine sogar steinalte Spielart revisionistischer Vorstellungen von einem allmählichen und schrittweisen, zugleich aber auch sozusagen automatischen, selbsttätigen und s p o n t a n e n Weg zum Sozialismus, für den sozialistisches B e w u ß t s e i n eigentlich gar nicht erforderlich ist und schon demokratisches genügt." (S. 15)

2. Der Kampf um Demokratie als selbständiges Ziel des Proletariats im Hainfelder-, Erfurter- und SDAPR-Programm von 1903

Kehren wir zunächst zum ersten oben angeführten Zitat zurück. Der Kampf um Demokratie wird gleichgesetzt mit dem Kampf um diese oder jene einzelnen "demokratischen Forderungen, Aufgaben und Ziele" und mit dem Kampf um diese oder jene Reformen. Das sei der Unterschied zwischen "Minimal -"und "Maximalprogramm" in verschiedenen Programmen der revolutionären Arbeiterbewegung. Zweifellos hat die "Rote Fahne" hier Programme vor Augen wie das Hainfelder Programm von 1888, das Erfurter Programm von 1891 oder das Programm der SDAPR von 1903. Wenn letzteres nach Darlegung der letztlichen Ziele der russischen wie der internationalen Arbeiterklasse - des Kommunismus, des Sozialismus, der Diktatur des Proletariats - als Einleitung des Minimalprogramms feststellt, daß sich die SDAPR "als nächste politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und deren Ersetzung durch eine demokratische Republik" stellt - so handelt es sich hier zweifellos nicht um das Verhältnis von Revolution und Reform. Vielmehr handelt es sich darum, daß noch vor der sozialistischen Revolution die demokratische Revolution auf der Tagesordnung stand. Die Erkämpfung der Demokratie stellte für die SDAPReine selbständige strategische Aufgabe dar, den nächsten Schritt, die nächste Etappe auf dem Weg der Revolution in Rußland.

Wenn wir einen Blick auf das Erfurter Programm werfen bzw. auf die Kritik Engels' am Programmentwurf, so finden wir zu den demokratischen Forderungen folgende Äußerung : "Die politischen Forderungen des Entwurfs haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden soll, steht nicht drin. Wenn alle diese 10 Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst." (MEW 22, S.233). Diese Hauptsache ist nach Engels die Beseitigung des Absolutismus und die Errichtung der demokratischen Republik. "Wenn etwas feststeht, ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik." (MEW 22, S.235) 1883 schrieb Engels an Bernstein: "Bei uns kann und muß das erste, unmittelbare Resultat der Revolution, der *Form* nach, ebenfalls nichts andres sein als die *bürgerliche* Republik. Das ist hier aber nur ein kurzer Durchgangsmoment, da wir glücklicherweise keine rein republikanische Bürgerpartei haben. Die bürgerliche Republik dient uns zunächst zur *Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus;* das ist in einem oder zwei Jahren abgemacht und zur gründlichen Abarbeitung und Selbstruinierung aller außer uns noch möglichen Mittelparteien. Erst dann können wir mit Erfolg drankommen.
Der große Fehler bei den Deutschen ist, sich die Revolution als ein über Nacht abzumachendes Ding vorzustellen. In der Tat ist sie ein mehrjähriger Entwicklungsprozeß der Massen unter beschleunigenden Umständen." (MEW 36,S.54) Ohne näher darauf einzugehen können wir schon die Frage beantworten, die die "Rote Fahne" aufwirft: Handelt es sich hier um das Verhältnis von Reform und Revolution? Zweifellos handelt es sich nicht darum! Viemehr handelt es sich um den Weg der deutschen Revolution und um das nächste Ziel, die nächste Etappe auf diesem Weg, um die Erkämpfung der demokratischen Republik.

Ähnlich verhält es sich mit dem Hainfelder Programm und seinen Mängeln. (Der Hauptmangel, das Fehlen der Forderung nach Sturz der Monarchie und Errichtung der Republik, wird übrigens in der seinerzeit von der - damals noch revolutionären - KPÖ herausgegebenen "Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung" (Teil I, S.14f.) nicht genannt, das Minimalprogramm wird - wie von der "Roten Fahne".- als Reformprogramm betrachtet.)

Wenn die "Rote Fahne" also erklärt, die Unterscheidung zwischen "Minimal-" und "Maximalprogramm" in den "klassischen"Programmen"ist im Grunde die Unterscheidung zwischen Reform und Revolution" - so zeugt das von einem

totalen Unverständnis sowohl dieser Programme als auch der Bedeutung des Kampfs um die demokratische Republik im zaristischen Rußland bzw. im Deutschland oder Österreich des 19.Jahrhunderts. Die Erkämpfung der Demokratie, damals noch selbständige strategische Aufgabe des Proletariats und besondere Etappe der Revolution, wird einfach vom Tisch gewischt, übrig bleibt der Kampf um diverse politische Reformen. Die " Hauptsache", die Engels im Erfurter Programm vermißte und die das Programm der SDAPR an die erste Stelle setzte, wird von der "Rote Fahne" ignoriert. Wir werden sehen, daß dies mehr als nur "historische" Bedeutung hat, kommt doch hier besonders krass eine Sichtweise zum Ausdruck, die den Kampf um Demokratie herabwürdigt auf den Kampf um diese oder jene Reformmaßnahme von mehr oder weniger Bedeutung und ihn damit faktisch beiseiteschiebt.

3.Grundlegendes zum Kampf um Demokratie in einem imperialistischen Land

Im allgemeinen wird unser Programm so kritisiert, daß der Kampf um Demokratie hier und heute, in einem imperialistischen Land und angesichts der unmittelbaren Notwendigkeit und Aktualität der proletarischen Revolution als des nächsten Schrittes, als der heute anstehenden Etappe des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse, - daß der Kampf um Demokratie unter diesen Umständen nicht mehr möglich, überholt und veraltet, illusorisch und vom Kampf um den Sozialismus ablenkend, ja direkt rückwärtsgewandt, reaktionär, sei und nur mehr auf bürgerlichen Reformismus hinauslaufen könne. Die "Rote Fahne" teilt diese Meinung, wie sich z.B. in ihrer Polemik gegen unsere Militärforderungen zeigt, setzt aber - siehe die oben zitierten und erwähnten Argumente - in ihrer Kritik "tiefer" und "grundsätzlicher" an. Sie "argumentiert" den Kampf um Demokratie nicht nur für heute, sondern - wie wir gesehen haben - auch für die Zeit, in der die revolutionäre Sozialdemokratie kämpfte, weg. So oder so wird der Kampf um Demokratie im Imperialismus für unmöglich erklärt.

Diese Auffassung ist dem Marxismus-Leninismus zutiefst entgegengesetzt. Beginnen wir mit einem Zitat aus "Leninismus oder moderner Revisionismus": "Der Marxismus-Leninismus hält seit jeher den Kampf um Demokratie für wichtig. In den Ländern, wo die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht gesiegt hat, muß das Proletariat die Massen mobilisieren und alle Anstrengungen machen, um die bürgerlich-demokratische Revolution zu führen und ihren Sieg zu erringen. In den Ländern, wo bereits die bürgerliche Demokratie herrscht, muß das Proletariat von den bestehenden demokratischen Rechten Gebrauch machen und noch mehr demokratische Rechte erkämpfen, um die Massen aufzuklären, zu mobilisieren und zu organisieren, damit mit dem Kampf gegen das Ausbeuter- und Gewaltsystem der Bourgeoisie begonnen werden kann. Nachdem das Proletariat die Macht ergriffen hat, muß es die proletarische Diktatur festigen und stärken und gleichzeitig, bei hochzentralisierter Leitung, die Demokratie auf breitester Basis verwirklichen." ("Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den gemeinsamen Feind!", Peking 1963, S.88f.) In einem imperialistischen Land mit bürgerlich- demokratischem politischen System (wie Österreich) ist nach wie vor die Erkämpfung der Demokratie unbedingt notwendig, aber keine selbständige Aufgabe

des Proletariats, keine besondere Stufe oder besondere Etappe der Revolution, kein selbständiges strategisches Ziel des Proletariats mehr. Stalin hat in seiner Rede am XIX.Parteitag der KPdSU dazu gesagt:"Früher erlaubte es sich die Bourgeoisie, in Liberalismus zu machen, sie trat für die bürgerlich-demokratischen Freiheiten ein und schuf sich damit Popularität im Volk. Jetzt ist vom Liberalismus keine Spur geblieben. Verschwunden ist die sogenannte 'Freiheit der Persönlichkeit', die Rechte der Persönlichkeit werden nur denen zugestanden, die Kapital haben, während alle andern Bürger als rohes Menschenmaterial gelten, das nur für die Ausbeutung geeignet ist. Zertreten ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen, es ist ersetzt durch das Prinzip der Vollberechtigung der ausbeutenden Minderheit und der Rechtlosigkeit der ausgebeuteten Mehrheit der Bürger. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke, daß es an Ihnen, den Vertretern der kommunistischen und demokratischen Parteien, sein wird, dieses Banner aufzuheben und vorwärtszutragen, wenn Sie die Mehrheit des Volkes um sich sammeln wollen. Sonst ist niemand da, der es aufheben könnte." (Stalin, Rede auf dem XIX. Parteitag der KPdSU, 1952, S.13f) Das hat Stalin im Hinblick auf die Bedingungen für die proletarische Revolution in den kapitalistischen Ländern gesagt.

Das nächste strategische Ziel der österreichischen Arbeiterklasse ist der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, die Zerschlagung ihres Staatsapparats, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Um die soziale Revolution in Angriff nehmen zu können, muß die Arbeiterklasse zuerst die politische Macht erobern. Mit der Errichtung und Festigung ihrer Diktatur wird die Arbeiterklasse zugleich die Demokratie verwirklichen.

Marx und Engels sowie alle anderen Klassiker des Marxismus-Leninismus haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die politische Form der Diktatur des Proletariats nur die Demokratie sein kann. Schon das "Manifest der Kommunistischen Partei" weist darauf hin, "daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist". Die Demokratie ist aber nicht nur die Form der proletarischen Diktatur, sondern auch der revolutionäre "Angriffsplan" gegen den bürgerlichen Staat, der "Plan" des Herankommens an die proletarische Revolution, die durch den bewaffneten Aufstand vollzogen wird.

Dazu zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen: Die Forderungen der Demokratie, wie sie in unserem Programm erhoben werden, zeichnen ein Bild der politischen Form der proletarischen Diktatur, sie sind aber auch - und das ist heute für uns das Entscheidende - eine Kriegserklärung an die herrschende politische Ordnung. Sie sind kein Reformvorschlag für diese Ordnung, auch wenn der Klassenkampf auf der Linie der revolutionären Demokratie bereits vor der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als Nebenprodukte einiges an Reformen "abwerfen" wird. Sie weisen über die bürgerliche politische Ordnung hinaus. Diese oder jene einzelne demokratische Forderung kann im Rahmen der Bourgeoisherrschaft verwirklicht werden, aber auch das im allgemeinen nur "unvollständig, verstümmelt und als seltene Ausnah-

me" (LW 22, S.146). Insgesamt sind die demokratischen Forderungen, ist die Demokratie unter dem Bourgeoisregime nicht zu verwirklichen. Erst die Diktatur des Proletariats wird die demokratischen Forderungen, wird die Demokratie verwirklichen. Denn zwischen dem Inhalt, dem Klassencharakter eines politischen Regimes und seiner Form besteht ein enger Zusammenhang. Die Bourgeoisie kann nur herrschen, wenn das Volk von der Ausübung der Staatsgewalt ausgeschlossen ist und der bürgerliche Staat das Volk unterdrückt und niederhält. Das Proletariat kann nur herrschen, wenn das Volk selber unter der Führurg des Proletariats unmittelbar die Staatsgewalt ausübt und der proletarische Staat die Bourgeoisie und alle Reaktionäre unterdrückt und niederhält. Die demokratischen Forderungen, in ihrem Zusammenhang und im Zusammenhang des ganzen Programms genommen, sind - wie gesagt - für uns eine Leitlinie im revolutionären, das heißt im Hinblick auf die Revolution geführten Klassenkampf. Dabei gilt: Der Kapitalismus, dessen Beseitigung unser Ziel ist, kann durch keinerlei demokratische oder überhaupt politische Maßnahme, sondern nur durch die soziale Revolution abgeschafft werden. Die Ökonomik kann nicht durch die Politik umgewälzt werden, sondern nur durch die Umwälzung der Eigentums- und aller Produktionsverhältnisse. Dazu braucht die Arbeiterklasse allerdings die politische Macht. Diese politische Macht ihrerseits kann durch keinerlei demokratische oder überhaupt politische Reform gewonnen werden, sondern nur auf dem Weg über die bewaffnete revolutionäre Erhebung des Proletariats und die Zertrümmerung der alten Staatsmaschine. Davon gehen wir im Kampf um Demokratie aus und darauf zielt der Kampf um Demokratie ab. Das heißt den Kampf um Demokratie revolutionär führen. Deshalb schreibt unser Programm in der Einleitung zu den demokratischen Forderungen: "Um an die proletarische Revolution heranzukommen und freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen, muß die Arbeiterklasse ihren ökonomischen Kampf mit dem entschiedensten Kampf um politische Rechte verbinden. Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab. Er muß so geführt werden, daß er letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Die Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte. Doch im politischen Kampf steht das Proletariat nicht allein. Indem es sich im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes stellt, gewinnt es die Masse der werktätigen, ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung für sich und seine Ziele und sammelt sie unter seiner Führung.

In diesem Kampf entwickeln das Proletariat und die anderen Klassen und Schichten des Volkes die Fähigkeiten, die sie zur Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie, zur Errichtung der proletarischen Räterepublik und zur Übernahme der staatlichen Verwaltung in die eigenen Hände brauchen.

Für diese Zwecke stellen die österreichischen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf um ihre Durchsetzung jederzeit vollständig dem Kampf um den Sieg des Sozialismus unterordnen." (Programm, S.24ff.)

4. Die Resolution der Gründungskonferenz des KB Österreichs: »Die Politik auf der Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes entfalten!«

Von dieser Passage ausgehend hat die Gründungskonferenz des KB Österreichs die politische Linie im Kampf um Demokratie näher festgelegt. Es ist zweckmäßig, an dieser Stelle den Abschnitt der Resolution der Gründungskonferenz, der sich auf den Kampf um Demokratie bezieht vollständig wiederzugeben und dadurch zugleich die angeführte Programmpassage zu erläutern.

"Der Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie und vollständige Verneinung der Demokratie. Insbesondere in den letzten Jahren ist die Tendenz der Bourgeoisie zur politischen Reaktion immer stärker zum Tragen gekommen. Das ist die Antwort der Bourgeoisie auf die international und in Österreich aufsteigende Entwicklung des Klassenkampfes seit Ende der 60er Jahre und auf die Entwicklung der internationalen politischen Lage. Aber je stärker die Reaktion der Bourgeoisie, desto stärker tritt auch das Streben der Volksmassen nach Demokratie hervor. Immer häufigere und immer stärkere Kollisionen sind unter diesen Umständen unvermeidlich. Das ist eine objektive Entwicklung.

Die Kommunisten haben die Aufgabe, am Streben der Massen nach Demokratie anzusetzen und es auf der Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes voranzutreiben. Sie müssen den politischen Kampf als Hauptkettenglied und den wirtschaftlichen Kampf als elementare Grundlage jeder ernsten Klassen- und Massenbewegung anpacken und beide zum einheitlichen revolutionären Klassenkampf des Proletariats und des ganzen Volkes unter Führung des Proletariats verbinden.

Das Streben der Massen nach Demokratie entfaltet sich auf der Grundlage der drückenden sozialen Verhältnisse im Kapitalismus, die durch das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiterklasse gekennzeichnet sind. Die bürgerliche Demokratie, eine Form der Diktatur der Bourgeoisie, dient der Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes zum Zweck der Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Das Ziel der Arbeiterklasse ist die soziale Revolution. Um die soziale Revolution durchführen zu können, braucht sie die Staatsmacht, muß sie die Diktatur der Bourgeoisie stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Um dem Streben der Massen nach Demokratie eine revolutionäre Stoßrichtung zu verleihen und die Führung durch die Arbeiterklasse durchzusetzen, müssen die Kommunisten daher den Klassencharakter der Staatsmacht, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und die soziale Revolution als Zweck der proletarischen Diktatur ins Blickfeld rücken. Sie müssen die Unvereinbarkeit der Demokratie mit der Herrschaft der Bourgeoisie und die notwendig demokratische Form der Diktatur des

Proletariats aufzeigen. Sie müssen aufzeigen, wie in der bürgerlichen Demokratie aufs äußerste eingeschränkte, zudem praktisch kaum wahrnehmbare Rechte des Volkes einhergehen mit dessen vollständigem Ausschluß von der Einflußnahme in allen öffentlichen Angelegenheiten. Sie müssen aufzeigen, daß der abgesonderte bürgerliche Staatsapparat bewaffnete Formationen zum Kern hat, um die Bourgeoisherrschaft mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Sie müssen vor allem aufzeigen, daß keinerlei demokratische Maßnahme oder Umgestaltung etwas am Klassencharakter des bürgerlichen Staates und keinerlei Maßnahme der Politik die Ausbeutung und das soziale Elend in dieser Gesellschaft aus der Welt schafft, solange nicht die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert hat und diese zur Durchführung der sozialen Revolution benutzt.

Das alles müssen die Kommunisten den Massen nicht nur in ihrer Propaganda, sondern durch die praktischen Erfahrungen der Massen selbst vor Augen führen. Das ist nicht möglich, wenn die Kommunisten dem Streben der Massen nach Demokratie nur die Propaganda der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution entgegenhalten und den Kampf um Demokratie unter der Herrschaft der Bourgeoisie für unmöglich erklären. Es ist nur möglich, wenn die Kommunisten auf der im Programm festgelegten Linie der revolutionären Demokratie praktisch in die politischen Kämpfe und Bestrebungen der Massen eingreifen, das heißt, die einzelnen Teilkämpfe zu bewußt gegen die bürgerliche Staatsmacht geführten Kämpfen machen, mit dem Kampf um politische Rechte des Volkes verbinden und den Kampf um Rechte so führen, daß er schließlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmacht.

Wie die soziale Revolution der Zweck des Klassenkampfes des Proletariats und die Eroberung der politischen Macht unerläßliches Mittel zu diesem Zweck, ebenso verhält es sich zwischen den demokratischen Forderungen und den sozialen Interessen der Arbeiterklasse,auf die sich die demokratischen Bestrebungen der Massen stets mehr oder weniger direkt beziehen. Im Kampf um Demokratie geht es darum, daß das Proletariat, wenn es für seine sozialen Interessen kämpft, auch um die Mittel und Formen kämpfen muß, um diese Interessen durchzusetzen. Vor der Eroberung der politischen Macht sind das einzelne politische Rechte des Volkes, letztlich ist es die politische Macht selbst.Auf ihre Eroberung durch die Arbeiterklasse zielt der Kampf um Demokratie ab.

Das demokratische Forderungsprogramm ist ein Kampfprogramm. Die einzelnen demokratischen Forderungen bzw. Teilforderungen auf ihrer Linie werden heute schon gegen den bürgerlichen Staat praktisch erhoben, während zugleich das demokratische Forderungsprogramm insgesamt der bürgerlichen Staatsmacht entgegengestellt wird. Die demokratischen Forderungen sind unter der Diktatur der Bourgeoisie nur in verstümmelter Form, nur ausnahmsweise und nur höchst unvollständig verwirklichbar. Das ist kein Grund, sie nicht zu erheben. Vielmehr ist es ein Grund, sie revolutionär zu stellen, das heißt in Wort und Tat zu zeigen, daß zu ihrer vollen Verwirklichung das Proletariat die Macht erobern muß und

den Kampf um Demokratie dem Kampf um die sozialistische Revolution unterordnen muß. Ohne den revolutionären Kampf um Demokratie zu führen, gibt es kein Herankommen an die sozialistische Revolution, sondern bleibt nur die jenseits der wirklichen Massenbewegung liegende revolutionäre Phrase.

Darüber hinaus sind demokratische Umgestaltungen noch unter der Herrschaft der Bourgeoisie als Nebenprodukte des revolutionär-demokratischen Kampfes von größter Bedeutung,um die sozialen Verhältnisse durchsichtiger zu machen und die Ausbeutung der Arbeiterklasse als die Wurzel aller Übel ans Licht zu bringen sowie um den politischen Bewegungsraum der Arbeiterklasse und des Volkes zu erweitern.

Der revolutionäre Kampf um Demokratie ist ein Teil des Klassenkampfes des Proletariats. Weder ist er ein "Volkskampf" jenseits des proletarischen Klassenkampfs, noch umfaßt er den gesamten proletarischen Klassenkampf. Im Kampf um Demokratie sammelt die Arbeiterklasse ihre entscheidenden Kräfte für die sozialistische Revolution und schließt sie die Volksmassen unter ihrer Fahne, der Fahne des Sozialismus, zusammen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben beim Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs und beim Parteiaufbau, sich die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes theoretisch vollständig anzueignen und sie praktisch immer besser anzuwenden. Das muß verbunden werden mit dem Kampf gegen den Ökonomismus und besonders gegen den imperialistischen Ökonomismus. Der imperialistische Ökonomismus bestreitet die Möglichkeit des revolutionären Kampfes um Demokratie angesichts des entwickelten Imperialismus, er hält ihn für veraltet, bzw. reformistisch.

Auf Grundlage des imperialistischen Ökonomismus und verbunden mit Subjektivismus im Arbeitsstil ergeben sich "linke" und rechte Fehler, wobei gerade das Schwanken zwischen "linken" und rechten Fehlern für den Ökonomismus typisch ist. "Linke" Fehler ergeben sich vor allem, wo das Feld der Politik und des politischen Kampfes verdeckt durch revolutionäre Phrasen praktisch der Bourgeoisie überlassen wird. Rechte Fehler, wo wir in die Politik hineingezogen werden und aufgrund derselben Unklarheiten und Unsicherheiten in der politischen Linie den Halt verlieren.

Letzteres ist der Fall, wenn der Kampf um Demokratie losgelöst wird von den sozialen Verhältnissen im Kapitalismus, wenn also die Frage der Demokratie losgelöst wird von der Frage, warum und wozu die Massen die Demokratie brauchen. Es ist der Fall, wenn die einzelnen politischen Volkskämpfe nicht frontal gegen den Staat gerichtet, in den Zusammenhang des gesamten Klassenkampfes gestellt und mit dem Kampf um Rechte verbunden werden. Es ist der Fall, wenn der Kampf um Demokratie losgelöst wird vom Kampf um die Staatsmacht, d.h. wenn die Frage der Form der politischen Macht losgelöst wird von der Frage ihres Klassencharakters. In allen diesen Fällen werden

kleinbürgerlicher Demokratismus und radikaler utopischer Reformismus die Folge sein. Das Streben der Massen nach Demokratie wird bei diesen Fehlern in seiner spontanen bürgerlichen Beschränktheit belassen, und es wird verhindert, daß die Arbeiterklasse die führende Rolle im Kampf um Demokratie einnehmen kann.

In der gegenwärtigen politischen Lage, in der die Arbeiterbewegung noch schwach entwickelt ist und erst Faktoren für einen neuen Aufschwung heranreifen und in der infolgedessen die verschiedenen politischen Volksbewegungen noch von den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter getrennt sind, geht es darum, die Arbeiterklasse auf ihre politisch und organisatorisch führende Rolle im Kampf um Demokratie vorzubereiten und zugleich für eine proletarisch-revolutionäre Linie in den einzelnen Kämpfen einzutreten und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Die Einheit der Arbeiterklasse ist der Kern der Volkseinheit gegen den Staat, die Selbständigkeit der Arbeiterklasse ist die Voraussetzung für das selbständige Auftreten der Volksmassen." ("Kommunist" 1/76 (August 1976),S.45-48)

5. Lenin zum Kampf um Demokratie im Imperialismus

Die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes, wie sie in unserem Programm und in der zitierten Resolution entwickelt wird, ist keine neue Erfindung. Sie wurde von den Klassikern des Marxismus-Leninismus, insbesondere von Lenin in der Zeit des Ersten Weltkriegs (LW 21, 22 und 23) ausgearbeitet. Ich möchte anhand der Schriften Lenins die wichtigsten Seiten des revolutionär-demokratischen Kampfes näher beleuchten.

In unserer Gründungsresolution wird zu Beginn festgehalten, was auch Lenin immer wieder hervorhebt: Daß das Streben der Massen nach Demokratie im Imperialismus gerade angesichts der imperialistischen Reaktion nach innen und außen nicht nur eine objektive Tatsache ist, sondern sich auch stets verstärken muß. "Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion - und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen." (LW 23, S.14) So ist das auch in Österreich und gerade in den letzten Jahren haben wir einen neuen Aufschwung der Massenbewegung erlebt. Teile der Massen nehmen sich demokratische Rechte, die sie bei der Verfolgung ihrer ökonomischen, sozialen, politischen usw. Interessen brauchen, schaffen sich Bewegungsraum für den Klassenkampf, erzwingen z.B. ganz im Sinn unserer Forderung nach "Wahl der Lehrer durch das Volk" die Absetzung mißliebiger Lehrer und verhindern die Absetzung solcher Lehrer, die dem bürgerlichen Staat mißliebig sind. Der Kampf der Massen um Demokratie ist also eine objektive Tatsache, unabhängig vom Willen der Kommunisten.

Um das Beispiel noch etwas weiter zu verfolgen: Wir unterstützen und führen solche Kämpfe, achten darauf, daß sie immer mehr zu bewußt gegen den bürgerlichen Staat gerichteten Kämpfen werden, verbreiten ihr Beispiel und rufen die Massen auf, es überall so zu machen, wo es um solche Probleme und Konflikte geht, das heißt sich überall die notwendigen Rechte praktisch zu nehmen, verbreiten die Auffassung, daß die Entscheidung über die Lehrer überhaupt beim Volk liegen sollte, verbinden also die einzelnen Kämpfe mit dem Kampf um die Erringung eines bestimmten allgemeinen demokratischen Rechtes und weisen darauf hin, daß demokratische Verhältnisse aufgrund des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, aufgrund der Tatsache, daß eine Minderheit von Kapitalisten die Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes ausbeutet und niederhält, und des Klassencharakters der bürgerlichen Staatsmacht der bestehenden politischen Ordnung zutiefst entgegengesetzt sind. Wir machen also den Kampf um einen Lehrer bzw. den Kampf um ein bestimmtes demokratisches Recht zum Bestandteil des Klassenkampfes und zum Ansatzpunkt, um die Massen gestützt auf ihre eigenen praktischen Erfahrungen an die Einsicht in die Notwendigkeit der proletarischen Revolution und an die proletarische Revolution selbst heranzuführen.

Keinesfalls genügt es, wenn die Kommunisten gar nicht oder ohne klare Leitlinie in solche Kämpfe eingreifen, diese Kämpfe nicht zur revolutionären Erziehung der Massen und zum Herankommen an die Revolution nutzen, sondern sich einerseits mit ohne weiteres mit der bürgerlichen Ordnung zu vereinbarenden kleinen Reformen "zufriedengeben" und ansonsten - abgesehen eventuell von abstrakten Äußerungen über das Verhältnis von Reform und Revolution - stets nur propagieren: Die Revolution wird alles lösen! Die Revolution ist der einzige Ausweg! Eine taugliche Leitlinie für die Politik der Kommunisten kann aber nur die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes sein.

Gegen die "hoffnungslosen Doktrinäre, die unfähig (sind), sich die soziale Revolution als eine lebendige Erscheinung vorzustellen", schreibt Lenin: "Denn zu glauben, daß die soziale Revolution denkbar ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums mit allen seinen Vorurteilen, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung, das zu glauben, heißt der sozialen Revolution entsagen. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine Heer aufstellen und erklären: 'Wir sind für den Sozialismus', an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: 'Wir sind für den Imperialismus', und das wird dann die soziale Revolution sein... Wer eine 'reine' soziale Revolution erwartet, der wird sie niemals erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution." (LW 22, S.363f.)

Der wirkliche politische Klassenkampf entfaltet sich gerade als Kampf um Demokratie. Der revolutionär geführte Kampf um Demokratie dient dazu, die gesellschaftlichen Verhältnisse durchsichtiger zu machen ("Die Marxisten wissen, daß die Demokratie die Klassenunterdrückung nicht beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. Je vollständiger

die Freiheit der Ehescheidung, umso klarer ist es der Frau, daß die Quelle ihrer 'Haussklaverei' der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, daß die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je vollständiger die nationale Gleichberechtigung (sie ist nicht vollständig ohne die Freiheit der Lostrennung), umso klarer ist den Arbeitern der unterdrückten Nation, daß das Grundübel der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit." (LW 23, S.68)), den politischen Bewegungsraum für die Arbeiterklasse zu erweitern, vor allem aber, um die Arbeiterklasse und das Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen und zur Revolution zu führen, wie es in unserem Programm und in der Gründungsresolution entwickelt wird.

Die Einwände gegen den Kampf um Demokratie unter den Bedingungen des Imperialismus sind nicht neu. Bereits Lenin hatte dagegen zu kämpfen. Gegen Radek (P.), der den "Kampf um das nichtexistierende Selbstbestimmungsrecht der Nationen" für "illusorisch" erklärte und diesem den "revolutionären Massenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus" entgegenstellte, schrieb Lenin: "Der Imperialismus bedeutet, daß das Kapital über den Rahmen des Nationalstaates hinausgewachsen ist, er bedeutet die Erweiterung und Verschärfung des nationalen Drucks auf einer neuen historischen Basis. Daraus folgt eben, im Gegensatz zu Genossen P., daß wir den revolutionären Kampf für den Sozialismus mit einem revolutionären Programm in der nationalen Frage verbinden müssen.
Bei Genossen P. kommt es so heraus, daß er im Namen der sozialistischen Revolution das konsequent revolutionäre Programm auf dem Gebiet der Demokratie mit Geringschätzung beiseite schiebt. Das ist nicht richtig. Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d.h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet. Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus einer der Fragen der Demokratie, in unserem Falle der nationalen Frage, entgegenzustellen. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf alle demokratischen Forderungen verbinden: die Forderungen der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw. Solange der Kapitalismus fortbesteht, sind alle diese Forderungen nur ausnahmsweise und zudem nicht vollständig, nur verstümmelt zu verwirklichen. Indem wir uns auf die schon verwirklichte Demokratie stützen, indem wir die Unvollständigkeit derselben unter dem Kapitalismus entlarven, fordern wir die Niederwerfung des Kapitalismus, die Expropriation der Bourgeoisie, als eine notwendige Basis für die Abschaffung des Massenelends sowie für die volle und allseitige Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen. Einige dieser Maßnahmen werden vor der Niederwerfung der Bourgeoisie begonnen werden, andere im Gange dieser Niederwerfung, wieder andere nach derselben. Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten, um alle Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endziels müssen wir einer jeden unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, bevor sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat, als eine geschichtliche Klasse, die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedensten Demokratismus." (LW 21, S.415f.) Gegen die Gegenüberstellung von sozialistischer Revolution und Kampf um Demokratie, besonders gegen das Argument, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Imperialismus "unrealisierbar", weil mit ihm unvereinbar sei, schrieb Lenin: "Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken, oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.
Nicht weniger falsch wäre es, einen der Punkte des demokratischen Programms, so z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, fallen zu lassen, und zwar auf Grund seiner angeblichen 'Undurchführbarkeit' oder seines 'illusorischen' Charakters wegen in der imperialistischen Epoche. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei im Kapitalismus undurchführbar, kann entweder im absoluten ökonomischen oder relativen politischen Sinne aufgefaßt werden.
Im ersten Sinne ist diese Behauptung theoretisch grundfalsch. In diesem Sinne ist im Rahmen des Kapitalismus etwa das 'Arbeitsgeld' oder die Abschaffung der Krisen und dergleichen mehr undurchführbar. Aber es ist falsch, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen genauso undurchführbar sei. Zweitens würde selbst das einzige Beispiel der Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905 genügen, um die 'Undurchführbarkeit' in diesem Sinne zu widerlegen. Drittens wäre es lächerlich, zu bestreiten, daß bei einer kleinen Veränderung der gegenseitigen politischen und strategischen Beziehungen, zum Beispiel Deutschlands und Englands, heute oder morgen die Konstituierung neuer Staaten - etwa eines polnischen, indischen und ähnlichen - 'durchführbar' sei. Viertens korrumpierte das Finanzkapital in seinem Streben nach Expansion die 'freieste' demokratische und republikanische Regierung und die gewählten Beamten eines beliebigen, wenn auch 'unabhängigen' Landes, und wird sie auch künftig 'frei' korrumpieren.
Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch keinerlei Umgestaltungen auf dem Gebiete der politischen Demokratie zu beseitigen. Und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen liegt ganz und ausschließlich auf diesem Gebiete. Aber diese Herrschaft des Finanzkapitals hebt nicht im mindesten die Bedeutung der politischen Demokratie als einer freieren, weiteren und klareren Form der Klassenunterdrückung und der Klassenkämpfe auf. Daher führen alle Ausführun-

gen über die 'Undurchführbarkeit' im ökonomischen Sinne einer der Forderungen der politischen Demokratie unter dem Kapitalismus zu einer theoretisch falschen Definition der allgemeinen und grundlegenden Beziehungen des Kapitalismus zur politischen Demokratie überhaupt.

Im zweiten Falle ist diese Behauptung unvollständig und ungenau. Denn nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie sind beim Imperialismus nur unvollständig, verstümmelt und als eine seltene Ausnahme (zum Beispiel die Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 19o5) 'durchführbar'. Die Forderung der sofortigen Befreiung der Kolonien, die von allen revolutionären Sozialdemokraten aufgestellt wird, ist ebenfalls beim Kapitalismus ohne eine Reihe von Revolutionen 'undurchführbar'. Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für alle diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriiert, führen. Die sozialistische Revolution kann nicht nur aus einem großen Streik oder einer Straßendemonstration oder einem Hungeraufstand, einer Militärempörung oder einer Meuterei in den Kolonien, sondern aus einer beliebigen politischen Krise wie der Dreyfus-Affaire oder dem Zaberninzident, oder im Zusammenhang mit dem Referendum in der Frage der Abtrennung der unterdrückten Nationen und ähnlichem mehr aufflammen.

Die Verstärkung der nationalen Unterjochung in der Ära des Imperialismus bedingt für die Sozialdemokraten nicht den Verzicht auf den 'utopischen', wie ihn die Bourgeoisie bezeichnet, Kampf für die Freiheit der Abtrennung der Nationen, sondern ganz im Gegenteil eine verstärkte Ausnutzung aller Konflikte, die auch auf diesem Boden entstehen als Veranlassung für Massenaktionen und revolutionäre Kämpfe gegen die Bourgeoisie." (LW 22,S.145-147)
Das Argument der "Undurchführbarkeit" ist das wichtigste bürgerliche Argument gegen die Forderungen der Demokratie. Wegen ihrer "Undurchführbarkeit" (oder wie die "Rote Fahne" sagt: weil sie "gemäß den objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft niemals erfüllbar" (S.11) sind) würden die demokratischen Forderungen nur Illusionen in die Möglichkeit der Umgestaltung des imperialistischen Systems wecken bzw. nähren und auf blanken Reformismus hinauslaufen.

Dadurch lassen wir uns nicht schrecken. Lenin hat nicht umsonst genau unterschieden, ob eine Maßnahme bzw. die Forderung nach dieser Maßnahme "im absoluten ökonomischen" oder "im relativen politischen Sinn" mit dem Imperialismus unvereinbar ist. Die Kommunisten, die den Arbeiter- und Volksmassen gerade die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, um gestützt auf die Staatsmacht die soziale Revolution, den Aufbau des Sozialismus beginnen zu könne, klarmachen, führen einen scharfen Kampf gegen jeden Gedanken und jeden Vorschlag, bereits im Kapitalismus mit dem Aufbau des Sozialismus, also etwa mit der Beseitigung der Warenproduktion, der Ausbeutung, der Krisen usw. beginnen zu wollen. Bekanntlich sind die trotzkistischen "Übergangsforderungen" größtenteils solche Vorschläge und ebenso allerhand Vorschläge seitens der Reformisten und Revisionisten. Alle diese Vorschläge, die darauf hinauslaufen, die Produktionsverhältnisse unter der Diktatur der Bourgeoisie in einem "sozialistischen Sinn" verändern zu wollen, bedeuten, sich und der Arbeiterklasse die proletarische Revolution zu "ersparen" und ihre Notwendigkeit in Frage zu stellen. Deshalb stellen wir unter den Verhältnissen der Bourgeoismacht niemals Forderungen auf, die nicht prinzipiell mit dem ökonomischen System des Kapitalismus und seinen Gesetzmäßigkeiten vereinbar wären.

Wie liegen die Dinge aber bei den demokratischen Forderungen? Wenn die Massen sich für ihre ökonomischen, sozialen, politischen usw. Interessen erheben und den Kampf um Demokratie führen, zeigen wir - gemäß unserem Programm - die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse und das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel aller Übel auf und begründen die Notwendigkeit der Errichtung der proletarischen Diktatur, um die soziale Revolution durchführen zu können. Wir lenken - ausgehend vom Ziel der sozialen Revolution - die Massen auf das nächste strategische Ziel der Revolution, auf die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, hin und zeigen auf, daß und wozu die proletarische Macht die vollständige Demokratie verwirklichen wird. Wir erheben die Forderungen der revolutionären Demokratie zugleich auch schon hier und heute gegen die bestehenden politischen Verhältnisse und greifen auf dieser Linie in die Kämpfe der Massen ein. Wir machen sie heute schon zur Richtschnur des Klassenkampfes. Wir machen sie praktisch zum "Angriffsplan" gegen den Staat der Bourgeoisie. Daß die Forderungen der Demokratie erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats, vorher bestenfalls vereinzelt und verstümmelt, zu verwirklichen sind, ist kein Argument gegen diese Forderungen, sondern ein Argument für die Revolution und dafür, den Kampf um Demokratie revolutionär zu führen. "Und das ist der Kern der Sache. Die ganze ' Demokratie' besteht in der Proklamierung und Realisierung von 'Rechten', die im Kapitalismus nur sehr bedingt realisiert werden können, ohne diese Proklamierung aber und ohne den unmittelbaren, sofortigen Kampf um diese Rechte, ohne die Erziehung der Massen im Sinne eines solchen Kampfes ist der Sozialismus unmöglich." (LW 23,S.69)."Das geht erst wirklich und umfassend durch die proletarische Revolution!" - wird uns entgegengehalten. Aber wieso hält man uns das entgegen? Wir sind ja für die proletarische Revolution! Um an sie heranzukommen, um sie vorzubereiten, erheben wir ja gerade die Forderungen der Demokratie! Wie sollten uns die Notwendigkeit der Revolu-

tion und die Schwierigkeiten des Klassenkampfes, die Schwerdurchführbarkeit oder "Undurchführbarkeit" der Forderungen der Demokratie davon abhalten, den bestehenden Verhältnissen diese Forderungen entgegenzustellen? Wieso sollten wir uns dadurch einschüchtern lassen? Entscheidend ist, daß alle diese Forderungen das nicht verwischen, was der Springpunkt des Marxismus-Leninismus und des Klassenkampfes ist: Kein Aufbau des Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats! Keine Diktatur des Proletariats ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates! usw. usf. Die Forderungen der Demokratie verwischen das nicht nur nicht, sie schaffen hier nicht nur keine Illusionen, sie sind im Gegenteil darauf gerichtet, die Notwendigkeit und Unumgänglichkeit der Diktatur des Proletariats herauszuarbeiten. Lenin hat tausend Mal recht, wenn er schreibt: "Objektiv sind (solche) Phrasen über die Undurchführbarkeit Opportunismus, da stillschweigend vorausgesetzt wird: 'undurchführbar' ohne eine Reihe von Revolutionen, wie im Imperialismus überhaupt die ganze Demokratie, alle ihre Forderungen undurchführbar sind." (LW 22, S.333)

Diese Position der "Undurchführbarkeit" bezeichnet Lenin als "imperialistischen Ökonomismus", der sich "nicht darüber klarwerden (kann), wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen ist, genauso wie der 'Ökonomismus' seligen Angedenkens es nicht verstand, den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen.

Daher die vollständige Konfusion in der Frage der 'Unrealisierbarkeit' demokratischer Forderungen im Imperialismus.

Daher die für einen Marxisten unzulässige (und lediglich einem 'Ökonomisten', einem Anhänger der 'Rabotschaja Mysl' (Arbeitergedanke), anstehende) Ignorierung des politischen Kampfes heute, jetzt, sofort und zu jeder Zeit.

Daher die hartnäckige Tendenz, von der Anerkennung der Existenz des Imperialismus auf die Apologie des Imperialismus 'abzugleiten' (genauso wie die 'Ökonomisten' seligen Angedenkens von der Anerkennung der Existenz des Kapitalismus auf die Apologie des Kapitalismus abglitten)." (LW 23, S.4) Und etwas weiter hinten: "Die ökonomische Umwälzung schafft die notwendigen Voraussetzungen für die Vernichtung aller Arten politischer Unterdrückung. Eben deshalb ist es unlogisch, ist es falsch, sich mit dem Hinweis auf die ökonomische Umwälzung zu begnügen, wenn es um die Frage geht: Wie ist die nationale Unterdrückung zu beseitigen? Ohne die ökonomische Umwälzung kann man sie nicht beseitigen. Stimmt. Aber sich darauf beschränken - das ist lächerlicher und armseliger imperialistischer 'Ökonomismus'." (LW 23,S.70) Und gegen diejenigen, die zwar viel von der Revolution als einzigem Ausweg reden, aber sich damit zufriedengeben, sich eine lebendige, wirkliche Revolution nicht vorstellen können und vor ihr zurückschrecken: "Über die Ausnutzung des bürgerlichen Demokratismus zur sozialistischen und konsequent-demokratischen Organisation des Proletariats gegen die Bourgeoisie und gegen den Opportunismus - einen anderen Weg gibt es nicht. Ein anderer 'Ausweg' ist kein 'Ausweg'. Einen anderen Ausweg kennt der Marxismus nicht, wie ihn auch das wirkliche Leben nicht kennt." (LW 23,S.17)

6. Zur Kritik der »Rote Fahne« im einzelnen

Gehen wir im Lichte des bisher Gesagten zur Kritik der "Roten Fahne" an unserem Programm zurück. Es ist offenkundig, daß die "Rote Fahne" die klassische Position des "imperialistischen Ökonomismus" vertritt und den Kampf um Demokratie, den revolutionär-demokratischen Kampf, ablehnt, weil er den "objektiven Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes" widerspricht, . weil die Demokratie im Kapitalismus "undurchführbar" ist. Das ist das Entscheidende an der Position der "Rote Fahne". Aus dieser Position folgt weiters ein ganz anderer Begriff von "demokratischem Kampf". Die "Rote Fahne", die den revolutionär-demokratischen Kampf ablehnt, versteht unter "demokratischem Kampf" lediglich den Kampf um kleine und kleinste Reformmaßnahmen, die ohne weiteres unter den Bedingungen des Bourgeoisregimes zu verwirklichen sind. Ja, das sei gerade das Kennzeichen "demokratischer Forderungen". Das ist die Konsequenz der Position des "imperialistischen Ökonomismus". "Prinzipienfestes" Deklamieren über die Revolution als einzigen Ausweg, aber zugleich Zurückschrecken vor dem wirklichen Klassenkampf, kleinliche und beschränkte Vorstellungen vom wirklichen Klassenkampf, Einengung des wirklichen Klassenkampfes auf kleine und kleinste Reformschritte, die um Gottes Willen nirgends über die bestehenden politischen Verhältnisse hinausweisen dürfen. Der "wahre Revolutionär" begibt sich nicht auf das Gebiet der praktischen Politik und des praktischen Klassenkampfes herab, er beschmutzt sich damit nicht die Hände, er weist beschwörend den Verdacht von sich, "Illusionen" darüber zu haben, vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats überhaupt irgendetwas Ernstes vorwärtsbringen zu können für den Klassenkampf und die Revolution. Wie man zur Revolution kommt - darauf hat er allerdings keine Antwort.

Viel bleibt nach allem Bisherigen nicht mehr zu sagen: Daß und inwiefern der Kampf um Demokratie, der revolutionär-demokratische Kampf, auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats "zielt" - das wurde bereits gesagt. Daß der "demokratische Kampf" á la "Rote Fahne" um kleine Reformen nicht auf die Revolution zielt, braucht nicht besonders begründet werden.

Auch daß und inwiefern wir den Kampf um Demokratie so führen wollen, daß er "letztlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat", inwiefern man - um mit Lenin zu sprechen - "den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution (....) führen (muß)" (LW 22, S.147) - auch das wurde bereits genügend gesagt. Es blieb der "Rote Fahne" vorbehalten, das als "Anreicherung" und "Ausbau" der Demokratie im Kapitalismus und "Theorie des friedlichen Wegs" "mißzuverstehen". Der dialektische Materialismus pflegt eine "Anreicherung" oder einen "Ausbau" nicht als "Umschlagen" zu bezeichnen. Das ist schon das erste. Abgesehen davon heißt es im Programm unmißverständlich, daß der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden muß (S.15 und 16), daß er im allgemeinen mit Waffengewalt zerschlagen werden muß (S.16) und daß wir den Kampf um Demokratie so führen wollen, daß er schließlich um-

schlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates (S.25), d.h. daß der Kampf um Demokratie übergeht in den bewaffneten Aufstand. Für die "Theorie des friedlichen Wegs" ist kein Platz in unserem Programm. Soweit es sich bei diesem "Mißverständnis" nicht um eine ganz gewöhnliche Unterstellung handelt, widerspiegelt sich darin der Grundfehler der "Rote Fahne", die den Kampf um Demokratie hier und heute und damit die Frage des Herankommens an die Revolution negiert und sich die Revolution - soweit sie sich diese überhaupt vorstellen kann - gerade so vorstellt, daß sich "an einer Stelle das eine Heer aufstellt und erklärt: 'Wir sind für den Sozialismus', an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellt und erklärt: 'Wir sind für den Imperialismus'". (LW 22,S.363f)

Aus dem bisher Gesagten, vor allem daraus, daß der revolutionär-demokratische Kampf die Leitlinie des politischen Klassenkampfes des Proletariats und des Herankommens an die Revolution ist, folgt auch, daß der revolutionär-demokratische Kampf, der Kampf um Demokratie, der Kampf um die demokratischen Forderungen in ihrer Gesamtheit nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus geführt werden kann. Das widerspricht nicht der im Programm getroffenen Aussage, daß das Proletariat im revolutionär-demokratischen Kampf das ganze Volk um sich zusammenschließt. Denn wofür schließt es das Volk zusammen? Zum Kampf um die proletarische Revolution! Die "Rote Fahne" natürlich, die den Kampf um Demokratie gegen den Kampf um kleine Reformen innerhalb der Schranken der bürgerlichen Ordnung "ausgetauscht" hat, hält das - von ihrer Warte aus mit gutem Grund - für sektiererisch. Sie argumentiert dabei damit, daß man für die einzelne demokratische Forderung, wie z.B. für die Trennung von Kirche und Staat, auch sein könnte, ohne auf dem Standpunkt der Arbeiterklasse zu stehen. Das ist natürlich richtig. Es hat aber mit der Aussage der in der "Rote Fahne" zitierten und kritisierten Stelle an den seinerzeitigen Erläuterungen zum Programmentwurf gar nichts zu tun, wo nämlich die Rede davon ist, daß das Proletariat die einzige revolutionäre Klasse im Kapitalismus ist und unser gesamtes Programm nur "die Forderungen der Arbeiterklasse", d.h. nur ein Forderungsprogramm der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und Imperialismus erhebt. Im Anschluß an diese Ausführungen und das in der "Rote Fahne" wiedergegebene Zitat haben wir zur Erläuterung Lenin zitiert: "Die Partei der revolutionären Klasse kann nur in dieser Form den bedingt revolutionären Charakter der übrigen Klassen zum Ausdruck bringen, um ihnen ihre Auffassung von den Nöten dieser Klassen und von den Mitteln zur Behebung dieser Nöte auseinanderzusetzen, um in ihrer Kriegserklärung an den Kapitalismus nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen aller 'notleidenden und verelendeten' Massen aufzutreten!" (LW 6, S.39).

Zuletzt noch eine Bemerkung zur Kritik der "Rote Fahne" an der folgenden Programmstelle: "Die Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab, unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen, kämpfen aber nur um eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse und des Volkes, die die Fähigkeit der Massen erhöht, den Klassenkampf zu führenunddie Bedingungen dafür verbessert. Sie lehnen daher alle Reformvorschläge ab, die mit einer Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder mit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen verbunden sind." (Programm S.19). Was bedeutet das? Es bedeutet zuerst, daß wir die Massen, wenn sie den Kampf um Reformen aufnehmen, unterstützen. Das tun wir auf jeden Fall und wir stellen uns niemals außerhalb einer wirklich fortschrittlichen Massenbewegung. Darauf bezieht sich der erste Teil des Satzes. Bekanntlich gibt es aber innerhalb jeder solchen wirklichen Massenbewegung scharfe Linienkämpfe. Es gibt immer die Linie des entschiedenen Kampfes gegen den Staat usw. und die Linie der Aussöhnung mit dem Staat, letzteres aus dem Irrglauben, dadurch mehr erreichen zu können. Deshalb ist es für uns, wenn wir in diese Massenbewegungen eingreifen wollen, notwendig, die Linie unseres Eingreifens festzulegen. Das tut das Programm. Es legt fest, daß wir alle Vorschläge, Forderungen usw. usf. aus der Sicht beurteilen, ob dadurch die Fähigkeit der Massen erhöht wird, den Klassenkampf zu führen, und ob dadurch die Bedingungen für den Klassenkampf verbessert werden. Wenn eine "Verbesserung" mit einer stärkeren bürokratischen Gängelung einhergeht, lehnen wir sie also ab. Die "Rote Fahne" verwirrt zuerst das alles durch viel Wortgeklingel, verfälscht unter der Hand unsere Positionen (als ob das Programm festlegen würde, daß wir alle"Bewegungen" nicht der Massen, sondern der Herren Mautner-Markhof und Benya unterstützten!) und kommt dann endlich zu der Schlußfolgerung, die der Vater des ganzen Gedankens ist: "Das Bund-Programm sagt damit: Ja, wenn die Arbeiter mit den Ausbeutern sozialpartnerschaftlich zusammenarbeiten würden, wenn sie auf ihren Klassenkampf verzichten würden, wenn sie womöglich sogar zur Stärkung des kapitalistischen Staates und damit zur 'Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung' beitragen wollten, dann würde es ihnen natürlich besser gehen (vielleicht weil die Kapitalisten dann freiwillig ein etwas grösseres Stück vom Kuchen des Sozialprodukts abgeben würden) - aber das unterstützen wir nicht, dagegen sind wir. Das ist die 'Logik' von 'radikal' gewordenen bürgerlichen Intellektuellen." (S.14). Auch hier ist wieder weniger diese dumme Unterstellung von Interesse, als vielmehr die offenkundige Tatsache, daß die Position der "Rote Fahne" durch sektiererisches Desinteresse und durch Unkenntnis der Probleme, um die es hier geht, gekennzeichnet ist.

7. Die Frage von Krieg und Frieden

Ich möchte an dieser Stelle am Beispiel von Krieg und Frieden verdeutlichen, zu welch schädlicher Position einen der "imperialistische Ökonomismus" verdammt. Die "Rote Fahne" Nr.158 zitierte die bekannte Stelle aus den "Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR" von Genossen Stalin: "Man sagt, Lenins These, daß der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt, müsse als veraltet angesehen werden, da gegenwärtig mächtige Volkskräfte herangewachsen sind, die zur Verteidigung des Friedens, gegen einen neuen Weltkrieg auftreten. Das ist falsch.

Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines

neuen Weltkrieges zu moblisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten - sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte.

Es ist möglich, daß bei einem bestimmten Zusammentreffen von Umständen der Kampf für den Frieden sich hier und da zum Kampf um den Sozialismus entwickelt, aber das wird nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung sein, sondern eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus.

Am wahrscheinlichsten ist, daß die gegenwärtige Friedensbewegung, als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines bestimmten Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des gegebenen Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsternen Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut. Das ist sogar sehr gut. Aber dennoch genügt das nicht, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen derFriedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt.

Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden." (Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Peking 1972, S.41f). Dazu schreibt die "Rote Fahne" Nr.158: "Der Kampf gegen die imperialistischen Weltkriegsvorbereitungen kann heute nur dann w i r k s a m geführt werden, wenn er nicht als pazifistischer, sondern als r e v o l u t i o n ä r e r Kampf geführt wird und unmittelbarer Bestandteil des Kampfes zur Beseitigung des Imperialismus überhaupt ist. Da die Kriegsgefahr aus dem imperialistischen System zwangsläufig hervorgeht, kann nur die siegreiche Revolution im Weltmaßstab den Krieg ein für allemal ins Museum der Geschichte verweisen. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Revolution ist daher heute die z e n t r a l e Frage, das Schlüsselproblem im Kampf für die Gewinnung des Friedens.

Wir sind der Meinung, daß hier zwischen der Weltfriedensbewegung zur Zeit des Genossen Stalin und dem heutigen Friedenskampf ein nicht unwesentlicher Unterschied besteht... Unserer Auffassung nach ist die von Stalin vorausgesehene Veränderung inzwischen eingetreten und kann die heute notwendige Friedensbewegung nur als eine r e v o l u t i o n ä r e, auf den Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte im besonderen und auf den Sturz des Kapitalismus im allgemeinen gerichtete Bewegung ihre Aufgabe erfüllen. Eben das verstehen wir unter der Losung, dem drohenden Krieg durch die Revolution zuvorzukommen."(S.19) In dieser verworrenen und absurden Ansicht erkennt man deutlich die Position von Radek, Bucharin, Pjatakow und Konsorten wieder: "Der Kampf um den Frieden bzw. der Kampf um Demokratie ist nicht (mehr) möglich. Möglich ist nur mehr der 'unmittelbare' Kampf zur Beseitigung des Imperialismus überhaupt." Ganz zu Recht wurde diese Ansicht in zwei Leserbriefen in der "Rote Fahne"Nr.160 kritisiert. P.F. schrieb: "Neuerdings gibt es ein paar hyperrevolutionäre 'Ultras', die sagen, wer vom Kampf für den Weltfrieden spreche, sei ein Illusionist oder sogar ein versteckter Revisionist. Indirekt beschimpfen sie damit auch Genossen Stalin. Solchen 'Ultras' kann man gar nicht energisch genug übers Maul fahren. Wir Marxisten-Leninisten verhalten uns zum drohenden imperialistischen Weltkrieg nicht wie der Frosch gegenüber der Schlange. Wir sind keine Fatalisten. Sogar wenn es uns nicht gelingen sollte, einen 3.Weltkrieg zu verhindern, wird sein V e r l a u f wesentlich davon abhängen, wie intensiv und auf wie breiter Basis wir schon v o r h e r gegen die zum Krieg treibenden Kräfte, gegen die Vorbereitung und den Ausbruch des Krieges gekämpft haben. Diesen wichtigen Kampf sabotieren die Ultras, die uns einreden wollen, der Weltkrieg sei schon nicht mehr aufzuhalten und somit sei es Unsinn, gegen ihn noch ankämpfen zu wollen. Schlechte Ratgeber sind aber, wie gesagt, auch 'Theorien', die den Kampf gegen die Weltkriegsgefahr auf die revolutionären Kräfte beschränken und es leugnen, daß man dafür auch nationale und demokratische Kräfte mobilisieren kann und muß.

Daran ist nichts zu rütteln: Was Genosse Stalin zur Frage von Krieg und Frieden sagte, ist heute so richtig wie gestern. Es ist sogar a k t u e l l e r d e n n j e. Deshalb sollte man nicht versuchen, diese Feststellungen Stalins 'weiterzuentwickeln', sondern soll sie lieber aufmerksam s t u d i e r e n." (S.17). W.H. hielt fest, "daß man die demokratische Bewegung für den Frieden wie jede demokratische Bewegung den Interessen des Sozialismus unterordnen muß, im demokratischen Kampf hauptsächlich die sozialistische Revolution vorbereitet, um schließlich 'beim Zusammentreffen gewisser Umstände' den Friedenskampf von einem demokratischen Kampf zu einem Kampf mit sozialistischen Zielen zu entwickeln, die proletarische Revolution durchzuführen und damit im eigenen Land den größtmöglichen Beitrag im Kampf um den Weltfrieden zu leisten, der erst mit dem Sieg der Weltrevolution beendet ist." (S.18). Die Redaktion der "Rote Fahne" anerkannte "die darin enthaltene Kritik vollinhaltlich als richtig" und fuhr fort: "Es war notwendig, darüber nachzudenken, wieso die Redaktion zu ihrer falschen Schlußfolgerung kam. Eine Ursache liegt sicher darin, daß sie das weitgehende Fehlen einer als solcher deklarierten Weltfriedensbewegung nicht als Mangel begriff, den man beseitigen muß, sondern als Ausdruck neuer Gegebenheiten. Zweitens spielte wohl der Ekel vor der so unendlich verlogenen, widerlichen 'Friedens'-Heuchelei der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Papageien eine Rolle. Man darf sich aber durch diese abstoßende Heuchelei nicht dazu verleiten lassen, zu glauben, eine echte demokratische Friedensbewegung sei heute nicht mehr möglich und jede Bejahung der Möglichkeit und Notwendigkeit einer solchen sei schon eine Konzession an die Heuchler. Drittens haben wir die Formel, daß entweder die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg die Revolution hervorbringen wird, zu schematisch aufgefaßt. Eine solche Vulgarisierungsgefahr besteht bei vielen auf so einfachen Nenner gebrachten Formeln. Aus ihnen entsteht immer Unsinn, wenn man sie vulgarisiert und verabsolutiert."

Was die Redaktion der "Rote Fahne" darüber hinaus beachten sollte, ist

daß der Fehler seine wahre Wurzel in der allgemeinen Haltung der "Rote Fahne" zum Kampf um Demokratie hat, in ihrem "imperialistischen Ökonomismus", und daß er sich daher in den verschiedensten Fragen immer wieder wiederholen wird, solange sie die politische Linie nicht korrigiert hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß auch wir lange Zeit Fehler im Sinne des "imperialistischen Ökonomismus" gemacht haben, insbesondere in der Frage von Krieg und Frieden. Die Gründungskonferenz des KB Österreichs hat diese Fehler korrigiert und u.a. festgehalten: "Der Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Unabhängigkeit Österreichs muß, wie der gesamte Kampf um Demokratie gegen die imperialistische Reaktion nach innen und außen, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution und dem Sturzder österreichischen Monopolbourgeoisie, der Zerschlagung ihres Staates und Militärapparates untergeordnet werden. Anders kann weder die proletarische Revolution, die aus der gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Lage der österreichischen Arbeiterklasse heraus notwendig das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse ist, vorbereitet werden, noch kann ein wirksamer Beitrag zum Kampf gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges in Europa geleistet werden. Denn erstens kann eine starke Bewegung gegen den Krieg nur im Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie aufgebaut werden, nicht als deren Anhängsel und in deren Schlepptau, und je stärker sie ist, desto größer wird ihr Beitrag sein, den Supermächten die Entfesselung eines Weltkrieges zu erschweren. Zweitens ist die schließliche Verhinderung des drohenden Krieges nur durch den Sieg der Revolution zumindest in einigen wichtigen Ländern möglich. Der Kampf gegen den Krieg, für den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs muß unter Führung der Arbeiterklasse stehen und die Arbeiterklasse kann ihn wie den gesamten Klassenkampf nur als Kampf um selbständige Forderungen gegen ihren Hauptfeind, die österreichische Bourgeoisie, und die äußeren Feinde der Revolution führen." ("Kommunist" 1/76 (August 1976), S.67)

8. Die Militärforderungen unseres Programms

Ein besonderer Angriffspunkt für den "imperialistischen Ökonomismus" und natürlich auch für die "Rote Fahne" sind die Militärforderungen unseres Programms. Der Programmtext lautet: "Ersetzung des stehenden Heeres, der Polizei, der Gendarmerie und aller andern bewaffneten Formationen des Staates durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Offiziere; Bezahlung in der Höhe des bisherigen Lohns durch die Kapitalisten bzw. bei öffentlich Bediensteten durch den Staat während der Dienstzeit in der allgemeinen Volksmiliz." (S.26) Es verhält sich hier nicht anders wie mit allen anderen demokratischen Forderungen auch: Die Diktatur des Proletariats wird sie vollständig verwirklichen, die proletarische Revolution wird Zug um Zug mit der revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse und des Volkes mit ihrer Verwirklichung beginnen und hier und heute schon erheben wir sie schließlich gegen die herrschende Klasse und ihren Staat. Das heißt vor allem, in die Konflikte, Bewegungen usw. in der bürgerlichen Armee auf der Linie dieser Forderungen und mit dem Zweck, sie zu zersetzen, ein-

zugreifen sowie das ganze Volk in ihrem Sinne in revolutionärer Weise zu erziehen. So bereiten wir die Revolution, den Aufstand, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates vor. Ohne eine solche Arbeit kann man sie nicht vorbereiten und kann man die Militärfrage nicht praktisch zum Feld und Gegenstand des proletarischen Klassenkampfes machen, was schlimme Folgen hätte. Auch hier läuft der "imperialistische Ökonomismus" darauf hinaus, das Feld der Bourgeosie zu überlassen und auf die Vorbereitung der Revolution zu verzichten, davor zurückzuschrecken, sich auf die abstrakte Propaganda der Notwendigkeit der Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und der Armee zu beschränken. Was die Frage der "Durchführbarkeit" oder "Undurchführbarkeit" dieser Forderungen betrifft, genügt - abgesehen von den obigen Ausführungen - vielleicht der Hinweis auf das Beispiel Portugals, wo die revolutionären Massen im Zug des Aufschwunges des Klassenkampfes - trotz Bestehen einer bürgerlichen Staatsmacht - mit der Verwirklichung dieser Forderungen begonnen haben, ja beginnen mußten. Das hat bestätigt, was Lenin vor 50 Jahren schrieb: " Was die Miliz betrifft, so würden wir, auf eine konkrete und praktisch notwendige Antwort bedacht, sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb 'keinen Mann und keinen Groschen' nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz, auch in solchen Ländern wie den Vereinigten Staaten, der Schweiz, Norwegen usw. Umso mehr, als wir in den freiesten republikanischen Ländern (z.B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz und deren Prostituierung zu Militäraufgeboten gegen Streikende sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch das Volk, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (ein besonders wichtiger Punkt für die imperialistischen Länder, die wie die Schweiz fremde Arbeiter in steigender Zahl und immer schamloser ausbeuten, ohne ihre Rechtlosigkeit aufzuheben), weiter das Recht von je, sagen wir, hundert Einwohnern des betreffenden Landes, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerkes zu bilden, mit freier Wahl der Instrukteure, deren Entlohnung auf Staatskosten usw. Nur unter diesen Bedinungen könnte das Proletariat das Kriegshandwerk wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, das Erlernen des Kriegshandwerks aber liegt unbedingt im Interesse des Proletariats. Wie die russische Revolution bewiesen hat, führt jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung - z.B. die Eroberung einer Stadt, eines Industrieortes, die Gewinnung eines Teils der Armee - unvermeidlich dazu, daß das siegreiche Proletariat gezwungen sein wird, eben dieses Programm zu verwirklichen." (LW 23, S.98f)

Zum besseren Verständnis dieser Fragen noch ein längeres Leninzitat: "Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden, wie Polizei, Armee und die Bürokratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine lediglich vervollkommnet, lediglich einer Partei genommen und einer andern übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwär-

tigen Revolution behaupten und weitergehen will, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erringen will, diese 'fertige' Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, 'zerbrechen' und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen sind. Wie die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 zeigen, muß das Proletariat alle armen, ausgebeuteten Teile der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie die Organe der Staatsmacht selbst und unmittelbar in ihre Hände nehmen, damit sie selbst die Institutionen dieser Staatsmacht bilden.

Die Arbeiter Rußlands haben diesen Weg schon in der ersten Etappe der ersten Revolution im Februar-März 1917 beschritten. Die Aufgabe besteht jetzt darin, klar zu begreifen, welches dieser neue Weg ist, und ihn kühn, unbeirrt und beharrlich weiterzugehen.

Die englisch-französischen und die russischen Kapitalisten wollten 'nur' Nikolaus II. absetzen oder ihn vielleicht sogar nur 'einschüchtern', die alte Staatsmaschine, die Polizei, die Armee, das Beamtentum, aber unversehrt lassen.

Die Arbeiter sind weitergegangen und haben sie zerbrochen. Und jetzt heulen nicht nur die englisch-französischen, sondern auch die deutschen Kapitalisten vor Wut und Angst, wenn sie z.B. sehen, wie die russischen Soldaten ihre Offiziere erschießen, auch wenn sie, wie der Admiral Nepenin, Parteigänger von Gutschkow und Miljukow sind.

Ich habe gesagt, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine zerbrochen haben. Genauer gesagt, sie haben begonnen, sie zu zerbrechen. Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Die Polizei ist in Petrograd und an vielen anderen Orten teils niedergemacht, teils abgesetzt worden. Die Regierung Gutschkow-Miljukow wird nicht die Monarchie wiederherstellen, noch sich überhaupt an der Macht halten können, wenn sie nicht die Polizei wiederherstellt als eine besondere, vom Volk losgelöste und ihm entgegengestellte Organisation von bewaffneten Menschen, die dem Kommando der Bourgeoisie unterstellt sind, das ist sonnenklar. Andererseits muß die neue Regierung auf das revolutionäre Volk Rücksicht nehmen, muß es mit halben Zugeständnissen und Versprechungen hinhalten, muß Zeit gewinnen. Deshalb greift sie zu einer halbschlächtigen Maßnahme: sie errichtet eine 'Volksmiliz' mit gewählten Vorgesetzten (das klingt furchtbar anständig! furchtbar demokratisch, revolutionär und schön!) aber...aber erstens wird sie der Kontrolle der Leitung der Semstwos und der städtischen Selbstverwaltungen, d.h.den Gutsbesitzern und Kapitalisten unterstellt, die auf Grund der Gesetze Nikolaus' des Blutigen und Stolypins des Henkers gewählt worden sind!! Zweitens nennt die Regierung diese Miliz eine 'Volksmiliz' um dem 'Volk' Sand in die Augen zu streuen; in Wirklichkeit aber fordert sie das Volk nicht auf, sich ausnahmslos an dieser Miliz zu beteiligen, verpflichtet sie die Unternehmer und Kapitalisten nicht, den Angestellten und Arbeitern für die Stunden und Tage, die sie dem öffentlichen Dienst, d.h. der Miliz widmen, den üblichen Lohn auszuzahlen.

Hier liegt der Hund begraben. Auf diesem Weg erreicht die Gutsbesitzer- und Kapitalistenregierung der Gutschkow und Miljukow, daß die 'Volksmiliz' nur auf dem Papier steht, während in Wirklichkeit allmählich und im stillen eine bürgerliche, gegen das Volk gerichtete Miliz wiederhergestellt wird, zunächst aus '8.000 Studenten und Professoren' (so schildern die ausländischen Zeitungen die heutige Petrograder Miliz) - offenkundig ein Kinderspielzeug! -, dann aber allmählich aus der alten und einer neuen Polizei.

Die Wiederherstellung der Polizei nicht zulassen! Die lokalen Machtorgane nicht aus der Hand geben! Eine wirklich das ganze Volk umfassende, absolut allgemeine, vom Proletariat geführte Miliz schaffen! - das ist die Aufgabe des Tages, das ist die Losung des gegenwärtigen Augenblicks, die sowohl den richtig verstandenen Interessen des weiteren Klassenkampfes, der weiteren revolutionären Bewegung als auch dem demokratischen Instinkt jedes Arbeiters, jedes Bauern, jedes werktätigen und ausgebeuteten Menschen entspricht; denn jeder von ihnen haßt unbedingt die Polizei, die Büttel und Gendarmen, haßt die Befehlsgewalt der Gutsbesitzer und Kapitalisten über bewaffnete Menschen, denen Macht über das Volk gegeben wird.

Was für eine Polizei brauchen sie, die Gutschkow und Miljukow, die Gutsbesitzer und Kapitalisten? Die gleiche wie unter der Zarenmonarchie. Alle bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Republiken der Welt haben eine solche Polizei - eine besondere Organisation vom Volk losgelöster, ihm entgegengestellter bewaffneter Menschen, die auf die eine oder andere Weise der Bourgeoisie unterstellt sind - geschaffen oder nach kurzen revolutionären Perioden wiederhergestellt.

Was für eine Miliz brauchen wir, braucht das Proletariat, brauchen alle Werktätigen? Eine wirkliche Volksmiliz, d.h. eine Miliz, die erstens wirklich aus der gesamten Bevölkerung, aus allen erwachsenen Bürgern beiderlei Geschlechts besteht, und die zweitens die Funktion einer Volksarmee mit polizeilichen Funktionen, mit den Funktionen des wichtigsten und hauptsächlichen Organs der staatlichen Ordnung und der staatlichen Verwaltung verbindet.

Um diese Gedanken möglichst anschaulich darzulegen, will ich ein rein schematisches Beispiel anführen. Natürlich wäre der Gedanke, irgendeinen 'Plan' der proletarische Miliz aufzustellen, unsinnig: wenn die Arbeiter und das ganze Volk wirklich in ihrer Masse die Sache praktisch in Angriff nehmen, so werden sie alles hundertmal besser ausarbeiten und einrichten als irgendwelche Theoretiker. Ich schlage keinen 'Plan' vor, ich will nur meinen Gedankengang illustrieren.

Petrograd hat eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen, davon über die Hälfte im Alter von 15 bis 65 Jahren. Sagen wir die Hälfte, eine Million. Ziehen wir sogar noch ein gutes Viertel ab: Kranke und andere, die sich zur Zeit aus triftigen Gründen nicht dem öffentlichen Dienst widmen können. Es bleiben 750.000 Menschen, die, wenn sie z.B. jeden 15.Tag in der Miliz arbeiten (und für diese Zeit vom Unternehmer ihren Lohn weiter erhielten), eine Armee von 50.000 Menschen bilden würden. Ein'Staat' von solchem Typus ist es, was wir brauchen! Eine solche Miliz wäre in Wirklichkeit - und nicht nur dem Namen nach - eine 'Volksmiliz'.

Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit keine besondere Polizei und keine besondere, vom Volk getrennte Armee wiederhergestellt werden kann.

Eine solche Miliz würde zu 95 Prozent aus Arbeitern und Bauern bestehen und wirklich die Vernunft und den Willen, die Kraft und die Macht der überwältigenden Mehrheit des Volkes zum Ausdruck bringen. Eine solche Miliz würde wirklich ausnahmslos das ganze Volk bewaff-

nen und im Militärwesen ausbilden und es auf eine nicht Gutschkow'sche, nicht Miljukow'sche Weise gegen alle Versuche, die Reaktion zu restaurieren, gegen alle Umtriebe der Zarenagenten sichern. Eine solche Miliz wäre das ausführende Organ der 'Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten', sie würde die absolute Achtung und das absolute Vertrauen der Bevölkerung genießen, denn sie wäre selbst eine Organisation ausnahmslos der ganzen Bevölkerung. Eine solche Miliz würde dafür sorgen, daß die Demokratie kein hübsches Aushängeschild bleibt, daß die Versklavung des Volkes und die Verhöhnung des Volkes durch die Kapitalisten verdeckt, sondern eine wirkliche Erziehung der Massen zur Teilnahme an allen Staatsgeschäften darstellt. Eine solche Miliz würde die Jugendlichen in das politische Leben einbeziehen und sie nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat durch die Arbeit erziehen. Eine solche Miliz würde jene Funktionen entwickeln, die - um es gelehrt auszudrücken - in das Gebiet der 'Wohlfahrtspolizei', der sanitären Kontrolle usw. gehören, und würde alle erwachsenen Frauen zu solchen Funktionen heranziehen. Denn ohne die Frauen zum öffentlichen Dienst, zur Miliz, zum politischen Leben heranzuziehen, ohne die Frauen aus ihrer abstumpfenden Haus- und Küchenatmosphäre herauszureißen, kann keine wirkliche Freiheit gewährleistet werden, kann nicht einmal die Demokratie, vom Sozialismus ganz zu schweigen, aufgebaut werden.

Eine solche Miliz würde eine proletarische Miliz sein, denn die industriellen und städtischen Arbeiter würden in dieser Miliz ebenso natürlich und unvermeidlich einen entscheidenden Einfluß auf die Masse der armen Bevölkerung gewinnen, wie sie im ganzen revolutionären Kampf des Volkes in den Jahren 1905 bis 1907 und im Jahre 1917 natürlich und unvermeidlich die führende Stellung innehatten." (LW 23, S.340-344)

Die Polemik der "Rote Fahne" gegen unser Programm lebt von der dummen Unterstellung, wir würden die Bourgeoisie mit unseren Militärforderungen "ersuchen", ihren Gewaltapparat "freiwillig aufzulösen". Diese nicht von uns stammende, sondern von der "Rote Fahne" fabrizierte Dummheit wird über zwei ganze Seiten unter Hohn und Spott und mit großer Geschwätzigkeit ausgebreitet. Es ist eine Dummheit, weil kein denkender Mensch im Ernst annehmen kann, daß die Bourgeoisie irgendeine, selbst eine viel weniger weitreichende Forderung freiwillig erfüllen wird und daß das Proletariat das von ihr verlangen sollte. In unserem Programm wird man nichts dergleichen finden. Daß die Bourgeoisie die demokratischen Militärforderungen nicht "freiwillig erfüllen" wird, sondern, daß zu deren vollständigen Verwirklichung vielmehr ihr Sturz notwendig ist, zeigt übrigens nur, daß diese Forderungen revolutionär gestellt werden müssen.

Von besonderem Interesse sind die Passagen über die Forderung nach Bezahlung des Dienstes in der Volksmiliz. Warum diese Forderung erhoben werden muß, geht klar und deutlich aus dem angeführten Leninzitat hervor. Ihre Notwendigkeit ergibt sich einfach daraus, daß wir die Militärforderungen ja nicht erst zu dem Zeitpunkt erheben, wo die Zerschlagung des bürgerliches Staates bereits fix und fertig abgemacht ist, sondern schon vorher und besonders während der proletarischen Revolution. An der Kritik der Rote Fahne" sticht aber der Standpunkt ins

Auge, von dem aus sie geführt wird: "Ohne kapitalistisches Geld keine proletarische Musik, ohne Lohnfortzahlung durch die Unternehmer keine gegen sie gerichtete Volksmiliz. Sollten sich die Unternehmer aus mangelndem Verständnis weigern, für eine 'nicht bürgerliche' bewaffnete Formation die Unterhaltskosten zu zahlen, dann läßt sich das schöne Projekt leider nicht verwirklichen." (S.11.) Hinter Hohn und Spott wird sichtbar - der Standpunkt der Kapitulation, des Verzichts auf den Klassenkampf, der Ohnmacht gegenüber der herrschenden Klasse, der Standpunkt, der charakteristisch ist für den "imperialistischen Ökonomismus" und der ihn zum Zwillingsbruder des gewöhnlichen Rechtsopportunismus macht.

W.L.

Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten

Die palästinensische Revolution kämpft in der vordersten Reihe der Völker der Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus, und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Nach dem Sieg der indochinesischen Völker ist der Nahe Osten damit zu einem der bedeutendsten Brennpunkte der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern, und der Rivalität der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte untereinander, geworden. Die Bedeutung der palästinensischen und arabischen Revolution besteht darin, daß sie den Imperialismus und besonders die Supermächte an einer besonders empfindlichen Stelle trifft und schlägt. Sie ist direkt gegen ihre Kriegspolitik gerichtet. Aus diesem Grund sind die arabischen Völker, allen voran das Volk Palästinas, besonders wichtige Verbündete der Arbeiterklasse und der Völker Westeuropas. Die palästinensische Revolution hat in letzter Zeit im besetzten Palästina selbst den bedeutendsten Aufschwung seit 1948 genommen. Der Imperialismus beantwortet dies mit einer Gegenoffensive, die sich gegenwärtig auf den Libanon, als das wichtigste Hinterland des palästinensischen Freiheitskampfes, konzentriert. Die Bourgeoisien flankieren dies mit einem ideologischen Trommelfeuer, das Reformismus und Revisionismus aufgreifen und verstärkt in die antiimperialistische Bewegung zu tragen suchen. Kern der bürgerlichen, insbesondere der revisionistischen Propaganda, ist der Gedanke vom "Existenzrecht Israels".

Angesichts dieser Entwicklung ist es Aufgabe der österreichischen Kommunisten, verstärkt der Linie der revolutionären Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen und der arabischen Völker zum Durchbruch zu verhelfen. Folgender Beitrag soll dies den Grundeinheiten des KB und seiner Massenorganisationen erleichtern.

Aufbau:
1. Israel ist ein rassistischer Kolonialstaat
2. Für die Errichtung eines demokratischen Staats in ganz Palästina mit gleichen Rechten für Christen, Juden und Moslems
3. Die Bedeutung des Zusammenschlusses der arabischen Länder
4. Das Ringen der beiden Supermächte um den Nahen Osten ist Bestandteil ihrer Kriegsvorbereitungen
5. Der österreichische Imperialismus, Feind der arabischen Völker - die Aufgaben der Kommunisten

1. Israel ist ein rassistischer Kolonialstaat

Sämtliche Imperialisten sprechen neuerdings häufig von den "Rechten der Palästinenser". Tunlichst vermeiden sie diese Rechte zu benennen und verweisen auf die beiden UNO-Resolutionen 242 (aus dem Jahr 1967) und 338 (1973). Ein Blick auf diese Resolutionen erklärt ihre Popularität unter den Feinden des palästinensischen Volkes:

"...indem...der Sicherheitsrat unterstreicht, daß es nötig ist, für einen gerechten und dauernden Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben, (bekräfigt er die Anwendung folgender Prinzipien): Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Einstellung des Kriegszustands sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region. ....ferner: ... die freie Schifffahrt auf internationalen Wasserstraßen der Region zu garantieren, eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen; die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region zu garantieren, welches die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließt..."
(Resolution 228 vom 22.11.1967)

Als die arabischen Staaten und Völker dem Zionismus im Oktoberkrieg schwere Niederlagen beibrachten, erzwangen die beiden Supermächte die Einstellung dieses gerechten Krieges und brachten im Sicherheitsrat putschartig ohne Abstimmung die Resolution 338 durch:
"Der Sicherheitsrat...fordert alle betroffenen Parteien auf...mit der Befolgung der Sicherheitsresolution 242 in allen ihren Teilen zu beginnen; (er) beschließt...Verhandlungen unter einer angemessenen Schirmherrschaft..."
(Resolution 338 vom 22.10.1973, eingebracht von den Delegierten der USA und der UdSSR; (1)

Diese Resolutionen zielen ab auf die "Sicherheit aller Staaten der Region", also insbesondere auf die Existenz Israels in den Grenzen

(1) Al Tahrir, Nr. 2

von 1967; auf die Sicherung der Wasserstraßen, insbesondere des Suezkanal, für die imperialistischen Flotten und sie behandeln die Kolonisierung Palästinas als "Flüchtlingsproblem", negieren also die Existenz des palästinensischen Volkes.

Jegliche Propaganda im Dienst von Zionismus und Imperialismus versucht weiszumachen, daß Israel ein Nationalstaat wie jeder andere ist, über dessen genaue Grenzen es bloß Unklarheiten gäbe. Das ist nichts als Betrug. Israel ist ein illegitimer Kolonialstaat vom Typ Südafrikas und Rhodesiens. Nur wenn Klarheit über diese Tatsache geschaffen wird, kann die palästinensische Revolution auf der richten Linie unterstützt werden.

Imperialistischer Landraub und Vertreibung des palästinensischen Volkes

In Südafrika und Rhodesien raubten englische und burische Siedler im Dienst des Imperialismus den afrikanischen Völkern Zimbabwes und Azanias ihr Land. Sie errichteten koloniale Siedlergesellschaften und pferchten die Afrikaner in Reservaten zusammen. Die Besiedlung Südafrikas nahm schon im 17. Jahrhundert ihren Anfang. Der planmäßige und gewaltsame Landraub in großem Umfang und die Errichtung der Siedlerstaaten erfolgte aber erst mit dem Aufkommen des Imperialismus. 1911 wurde die "Union of South Africa" gegründet, 1922 wurde Rhodesien britische Kronkolonie.

Israel ist ein Kolonialstaat, weil es ebenso auf dem Landraub am palästinensischen Volk durch den Zionismus, eine ausländische Macht im Dienst des Imperialismus, und der Vertreibung der arabischen Bevölkerung Palästinas beruht.
Der Zionismus hat das palästinensische Volk aus seiner Heimat vertrieben, um sich dessen Grund und Boden anzueignen und diesen zu besiedeln. Aufbauend auf dem Antisemitismus, der in seiner heutigen Form selbst ein Produkt des Kapitalismus ist, rief der Zionismus tausende jüdische Siedler auf, in Palästina zu siedeln, das bis 1918 türkische Provinz und bis 1948 britisches Mandatsgebiet war. Insbesondere nach dem 2.Weltkrieg nahm die jüdische Besiedlung große Ausmaße an. Unter der Losung "einem Volk ohne Land ein Land ohne Volk" begann die zweite Kolonisierung Palästinas. Bis zum Ende der britischen Mandatszeit verlief dieser Prozeß wie folgt (2)

JAHR	GESAMTBEVÖLKERUNG	JÜDISCHER ANTEIL DARAN	JÜDISCHER BODENBESITZ
1918	700.000	56.000 (8%)	2% der Gesamtfläche
1931	1.035.821	174.610 (17%)	keine Angaben
1948	2.065.000	650.000 (31%)	6,05% der Gesamtfläche

(2) A Handbook to the Palestine Question (Handbook), S.23

Vor dem Auslaufen der britischen Mandatsherrschaft waren somit 31% der Gesamtbevölkerung jüdische Siedler. Zionistische Terrorbanden, wie Palmach und Irgun Zvai Leimi, Haganah und Stern Gang wurden aufgestellt, um die arabische Bevölkerung zu terrorisieren und weitergehende Zugeständnisse durch Großbritannien zu erreichen. Dieses hatte schon 1917 in der "Balfour Declaration" dem Zionismus seine Unterstützung zugesichert. Bis auf eine kurze Periode nach dem zweiten Weltkrieg förderte Großbritannien aktiv die Bestrebungen des Zionismus. Schon das Mandat, das der Völkerbund Großbritannien erteilte, sah die direkte Stärkung des Zionismus durch Großbritannien vor. In die Präambel des Mandatstextes wurde der Hauptteil der Balfour Declaration eingefügt. Das Mandat sah vor, daß Großbritannien "solche politischen, administrativen und wirtschaftlichen Bedingungen" schaffen solle, die die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina gewährleisten (Artikel 2). Die geschlossene Ansiedlung von Juden in Palästina sollte ermutigt (Artikel 6), die Einwanderung begünstigt werden. Die "Jewish Agency" wurde beauftragt, die britische Kolonialverwaltung dabei zu unterstützen. Während der arabischen Bevölkerung sämtliche Rechte genommen wurden, berief die Mandatsmacht Großbritannien einen prominenten Zionisten zum Hochkommisar für Palästina. Er öffnete der zionistischen Masseneinwanderung die Tore und förderte die Errichtung jüdischer "Selbstverwaltungsorgane" in Palästina. Sie stellten die Keimform des künftigen zionistischen Staatswesens dar. Gleichzeitig wurde an den Aufbau eines von der einheimischen Wirtschaftsstruktur autarken jüdischen Wirtschaftssektors gegangen. In der Landwirtschaft und Industrie propagierte der Zionismusdie Losung "jüdische Arbeiter in jüdische Unternehmen". Araber wurden nicht eingestellt. 1928 gewährte die Mandatsmacht der zionistischen "Vertretung" der jüdischen Bevölkerung in Palästina das Recht, selbst die Besteuerung jüdischer Bürger und die Aufstellung eines Budgets durchzuführen.

Die Massenmorde und Verbrechen des deutschen Faschismus im 2.Weltkrieg trieben tausende Juden in die Arme des Zionismus. Waren bis 1931 nur etwa 190.000 jüdische Siedler eingewandert, so waren es allein zwischen 1932 und 1945 379.000. Nach dem 2.Weltkrieg, der Großbritannien bedeutend geschwächte hatte, sah der Zionismus die Möglichkeit, sich von der Mandatsmacht zu lösen. (3)

Die Terrorgruppen des Zionismus, die den Charakter eines kolonialen Erobererheeres hatten, führten 1948 den Landraub durch, in dessen Folge der Staat Israel gegründet wurde. Bis dahin waren 93,95% des Bodens in arabischem Besitz.
Stützen konnte sich der Zionismus dabei auf den Teilungsplan der UNO für Palästina von 1947, der insbesondere auf Betreiben der USA zustande gekommen war. Außerordentlich erschwert wurde den fortschrittlichen Kräften der arabischen Länder die Orientierung auf

(3) Angaben nach: Geschichte der Araber, 3, S.169 f., 175-177, 225.

die konsequente Bekämpfung des UNO-Teilungsplans und der zionistischen Staatsgründung durch schwere Fehler in der sowjetischen Aussenpolitik von 1947. Die SU befürwortete den UN-Teilungsplan und anerkannte zunächst Israel.
In einer Reihe kolonialistischer Eroberungszüge unmittelbar vor Ende der britischen Mandatszeit und in den Wochen danach wurden die Grundlagen Israels geschaffen.

Zionistische Eroberungen 1948:

DATUM	GEBIET	OPERATION
21.4.	Eroberung Haifas, Vertreibung der arabischen Bevölkerung	"Operation Misparayim"
27.4.	Einkesselung Jaffas und Zerstörung der arab.Dörfer um Jaffa	"Operation Chametz"
28.4.	Eroberung Ostgaliläas und Vertreibung der dortigen Bevölkerung	"Operation Yiftach"
3.5.	Eroberung der Gebiete zwischen Ostgaliläa und Tiberias	"Operation Matateh"
11.5.	Besetzung Beisans, Vertreibung d. Bauern und Nomaden des Gebiets	"Operation Gideon"
12.5.	Eroberung von Gebieten nördlich der Wüste Negev	"Operation Barak"
14.5.	Eroberung Akkos und Westgaliläas und des Westteils von Jerusalem (al Quds)	"Operation Ben Ami und Pitchfork"

Es ist bekannt, daß der Zionismus im Zug dieses Landraubs Massenmorde beging, wie das Massaker von Deir Yasin am 9.4.48, um die arabische Bevölkerung zur Flucht zu bewegen. 385 Dörfer wurden völlig ausgelöscht. Isaak Rabin, jetziger Ministerpräsident, beschreibt das Vorgehen so: "Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen..., wird es kein einziges Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können". (4)

Die palästinensische Bevölkerung flüchtete in mehreren Wellen. Sie war ohne klare politische Führung und von bürgerlichen und feudalen Führern verraten, die mit Großbritannien und dem Zionismus paktierten.

Insgesamt flüchteten : (5)

ZEITRAUM	GEBIET UND ZAHL	
vor dem 9.4.48, dem Massaker von Deir Yasin	60.000	Menschen
nach dem 9.4.48	350.000	aus Tiberias, Haifa, Jaffa, Beisan, Akko und Jerusalem
Juli 1948	160.000	nach dem Fall von Lydda und Ramlah
vom Oktober 1948 bis Februar 1949	175.000	aus dem Süden Palästinas und Gaza

(4) Kommunistische Volkszeitung (KVZ) 46/1975,S.15, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
(5) Tabelle der zionistischen Eroberungen 1948 nach: Handbook, S.74
Tabelle der Flüchtlingswellen 1948 nach: Handbook, S. 85

1948/49 wurden somit 750.000 Palästinenser, über die Hälfte der arabischen Bevölkerung, vertrieben. Bis 1962 mußten ihnen Tausende weitere folgen. 1962 lebten 1.174.760 Palästinenser außerhalb des damaligen zionistischen Staatsgebietes. (6)
Etwa drei Viertel Palästinas wurden also 1948 besetzt, nur der Gazastreifen stand unter ägyptischer, das Westufer unter jordanischer Herrschaft.

Im Aggressionskrieg von 1967 besetzte Israel auch diese Teile Palästinas, sowie Teile Ägyptens und Syriens. Der Krieg von 1967 war nichts anderes als die logische Fortsetzung der Eroberungspolitik des Zionismus. Er zielte auf fortgesetzten Landraub und fortgesetzte Vertreibung des palästinensischen Volkes ab. Seit 1967 wurden weitere 500.000 Palästinenser aus ihrer nunmehr vollständig besetzten Heimat vertrieben. Im Westuferland gelten, mit Ausnahme einiger Regelungen wie den Wahlgesetzen, die Gesetze des zionistischen Unterdrückerstaats, wie sie Israel seit 1948 gegen das palästinensische Volk anwendet. Zum Teil wurden diese von der ehemaligen britischen Kolonialmacht übernommen.

Festzuhalten ist also: Vor 1948 gehören knapp über 6% des Bodens Palästinas jüdischen Siedlern. 1948/49 wird der arabischen Bevölkerung vom Zionismus, einer vom Imperialismus finanzierten und geförderten bewaffneten ausländischen Macht, der Großteil ihrer Heimat geraubt, sie wird vertrieben. Der neue Kolonialstaat schafft sich ein Arsenal von Gesetzen, die einen Zweck verfolgen: Den vertriebenen Palästinensern wird verboten, zurückzukehren und den Palästinensern, die innerhalb der Grenzen Israels leben, soll ihr Land ebenfalls geraubt werden. In den 1967 besetzten Teilen Palästinas werden Landnahme und Besiedelung unter Anwendung dieser Gesetze weitgehend gefördert.
Die wichtigsten dieser Gesetze sind: (7)

o Das "Gesetz über den Erwerb des Besitzes Abwesender (1950) erklärt jeden Araber, der zur Zeit des ersten zionistischen Raubkriegs seinen Wohnsitz verließ, zur "abwesenden Person", selbst wenn er innerhalb der vom Zionismus kontrollierten Gebiete

(6) ebenda

(7) Sabri Jiriys, "Die Araber in Israel", S.9-20, und Handbook, S. 102-104

blieb. Das Land "abwesender Personen" wurde konfisziert. Die Regierung entscheidet aufgrund der Aussagen von Kollaborateuren und Spitzeln, ob jemand "abwesend" war. Auch islamischer Stiftungsbesitz fiel darunter.

- Die "Verordnung über verlassene Gebiete" (1949) ermöglicht dem Verteidigungsminister oder Militärgouverneur, arabischen Landbesitz für "verlassen" zu erklären und ihn zu "schließen", d.h. seinen Besitzer am Betreten zu hindern.

- Das "Notgesetz über die Benützung unbebauter Gebiete" (1947-49) ermöglicht wiederum dem Landwirtschaftsminister, "geschlossene" Gebiete für "unbebaut" zu erklären. Diese kann er jüdischen Siedlern übertragen.

- Das "Gesetz über den Erwerb durch ständigen Genuß" (1953) forderte von den verbliebenen arabischen Grundeigentümern einen Nachweis für ihren Bodenbesitz über 15 vergangene Jahr. Unter britischer Herrschaft waren solche Nachweise für Bodenbesitz nur über die Dauer von 10 Jahren ausgestellt worden. Die palästinensischen Bauern hatten unter diesen Bedingungen keine Möglichkeit, den Nachweis zu erbringen und verloren ihren Grund.

Innerhalb der israelischen Grenzen von 1948 sind den dort noch lebenden Arabern von den 110.000 ha Land, die ihnen nach dem 1.Eroberungskrieg noch verblieben, auf diese Weise 70.000 ha bis 1967 geraubt worden. (8)

In den 1967 besetzten Gebieten (einschließlich der Teile Ägyptens und Syriens) wurden 60 zionistische Stützpunkte militärischen und halbmilitärischen Charakters (Kibbuzim) errichtet. Ein Gürtel landwirtschaftlicher Siedlungen wurde entlang des Jordantals angelegt, den jüdische Siedler bewohnen. In den arabischen Städten wurden jüdische Viertel errichtet, wie in Hebron. Im August 1976 beschloß das israelische Parlament, zielstrebig die Ansiedlung von 500.000 Juden im "Dreieck", der Negev und im Südgazastreifen in Angriff zu nehmen.

Von den 3.350.000 (moslemischen und christlichen) Palästinensern leben heute

1.840.000 (54,9%) als Flüchtlinge in verschiedenen arabischen Ländern

1.510.000 (45,1%) im besetzten Palästina.

(8) die folgenden Angaben nach Weinstock, "Das Ende Israels?" S.222, 237, 241 f.

Innerhalb des besetzten Palästina leben davon

470.000 innerhalb der israelischen Grenzen von 1948
640.000 im Westuferland
400.000 im Gazastreifen

Über die soziale Struktur liegen nur Angaben über die Bewohner der seit 1948 besetzten Gebiete vor:

46,7 % davon sind Landarbeiter
35,1 % sind städtische Industriearbeiter.

Von den Bewohnern der 1967 besetzten Gebiete mußten 1973 bereits 70.000 (1968 : 5.800) Menschen im Israel von 1948 ihre Arbeitskraft verkaufen. (9)

Rassismus

Die Grundlage der Existenz Israels, der imperialistische Landraub, wird abgesichert durch eine Reihe weiterer Unterdrückergesetze.

Sie richten sich in ihrem Hauptstoß gegen die arabische Bevölkerung. Im gesamten besetzten Palästina unterstehen weite Gebiete einer Militärverwaltung: Das Westuferland, der Gazastreifen, Galiläa, das "Dreieck" (östlich von Tel-Aviv) und die Negev.(10)

Dort leben mindestens 85% aller Araber in Israel. Unter der Militärregierung kann jede Person in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und direkter polizeilicher Kontrolle unterworfen werden. Die "Administrativhaft", ein Gesetz, das ebenfalls aus dem Arsenal der britischen Mandatsmacht übernommen wurde, ermöglicht der Regierung, Personen ohne Prozeß für unbeschränkte Zeit festzunehmen.
Ist der imperialistische Landraub die Grundlage der Existenz Israels, so ist der zionistische Rassismus das entscheidende Mittel, ihn durchzusetzen. Die erwähnten Landgesetze von 1947, 1949, 1950 und 1958 nehmen ausdrücklich Bezug auf die arabische Abstammung derjenigen, die von diesen Gesetzen betroffen werden. Die "Sicherheitsgesetze" Israels, die 1949 geschaffen wurden, direkt auf den britischen "Ausnahmegesetzen" von 1945 aufbauten und heute in den Gebieten der Militärverwaltung volle Gültigkeit haben werden in ihrer ganzen Praxis gegen die arabische Bevölkerung eingesetzt.

(9) Nahost-Zeitung 2/76, S.9, Herausgeber: Nahost-Komitee Wien

(10) Jiryis, S. 5-8, und Handbook, Kapitel VI

Auch das Arbeitsrecht ist durch und durch rassistisch aufgebaut. Die israelischen Arbeitsämter ziehen etwa 40% der Löhne der Arbeiter aus den 1967 besetzten Gebieten als Steuern ab, sowie 10% für die Fahrt. Der arabische Arbeiter erhält somit nur 60% des Lohns eines israelischen Arbeiters, innerhalb des israelischen Gebiets von 1948. Im 1967 besetzten Gebiet erhalten arabische Arbeiter hingegen überhaupt nur Löhne, die um 50% niedriger liegen. Dies soll sie anspornen, ins "israelische Kernland" von 1948 auf Arbeitssuche zu gehen. Dadurch bleibt der arabische Grundbesitz immer häufiger brach liegen; was wiederum die Anwendung der "Landgesetze" ermöglicht. (11)

Nach außen hin richtet sich die rassistische Gesetzgebung Israels vor allem gegen den vertriebenen Teil des palästinensischen Volks. Arabern, die "Israel seit 1948 verlassen haben", ist die Rückkehr in ihre Heimat verboten. 1967 wurde zu Propagandazwecken 14.000 Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimat gestattet, der absolut überwiegenden Mehrheit des palästinensischen Volkes ist sie verwehrt. Wiederholt hat Israel es abgelehnt, die entsprechenden UNO-Resolutionen (etwa: UNO-Vollversammlung, Resolution 194, § 11, Dezember 1949) zu befolgen. Die Zustimmung dazu würde an der Existenz Israels rühren, das beansprucht, ein "jüdischer Nationalstaat"zu sein. Die zahlreichen Gesetzesbestimmungen, mit denen der Zionismus sich gestattet, die Rückkehr des palästinensischen Volks in seine Heimat zu verbieten, sind Bestandteil der rassistischen Politik der "Ausschließlichkeit" Israels. Sie paaren sich mit der Ideologie des "auserwählten Volks", die Israel den jüdischen Siedlern eindoktriniert.
Drei Beispiele von vielen: "Wir benötigen zwei Dinge: Massive und kontinuierliche Einwanderung und das Bewußtsein, ein Herrenvolk zu sein." (Ben Gurion am 25.10.1973). Kriegsminister Moshe Dayan : "Wir wollen einen jüdischen Staat wie die Franzosen einen französischen Staat". (11.6.67) und am 10.5.73: "Der Staat Israel wurde auf Kosten der Araber errichtet, auf ihrem Land. Wir kamen nicht in ein leeres Gebiet. Es gab hier eine arabische Bevölkerung. Heute siedeln wir dort Juden an, wo früher Araber lebten. Aus einem arabischen Land machen wir ein jüdisches Land." (12)

Somit ist die Existenz des rassistischen Kolonialstaates Israel die Ursache des Elends der 1.840.000 palästinensischen Flüchtlinge. Von diesen leben (13)

- 900.000 in Jordanien
- 320.000 im Libanon

(11) Diese Angaben entstammen der Nahost-Zeitung, Wien, 2/76, S.9f.

(12) Zitate aus: "Their words and ours" S.7 und13, und Handbook,S.118

(13) Die folgenden Angaben nach Weinstock,S. 224-226. Das wörtliche Zitat ebenda nach M.Paunet, "Le problème des réfugiés Arabes de Palestine".

- 220.000 in Syrien
- 280.000 in Saudi-Arabien, den Emiraten, Irak, Katar und Kuwait
- 120.000 in Ägypten, Libyen und Algerien.

Über 80 % des vertriebenen Teils des palästinensischen Volkes haben keine regelmäßige Arbeit, können sich nicht ausreichend ernähren und leben unter dem Existenzminimum. 70 % der Flüchtlinge erhalten Rationen durch die UNRWA, von 1949-1960 liegen die täglichen Ausgaben für sie unter 0,1 US-Dollar pro Kopf".. in Form von Mehl, Reis, Trockengemüse, Zucker, Öl, Datteln; das ist die berühmte Nahrungsration, die jedem pro Tag im Sommer 1 500 Kalorien und im Winter 1 600 Kalorien zusichert; 5 l Brennstoff pro Jahr; eine Decke, zugeteilt für 3 Personen pro Jahr. Das sind die Lebensbedingungen der Flüchtlinge, die nur von der Unterstützung der UNRWA abhängen. "Die Hälfte der von der UNRWA unterstützten Menschen sind jünger als 15 Jahre. Die Flüchtlingslager im Libanon, in Syrien und in Jordanien bestehen heute aus Hütten mit Lehmwänden aus Dreck und Stroh, teilweise mit Zementwänden, und Wellblechdächern. Zwischen 7 und 9 Personen leben auf einer Fläche von selten über 10 m^2, ohne Wasser, Elektrizität und hygieniche Anlagen. Nur 40 - 50 % aller Flüchtlinge können wenigstens zeitweise Arbeit finden, höchstens 10 - 20 % leben auf einem der anderen arabischen Ländern vergleichbaren Lebensstandard. Die UNRWA, deren Hilfsprogramm selber auf die politische Gängelung der palästinensischen Flüchtlinge hinausläuft (so beeinflußt sie die Lehrpläne der Kinder und gängelt die arbeitsfähigen Männer bei der Suche nach Arbeit) nimmt selbst nicht alle Anträge von Flüchtlingen auf Unterstützung an: "Die Fälle von Blindheit, verursacht durch das Fehlen von Vitamin A sind so zahlreich, daß sich die Weltgesundheitsorganisation momentan damit auseinandersetzt. Die Körper der Kinder sind voller Blasen verursacht durch das Fehlen von Nahrungsmitteln. Die Haare fallen aus oder werden ganz weiß". Die Kleinkinder in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon leiden unter Anämie (50 %),sind zu 20 % weit unterernährt, und mehrheitlich untergewichtig.(14)Das soziale Elend der palästinensischen Flüchtlinge versuchen arabische Länder soweit als möglich zu lindern.Der Kampf gegen die Abhängigkeit der palästinensischen Flüchtlinge von der UNRWA und ihre Bevormundung ist ein wichtiger Teil des sozialen und politischen Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes. Die PLO hat bereits erreicht, daß eigene Schulen ,mit palästinensischen Lehrbüchern und palästinensischen Lehrern aufgebaut wurden. Das Gesundheitswesen wurde mit Unterstützung des palästinensischen "Roten Halbmondes" entscheidend umgewandelt. Häufig taucht das Argument auf, die arabischen Länder sollten die Flüchtlinge "assimilieren" oder "inte-

(14) Handbook, S.189, nach U.Khalidi, "Diet of the Arab Palestinian Refugees received from UNRWA up to May 31, 1967", the Regional Arab Conference about the Rights of Man; Beirut 1968

grieren". Das Argument zeugt entweder von Unverständnis und Unkenntnis, oder von bodenlosem Zynismus, der auf dem Boden imperialistischer und zionistischer Ideologie steht. (15) Die Nachbarländer Palästinas wurden von 1516 bis 1918 im ottomanischen Völkergefängnis niedergehalten und waren danach bis zum Ende des zweiten Weltkriegs durch den französischen und englischen Kolonialismus unterjocht. Selbst wenn der vertriebene Teil des palästinensischen Volkes es wollte, wären diese Länder kaum dazu in der Lage, sind sie doch selbst bis heute vom Imperialismus und seinen Werkzeugen unterdrückt, was sich unter anderem in einer beträchtlichen Arbeitslosenrate ausdrückt. Wichtiger noch ist, daß das palästinensische Volk die imperialistische Landnahme durch den Zionismus niemals akzeptiert hat. Allein die Tatsache, daß ein nicht geringer Teil der heutigen Widerstandskämpfer der PLO nach 1948 außerhalb des besetzten Palästina geboren wurde, beweist dies. Die"Integration der Palästinenser" zu fordern, heißt, dem Imperialismus das Wort zu reden. Es bedeutet, dem Imperialismus das Recht zuzusprechen, Kolonien zu pflanzen, und den unterdrückten Völkern zuzurufen, sie sollten dies akzeptieren.

Expansion und Aggression

Expansionismus und Militarismus sind ein Wesenszug des zionistischen Kolonialstaates Israel. Der Hauptgrund dafür ist, daß Israel auf nationaler Entrechtung gründet. Es kann seine Existenz einigermaßen nur sichern durch ständige Ausweitung der Unterdrükkung und Expansion, indem es versucht, das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker noch tiefer zu stoßen, noch mehr zu bedrohen, noch heftiger zu knechten. Alles andere widerspricht seiner Existenz und würde es sofort hinwegfegen. Jede Formierung des anti-zionistischen Widerstands versucht Israel seit jeher, durch Aggression und Expansion, zu unterbinden. Ideologisch untermauert wird dies mit der Argumentation, es gelte, das "historische Israel" wiederzuerrichten, das zumindest den Südlibanon, Jordanien, Südsyrien und die Sinaihalbinsel umschließe.
Der Zionismus beansprucht, einzige Heimat sämtlicher Juden zu sein. Tatsache ist, daß von den 14 Millionen Juden der verschiedensten Länder nur knapp 3 Millionen in Israel leben.
Wirtschaftlich und militärisch befindet sich Israel in weitestgehender Abhängigkeit vom US-Imperialismus. 60 % der "Entwicklungshilfe" der USA gehen im heurigen Haushaltsjahr nach Israel. Tausende Siedler kommen aus der Sowjetunion, das Auswanderung nur nach Israel zuläßt und damit "die Heimstätte aller Juden" mit

(15) vergleiche den Artikel des Trotzkisten Bunzl im theoretischen Organ der SPÖ "Die Zukunft" 1976, Nr. 13/14, S.19-24 und 15/16, S. 37-40; Bunzl schreibt, was die SP braucht: "Was als Befreiung Palästinas beziehungsweise Zerstörung des zionistischen Staates verstanden wird (..) ist Rückkehr zu Zuständen, wie sie vor der zionistischen Einwanderung bestanden".

Menschenmaterial versorgt und als solche anerkennt. Ohne die Unterstützung durch den Imperialismus wäre Israel kaum lebensfähig. Auf den imperialistischen Märkten ist Israel nicht konkurrenzfähig. Für das Kolonialregime ist es eine wesentliche Frage, sich die Märkte der arabischen Länder zu erschließen. Über Zypern, die französische Kolonie Somalia (Djibouti) und Jordanien werden israelische Waren schon heute in den arabischen Raum zu exportieren versucht. Den bürgerlichen und feudalen arabischen Regimes bietet der Zionismus ständig an, sich doch mit ihm zu arrangieren, um die "Früchte gemeinsamer Wirtschaftskooperation genießen zu können". Hierin liegt die zweite wesentliche Ursache für Israels Expansionismus und Militarismus. Er soll die bürgerlichen und feudalen arabischen Kräfte von der Sinnlosigkeit ihres - beschränkten und begrenzten - Widerstandes gegen den Zionismus überzeugen und die Kräfte der palästinensischen und arabischen Revolution isolieren.
Aus der Vielzahl der Aggressionen und Expansionszüge mit verschiedenem Anlaß seit 1948 selbst ragen besonders hervor: (16)

- der israelisch-britisch-amerikanische Überfall 1956 auf Ägypten, das unter Präsident Nasser den Suezkanal, der ägyptisches Territorium durchläuft, unter seine Souveränität stellte. Israel besetzte die Sinai-Halbinsel und zog seine Truppen erst unter dem Druck seiner Verbündeten ab, die ihrerseits in zunehmenden Widerspruch zur USA gerieten.
- 1960 begann Israel, das Wasser des Jordan umzuleiten, um die arabischen Länder wirtschaftlich schwer zu schädigen und auf sie Druck ausüben zu können
- 1963 besetzte Israel die entmilitarisierte Zone zwischen sich und Syrien
- 1967 besetzte Israel im Junikrieg das Westufer, den Gazastreifen, den Golan und die Sinaihalbinsel.
- 1968 überquert die israelische Armee den Jordan. In der Schlacht bei Karame am 21. März bombardierte sie die Stadt und griff sie mit Panzern an. Erstmals konnte das palästinensische Volk, das Karame verteidigte, der zionistischen Armee schwere Schläge versetzen
- seit dem Erstarken des palästinensischen Widerstands bombardiert die israelische Luftwaffe Monat für Monat und Jahr für Jahr die palästinensischen Flüchtlingslager im Südlibanon. Hunderte Frauen, Greise und Kinder kommen dabei ums Leben. Bei einem der schwersten Angriffe 1974 wird das Lager Nabatieh zu zwei Drittel zerstört
- seit 1973 nimmt Israel zielstrebig Kurs auf die Annexion des Südlibanon. Im Juli 1976 beginnt es, einen Landstrich von 2 bis 5 km zu besetzen und durch wirtschaftliche Infiltration und militärische Streifzüge direkt die Annexion vorzubereiten.

(16) nach: KVZ, Nr. 24, 17.6.1976, S.14

Eine zusätzliche, sekundäre Ursache für die ständigen kriegerischen Überfälle sind die scharfen Gegensätze innerhalb der zionistischen Siedlergesellschaft. Nur schwer hält der künstliche Kitt der zionistischen Ideologie,die Sephardem, die orientalischen Juden, die 60 % der jüdischen Bevölkerung im besetzten Palästina ausmachen, und die Askenasi, die aus Mittel- und Osteuropa sowie den USA stammen, zusammen. Die stark auf Rüstungsproduktion orientierte Wirtschaft sowie die Ausplünderung der Sephardem macht es für die zionistischen Kolonialherren immer wieder notwendig, diese Gegensätze der Siedlergesellschaft in einem Aggressionskrieg vorübergehend zu entladen.

Israel ist ein illegitimer Staat, der beansprucht, zu vertreten, was ihm nicht gehört, und etwas zu sein, was er nicht ist: Palästina gehört ihm nicht und er ist kein Nationalstaat.

Imperialistischer Landraub, Vertreibung des palästinensischen Volkes, rassistische Gesetzgebung nach innen und außen, Militarismus und Expansionismus - das sind die Grundlagen und Wesenszüge des Kolonialstaats Israel. Sie müssen gewaltsam beseitigt werden, um dem Fortschritt Raum zu verschaffen.

2. Für die Errichtung eines demokratischen Staats in ganz Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden

Seit der Errichtung des frühfeudalen arabischen Reichs im 7. Jh. war Palästina ein integraler Bestandteil der Kernregion dieses Reichs. Unter ottomanischer Herrschaft unterstand es einer einheitlichen Verwaltung zusammen mit dem heutigen Libanon und Syrien.Die englische Kolonialverwaltung teilte ihr Mandatsgebiet in Transjordanien (heute: Jordanien) und Palästina (Cisjordanien). Schon gegen die Ketten des morschen Ottomanenreiches hatte sich die Bevölkerung Palästinas und des heutigen Libanon und Syriens erbittert gewehrt. Starke arabische Verbände kämpften im ersten Weltkrieg gegen das Regime des mit Deutschland und Österrreich verbündeten Sultan. England und Frankreich versprachen ihnen im Fall des Sieges die Unabhängigkeit. Im Syke-Picot-Abkommen beschlossen diese beiden imperialistischen Räuber hingegen, die arabischen Gebiete unter sich aufzuteilen. Die in Damaskus tagende erste arabische Regierung jagten sie auseinander.Gegen die neue Fremdherrschaft und die Balfour-Declaration entwickelte sich der arabische Widerstand umso heftiger.Im Jänner 1919 trafen Vertreter der arabischen Bevölkerung Palästinas in Jerusalem zur "Allarabischen Palästina-Konferenz" zusammen. Die Resolutionen des Kongresses beinhalteten:

1. Ablehnung des Plans einer "jüdischen Heimstätte"in Palästina
2. Zurückweisung der französischen und britischen Ansprüche auf die ehemalige ottomanische Provinz

3. Errichtung einer vereinigten großsyrischen Regierung als Bestandteil der arabischen Nation. (17)

Von Anbeginn direkter imperialistischer Kontrolle wehrte sich das Volk Palästinas somit gegen Zionismus und britischen Kolonialismus. Auf dem 3., 4., 5., 6. und 7. Kongreß (1920, 21, 22, 23, 28) und auf den palästinensischen Jugendkongressen 1932 und 1935 wurde diese Haltung immer wieder bekräftigt. Sie war Ausdruck breiter Massenbewegungen in der Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft und die verstärkte zionistische Besiedelung und äußerte sich besonders stark in den großen Arbeiterdemonstrationen und bewaffneten Aufstandsbewegungen von 1929 und 1936 bis 1939.Die Masse der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung Palästinas stand aber bis in die 50er Jahre unter der politischen Führung konservativer Notabeln, was eine der Ursachen für den Erfolg der zionistischen Eroberung von 1948 bildete.

1956, im Zug des Widerstandes gegen den israelisch-britisch-französischen Überfall, entstand die erste revolutionäre Kampforganisation des palästinensischen Volkes, Al-Fatah. Ermutigt durch den siegreichen Befreiungskampf des algerischen Volkes, begann sie bewaffnete Formationen aufzustellen. Die Widersprüche verschärften sich zunehmend zwischen Israel und den umliegenden arabischen Ländern. Deren bürgerliche und halbfeudale Regierungen beschlossen auf der arabischen Gipfelkonferenz von 1964 die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). "War die Gründung der PLO Ausdruck des erwachenden palästinensischen Nationalbewußtseins, der Entstehung verschiedener Widerstandsorganisationen, so war die Gründung durch die Gipfelkonferenz zugleich für die bürgerlichen und feudalen Regimes dieser Länder ein Mittel, das palästinensische Volk zu einem Anhängsel und Instrument ihrer Politik zu machen. Um die Kontrolle zu garantieren, wurde die PLO von den arabischen Regierungen finanziert und ein ihnen genehmer Präsident, Schukeiri, eingesetzt. Al-Fatah und die anderen neu entstandenen Organisationen boten dennoch ihre Hilfe an, um den Rat in eine echte revolutionäre Macht umzuwandeln und die Einheit des palästinensischen Volks voranzubringen. Vor allem begannen sie den bewaffneten Kampf gegen Israel: am 1. Januar 1965 sprengte ein Kommando auf dem Boden des besetzten Palästina eine Pipeline, mit der Israel das Jordanwasser ableitete. Diese Aktion war der Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes, der palästinensischen Revolution." (18)

1969 übernahmen auf dem 5. Nationalkongreß in Kairo die bewaffneten Widerstandsorganisationen die Führung innerhalb der PLO. Der Führer von Al-Fatah, Yasir Arafat, wurde zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die PLO wurde in eine Frontorganisation des Volksbefreiungskampfes umgewandelt, deren Kern die bewaffneten Widerstandsorganisationen bilden. Trotz verschiedener weitergehender Ansichten halten alle diese

---

(17) Handbook, S.60

(18) KVZ Nr. 24, 17.6.76, S.14

Kräfte (19) fest an ihrer gemeinsamen Aufgabe und ihrem gemeinsamen nächsten strategischen Ziel, der Zerschlagung des rassistischen Kolonialstaats Israel und der Errichtung einer neuen Gesellschaft, wie es im politischen Programm der PLO auf auf der 11. Sitzung des Nationalrats im Jänner 1973 formuliert wurde:

(Hauptziel auf palästinensischer Ebene)

1. "Den Kampf weiterzuführen, insbesondere den bewaffneten Kampf zur Befreiung des gesamten nationalen palästeninensischen Territoriums und zur Gründung einer demokratischen, palästinensischen Gesellschaft, die das Recht zu arbeiten und das Recht zu leben allen Staatsbürgern garantiert, sodaß sie in Einheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit leben können - eine demokratische Gesellschaft - die jede Form von Vorurteil bezüglich Rasse, Hautfarbe und Glaube ablehnt.
2. Die kompromittierende Mentalität zu bekämpfen sowie die Pläne, die sie ausbrüten, die entweder im Gegensatz zur Sache der nationalen Befreiung unseres Volkes stehen, oder beabsichtigen, diese Sache zu liquidieren, durch die Gründung eines vorgeschlagenen "palästinensischen Bantustans" oder durch einen palästinensischen Staat auf nur einem Teil des nationalen, palästinensischen Bodens. Sich gegen diese Pläne zu wehren durch politischen und bewaffneten Massenkampf.
3. Die Bindung der nationalen Einheit und des gemeinsamen Kampfes zwischen den Kompatrioten der besetzten Gebiete von 1948 und jenen der Westbank, des Gazastreifens und jenseits des besetzten Heimatlandes zu verstärken".

Als Hauptziel auf arabischer Ebene wird genannt:

1. "Totale politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verwirklichen und jede Art der Abhängigkeit von Kolonialismus und Imperialismus zu liqudieren,
2. Jeder Form imperialistischer Anwesenheit zu liquidieren, d.h. politischen Einfluß, militärische Stützpunkte, Kapitalanlagen, kulturelle Institutionen und die Vernichtung aller lokal damit verbundenen Kräfte,
3. Palästina von den zionistischen, imperialistischen Kolonisatoren zu befreien, die sich nicht nur das palästeninensische Land angeeignet haben, sondern auch durch ihre ganze Existenz hindurch bewiesen haben, daß sie das Hauptwerkzeug der Imperialisten sind, um die Anwesenheit der Imperialisten in diesem Gebiet zu schützen und die arabische Revolution zu unterdrücken.
4. Den Frieden der arabischen Massen zu sichern sodaß sie ihre Rolle im politischen Leben ausführen können und eine solide Basis für eine demokratische arabische Einheit bilden können.
5. Die materiellen und menschlichen Mittel der arabischen Nation in den Dienst der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu stellen, um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken, und eine kulturelle Integration zu verwirklichen, um jede Art von Zurückgebliebenheit und Division abzuschaffen".(20)

(19) Die wichtgsten darunter sind: Al-Fatah-Befreiungsbewegung für Palästina; PFLP-Volksfront für die Befreiung Palästinas; ALF-Arabische Befreiungsfront; PFLP-GC-Volksfront/Generalkommando; FDLP-Demokratische Befreiungsfront Palästinas. 1976 wurde as-Saiqa ("der Blitz") ausgeschlossen wegen nationalem Verrat.

Der palästinensische Befreiungskampf unter seiner Vorhut, der PLO, ist somit seinem Wesen nach eine antiimperialistische und antikolonialistische Revolution. Er zielt auf die vollständige Zerschlagung des zionistischen Gebildes auf dem Boden Palästinas. Die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft in Palästina mit gleichen Rechten für alle, in der das Volk allein die Macht innehat, ist das nächste strategische Ziel der national-demokratischen Etappe, in der sich die palästinensische Revolution heute befindet. Der palästinensische Widerstand richtet sich gegen den Imperialismus, er ist Bestandteil des weltweiten Kampfes der dritten Welt und der proletarischen Weltrevolution.

In der Zeit, als der Kapitalismus aufstrebende Produktionsweise war, konnten sich in seinem Gefolge Landraub und Besiedelung in manchen Teilen der Welt durchstzen. Die nordamerikanischen Indianer, die Ureinwohner Neuseelands und Australiens etwa konnten sich dagegen nicht mit einer vorwärtsgerichteten Perspektive zur Wehr setzen. Ihr Widerstand hatte vorkapitalistischeProduktionsweisen zur Grundlage, der Kampf um deren Erhaltung war daher notwendig zum Scheitern verurteilt. Die einheimische Bevölkerung wurde fast vollständig ausgerottet. Auf dem Boden des so vollzogenen Landraubs und massiver Besiedelung konnten die Nationalstaaten Neuseelands, Australiens und der USA entstehen, deren Grundlage die kapitalistische Produktionsweise wurde.

Die Errichtung der Siedlerstaaten Israel, Südafrika und Rhodesien fand jedoch statt in der Epoche des Imperialismus. Wie im Süden Afrikas kann sich auch der zionistische Landraub nicht durchsetzen und ist historisch zum Scheitern verurteilt. Folglich kann auf dem Boden Palästinas kein jüdischer Nationalstaat entstehen. Die jüdische Bevölkerung Palästinas ist aus diesen Gründen keine selbständige Nation. Sie ist Bestandteil des palästinensischen Volkes, soweit sie nach der Befreiung im Land bleiben will und den Standpunkt des Zionismus verläßt. Deshalb ist die zentrale Losung der PLO, die das nächste Ziel des Kampfes angibt: Für einen demokratischen Staat in Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Juden und Christen. Nur in einem demokratischen Staat wird es unter der Führung der armen Klassen möglich sein, daß sämtliche Nationalitäten und Angehörige verschiedener Religionsgruppen im gemeinsamen Aufbau ihre reichen kulturellen Traditionen entwickeln und neu gestalten können.

(20) "Der palästinensische Kampf - warum und weswegen!", S.11-13

Die Führer der PLO haben dies mehrfach zum Ausdruck gebracht:

> "Ich erkläre hiermit vor Euch als Vorsitzender der PLO und Führer der palästinensischen Revolution, daß, wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von morgen sprechen, wir in unserem Bestreben alle Juden miteinschließen, die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf dem palästinensischen Boden leben wollen".
>
> (Yasir Arafat, 1974 auf der UNO-Vollversammlung)

Und der frühere Chef des PLO-Planungszentrums, Dr.Rasheed, erklärte in einem Interview: "Es wird nochmals betont, daß der Ausdruck Palästinenser alle im Exil und in der Besetzung Lebenden und die jüdischen Siedler umfaßt."(21)

"Und weil es, historisch gesehen, unmöglich ist, daß das palästinensich-arabische Volk oder der Boden Palästinas verschwinden, deshalb wird mit historischer Notwendigkeit das palästinensische Volk zurückkehren und seinen alten Platz (Palästina) wieder einnehmen. Diejenigen, die auf palästinensischem Boden leben werden, werden Palästinenser sein, ob sie Juden, Christen, Muslim oder Angehörige irgendeiner anderen Religion oder Gemeinschaft sind. Als muß jedes zionistische Gebilde verschwinden. Wenn es fällt, wird es die 'Ansiedler' zurücklassen, die zu dieser Zeit vormalige Israelis sein werden. Vor ihnen wird nichts liegen außer der Integration,damit sie Bürger des neuen Palästina werden". (21 a)

Insbesondere Reformismus und moderner Revisionismus sind ständig bestrebt, Inhalt und Ziel der palästinensischen Revolution zu vernebeln. Das Programm der PLO selbst ist eine scharfe Waffe gegen diese Strömungen. Den Gedanken der Existenz einer eigenständigen "jüdischen Nation" in Palästina verbreiten sie, um damit gleichzeitig die Berechtigung eines "jüdischen Nationalstaates" aufs Neue von hinten einzuschmuggeln. Der "Palästinenserstaat", von dem diese Strömungen und ihre Auftraggeber reden, ist nicht der demokratische Staat in ganz Palästina. Es ist ein Teilstaat, der auf Teilen des palästinensischen Territoriums besteht, gleichzeitig Israel anerkennen soll, und somit zum "palästinensischen Bantustan" wird, von dem im Programm der PLO die Rede ist.

---

(21) Zitate von Yasir Arafat und Dr.Rasheed nach Nahost-Zeitung Wien, 2/76, S.7 f. Abdruck aus: Palästina, Nr.2, Dez.75 - Feb.76; Hg. PLO-Informationsstelle Bonn.

(21 a) Dr. Mahdschob Omar, in: "Das demokratische Palästina, Ziel, Programm, historische Notwendigkeit", zit. nach Al Tahrir Nr. 10/76). Aus: "Kommunistische Hochschulzeitung" (KHZ) November 1976/Seite 18.

"Es sollte in diesem Stadium klar sein, daß das neue Palästina, worüber hier gesprochen wird, nicht das besetzte Westufer oder der Gazastreifen oder beides ist. Der Teil der Heimat, der 1948 kolonialisiert wurde, ist nicht weniger teuer oder weniger bedeutend als die 1967 besetzten Gebiete". (Dr.Rasheed) Der palästinensische Befreiungskampf unter Führung der PLO ist gerade deswegen ein revolutionärer Kampf, weil er die Befreiung ganz Palästinas zum Ziel hat. Die Akzeptierung der Existenz Israels auf irgendeinem Teil Palästinas würde nur bedeuten: Neuerliche Entrechtung des palästinensischen Volkes, neue Unterdrückung, Ausgangspunkt für neuerliche imperialistische Aggressionen gegen die arabische Nation.

Über die Frage der Akzeptierung der Existenz Israels, in welchen Grenzen auch immer, versucht der Imperialismus Spaltung in die Reihen der palästinensischen Revolution hineinzutragen. Gelingt es ihm, die palästinensische Revolution von ihrem Ziel abzubringen, sichert er sich Israel als Sprungbrett und Hebel für neue Aggressionen in diesem Raum. Der Imperialismus und seine Schreiberlinge haben sich ein ganzes Arsenal von Argumenten zusammengebastelt, die die Existenz Israels "rechtfertigen" :Israel sei industrialisierter, als die anderen Länder, daher sei es reaktionär, seine Existenz in Frage zu stellen. Die palästinensischen Flüchtlinge sollten sich integrieren und in den arabischen Ländern "zuerst" für die Revolution kämpfen. Die Juden Israels seien seit 1948 zu einer Nation "verschmolzen", die rechtmäßiger Eigentümer des Bodens sei, auf dem sie lebt. In Israel gäbe es demokratische Freiheiten, die es in arabischen Ländern nicht gäbe. Die Palästinenser seien Antisemiten und Rassisten. Mit solchen Argumenten soll die palästinensische Revolution isoliert und ihre Führung zur Akzeptierung der Existenz Israels gezwungen werden.

Deshalb hofiert z.B. der Sozialimperialist Tolkunow - Mitglied des ZK der KPdSU - einer Organisation, als "Initiator der Ausarbeitung eines realistischen Programms für die palästinensische Widerstandsbewegung.., dessen Grundidee die Schaffung einer palästinensischen Macht am Westufer..des Jordans und im Gazastreifen bildet". Weiters behauptete er, "daß realistische Strömungen in der Bewegung (der PLO) die Oberhand gewinnen. Wenn früher Tendenzen zur absoluten Unversöhnlichkeit gegenüber der Existenz des Staates Israel als solchen dominierten - man trat für die Auflösung dieses Staates und für die Schaffung einer palästinensischen Vereinigung an seiner Stelle ein (...) - so vertreten heute fast alle palästinensischen Organisationen realistischere Standpunkte." (21 b) So versucht er einigen Organisationen Tendenzen zur Anerkennung Israels zu unterstellen und Widersprüche zu anderen Organisationen zu vertiefen, die er "reaktionär" und "extremistisch eingestellte Vertreter" nennt. Die Absicht ist klar: einerseits Spaltung und damit Schwächung der PLO, andererseits Gewinnung von Teilen der PLO (den "realistischen Vertretern") für die Politik der SU.

(21 b) Talkunow, Mitglied des ZK der KPdSU, in "Nahost: vom Krieg zu Verhandlungen", Verlag Presseagentur Nowosti 1974 zitiert nach Al Tahrir Nr. 10/76, aus"Kommunistische Hochschulzeitung" (KHZ), November 1976/ Seite 18.

Die PLO selbst hat diese Bestrebungen mit aller Schärfe zurückgewiesen, da sie gegen ihr politisches Programm gerichtet sind. (Vergl. Abschnitt 1, Par. 1 und 2) Anfang Juni 1976 wurde die as-Saiqa-Gruppe aus der PLO ausgeschlossen, die ein wesentlicher Exponent dieser Strömung in ihren Reihen war. Der Chef der Saiqa, Zuheir Mohsen, ein ehemaliger syrischer Offizier, hatte im November 1975 bei einem Besuch in Moskau festgestellt, daß er für die Akzeptierung des UNO-Teilungsplans von 1947 und somit für die Existenz Israels sei. Der Formulierung des revolutionären Kampfprogramms der PLO waren Jahre scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der PLO und zwischen ihr und arabischen Regierungen vorausgegangen. Schukeiri hatte noch die reaktionäre Losung vertreten, Ziel des Kampfes sei es, "die Juden ins Meer zu werfen". Immer wieder hat der Imperialismus versucht, das palästinensische Volk und die PLO derart zu schwächen, daß sie von ihrem Ziel abließen. Insbesondere in den drei Nachbarländern Palästinas, Libanon, Syrien und Jordanien, wo über 75 % des vertriebenen Teils des palästinensischen Volks leben müssen, hat er Jahr für Jahr ihre Liqudierung betrieben.

- o im September 1970 bereiten die Truppen des jordanischen Königs Hussein der palästinensischen Revolution den "Schwarzen September". Mit direkter israelischer und amerikanischer Militärhilfe zerschlug die um ein fünffaches stärkere jordanische Armee sämtliche Stützpunkte des palästinensischen Volkes. In wenigen Wochen ermordete und verwundete sie 25.000 Palästinenser in Jordanien. (22)
- o seit 1970 bombardiert die israelische Luftwaffe den Südlibanon
- o 1971, 1973 und 1975/76 setzen die libanesischen Faschisten der Kataeb und Nationalliberalen Partei unter der Losung "ein Libanon" alles daran, die physische und politische Existenz des palästinensischen Volkes im Libanon zu vernichten
- o 1975/76 werden sie dabei direkt von Syrien unterstützt. Das Assad-Regime unterbindet im eigenen Land die Selbständigkeit des palästinensischen Widerstands. Im Sommer 1976 hat der Bürgerkrieg auf Seiten des palästinensischen und libanesischen Widerstands an die 20.000 Tote gefordert.

Ursache für diese Angriffe war der ständige Aufschwung der palästinensischen Revolution seit dem Junikrieg 1967. In seinem Gefolge hatten die palästinensischen Massen erkannt, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen dürfen und jede Bevormundung zurückweisen müssen. Gerade die ständige Kapitulationspolitik der arabischen Regimes hatte die arabischen Völker in die Niederlage von 1967 geführt. Aus dieser Niederlage die entscheidende Lehre ziehend, machte das palästinensische Volk die PLO zu seiner Kampforganisation und säuberte sie von der Beherrschung von außen. Es organisierte sich in den Nachbarländern Palästinas und begann den organisierten Widerstand im besetzten Palästina zu verankern. 1969 gelang es der PLO, das Abkommen von Kairo zu erkämpfen, das ihr das Recht garantierte, selbständig vom Libanon aus Israel zu bekämpfen. Ihr Einfluß in Jordanien wuchs bedeutend.

---

(22) "Black September",PLO Research Center, S.71 und 93

Diese erste Phase des Aufschwungs bekämpfte der Imperialismus im "Schwarzen September" 1970, mit Hilfe seines Werkzeuges Hussein.

Aus dieser schweren Niederlage zog das palästinensische Volk die Lehre, sich eng mit den arabischen Massen der anderen Länder zusammenzuschließen und eine richtige Politik der Einheitsfront anzuwenden, deren Grundlage die konsequente und selbständige Fortsetzung des Kampfes gegen den Zionismus ist. Unter der Führung der PLO gelang es dem Volk Palästinas, die Folgen der Niederlage von 1970 zu überwinden.

Im besetzten Palästina wurde 1973 die PNF als Teil der PLO gegründet, weltweit wurde die PLO als alleiniger und legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt. Auf diplomatischem Gebiet waren Arafats Rede vor der UNO 1974 und die UNO-Resolution über den Zionismus als Form des Rassismus Meilensteine dieser Entwicklung. Im besetzten Palästina begann eine Massenerhebung gegen die Kolonialmacht, die im Frühjahr und Sommer 1976 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte. Nie seit der Gründung Israels hat das palästinensische Volk dem Zionismus derartige Schläge versetzt, noch nie war damit die Herrschaft des Imperialismus im Nahen Osten dermaßen bedroht. Dieser gewaltigen Offensive des palästinensischen Volkes, die weltweite Unterstützung fand, konnte der Imperialismus nicht tatenlos zusehen. Er holte zum seit langem vorbereiteten Gegenschlag aus, und entfesselte den Bürgerkrieg im Libanon.

Jeder Gegenangriff auf die palästinensische Revolution hat ihre verstärkte Entschlossenheit hervorgetrieben, den Kampf konsequent fortzusetzen. Auch durch die heutige syrisch-isolationistische-israelische Verschwörung ist die PLO, die Führerin der palästinensischen Massen, nicht dazu zu zwingen, von den Zielen des Befreiungskampfes abzulassen; trotz der bedeutenden Schwächung ihrer Positionen im Libanon, trotz der erlittenen Rückschläge der letzten Monate. Umso vehementer werden die Imperialisten und ihre Werkzeuge ihre Propaganda verstärken, daß ein "Teilstaat" im Westuferland die einzig mögliche"Endlösung der Nahostfrage" ist. Dagegen müssen sich die Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte ebenso rüsten.

Die Frage eines "Teilstaats" hat innerhalb der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk einige Verwirrungen zu stiften vermocht. Damit muß Schluß gemacht werden.

Zu keinem Zeitpunkt hat die PLO als Ganzes die positive Forderung nach Errichtung eines Teilstaates gestellt. Das muß unbedingt festgehalten werden, unabhängig davon, was die eine oder andere Unterorganisation, wie die FDLP etwa gesagt hat oder sagt. Solche Positionen konnten sich nie in der PLO insgesamt durchsetzen, und wurden zurückgewiesen.

Besondere Aktualität hatte die Frage zum ersten Mal Anfang der 70er Jahre, als König Hussein in der Folge des "Schwarzen September"seinen verbrecherischen Plan eines "Vereinigten Königreiches" entwickelte. Dieses Königreich sollte unter US-Einfluß und haschemitischer

Herrschaft Jordanien und das Westuferland, einen Teil Palästinas, umfassen. Die Situation sollte wiederhergestellt werden, die der britische Imperialismus, der Zionismus und die arabische Reaktion 1948 erreicht hatten. Anfang der 70er Jahre konnte es sich Hussein noch leisten, unverblümt zu beanspruchen, er sei der Vertreter des im Westuferland lebenden Teils des palästinensischen Volkes.

Demgegenüber war der Standpunkt der PLO folgender: W e n n jemand diesen Teil des palästinensischen Volkes vertritt, dann niemand anderer als die PLO. W e n n dieser Teil Palästinas dem Zionismus entrissen werden kann, dann durch niemanden anderen als die PLO. W e n n dort eine nicht-zionistische Staatsmacht errichtet werden soll, dann durch niemanden anderen als unter der Führung der PLO. Diese Position wurde entwickelt in Abwehr des Vorstoßes der arabischen Reaktion, der PLO die Führung der palästinensischen Massen streitig zu machen. Diese Abwehr war auf der ganzen Linie erfolgreich. Sie stand in Zusammenhang mit der Überwindung der Niederlage von 1970. 1974 auf der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat mußte selbst Hussein anerkennen: Die PLO ist der einzige legitime Vertreter des gesamten palästinensischen Volkes. Gegenüber dem Plan des "Vereinigten Königreiches" ging es der PLO somit nicht um die Entwicklung einer positiven Forderung, die das strategische Ziel, die Befreiung ganz Palästinas, ersetzt hätte durch den Verzicht auf die Befreiung des größten Teils Palästinas. Es ging ihr um die Abwehr eines reaktionären Plans und um die Verteidigung der Führung der palästinensischen Massen.

Verschiedene schwankende Kräfte innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung haben aus dieser, zum damaligen Zeitpunkt notwendigen und unbedingt richtigen Taktik, die sich aus der konkreten Situation ergab, eine Strategie gemacht. Exponiertester Vertreter dieser Richtung war as-Saiqa, die, wie erwähnt, in erster Linie aus diesem Grund ausgeschlossen wurde. Daß as-Saiqa auf diesem ideologischen Boden im libanesischen Bürgerkrieg Handlanger der syrischen Intervention wurde, war eine logische Folge.

Die heutige Situation unterscheidet sich insofern grundlegend von der Situation Anfang der 70er Jahre, als niemand mehr offen beanspruchen kann, an Stelle der PLO rechtmäßiger Vertreter des palästinensischen Volks zu sein. Heute wird vom Imperialismus, insbesondere der Sowjetunion, und seinen Werkzeugen in den arabischen Ländern versucht, die PLO dermaßen zu schwächen, zu unterwandern und zu spalten, daß zumindest ein Teil von ihr selbst dazu gebracht wird, die Befreiung der 1967 besetzten Gebiete zum strategischen Ziel zu erheben.

Dem palästinensischen Volk soll vorgeschrieben werden, wofür und wie es kämpfen soll, im Gegensatz zu seinem Programm, daß es sich selbst im Feuer eines jahrelangen bewaffneten Befreiungskampfes geschaffen hat, eines Programms, daß sich in den schwierigsten Phasen dieses Kampfes als klare Richtschnur für die palästinensische Befreiungsbewegung bewährt. Praktisch hat sich heute längst herausgestellt, daß ein teilweiser Rückzug Israels und die Errichtung einer staatlichen Autorität der PLO, die die uneingeschränkte Fortsetzung des Befreiungskampfes ermöglicht und fördert, im Westuferland, nicht unmittelbar auf dem Verhandlungsweg erreicht werden kann. Aus diesem Grund hat die PLO auch nicht die Einberufung einer "Genfer Konferenz" unterstützt oder gar gefordert. Unter bestimmten Umständen kann sich die PLO zwar entschliessen, an einer Genfer Konferenz teilzunehmen, um so, bei gleichzeitiger Fortsetzung des bewaffneten Befreiungskampfes, den Imperialisten auf der diplomatisch-politischen Ebene eine Initiative aus der Hand zu schlagen. Nicht aber wird sie sich zu einer solchen Teilnahme zwingen lassen, die von vornherein die Anerkennung Israels bedeuten würde. Dies sehr zum Leidwesen der Imperialisten, die umso heftiger davon sprechen. Allen voran tut dies die Sowjetunion, die eine solche Konferenz auf der Grundlage der berüchtigten UNO-Resolutionen 242 und 338 in zahllosen offiziellen Stellungnahmen gefordert hat und fordert. Nur dies ermögliche "eine globale Lösung der Nahost-Frage."

Im Rechenschaftsbericht der KPdSU heißt es unmißverständlich: "Ein dauerhafter Friede im Nahen Osten erfordert ferner Garantien für die Sicherheit aller Staaten dieses Raums, für ihr Recht auf unabhängige Existenz und Entwicklung ... Wir sind bereit, an internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen aller Länder des Nahen Ostens teilzunehmen ... Wir sind für die Schaffung von Voraussetzungen für eine Entwicklung unserer Beziehungen zu allen Ländern des Nahen Ostens, wir haben keinerlei Vorurteile gegenüber irgendeinem von ihnen" (S. 19/20) (22a)

Das ist verständlich, wäre doch die Sowjetunion der Hauptnutznießer einer "Regelung", bei der die PLO auf ihr Ziel verzichtet und Israels Existenz gesichert bleibt. Die gesamte Politik der Sowjetunion im Nahen Osten ist darauf ausgerichtet. Heute droht gerade von dieser Seite die größte Gefahr für die palästinensische Revolution. Die syrische Invasion hat zum erklärten Ziel, die PLO zu spalten, zu schwächen und eine ihr genehme Führung einzusetzen. Diese Entwicklung liegt politisch in erster Linie im Interesse der Sowjetunion, die sich mit einer PLO als gefügiges Faustpfand leichtes Spiel erhofft gegenüber ihrem Rivalen.

Theoretisch und ideologisch muß somit ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen die revisionistische und sozialimperialistische Propaganda zur Lage im Nahen Osten der Kampf gegen die UNO-Resolutionen 242 und 338 sein, auf dem Boden der Festlegungen, die die PLO selbst dazu getroffen hat.

"Die Führer der PLO lehnen die UNO-Resolution 242 und die auf ihr basierenden 'Friedensresolutionen' und Lösungsvorschläge ab. Die Resolutionen bieten keine Lösung des Problems für Palästina, denn:

1. Behandelt die Resolution nur die 1967 besetzten Gebiete, und läßt die Frage der 1948 besetzten Gebiete stehen. Eine solche Fälschung der Geschichte ist willkürlich und unvertretbar. Sie bedeutet, daß die zionistische Besetzung eines Teils von Palästina ehrenhaft geworden sei, weil sie jetzt 22 Jahre alt ist, aber daß die 3 Jahre alte Besetzung unehrenhaft ist. Das Verstreichen von Zeit könnte die Besetzung höchstens ehrenhaft und damit akzeptabel erscheinen

(22a) aus: "Kommunistische Hochschulzeitung" (KHZ) November 1976, S.18
herausgegeben von: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation

lassen, wenn es niemanden gäbe, der um die Befreiung kämpft. Wir kämpfen und wir werden unseren Kampf fortsetzen zur Befreiung ganz Palästinas. Wir lehnen die Position ab, die behauptet, bei der Besetzung verhalte es sich wie mit dem Wein: Je älter, desto besser;

2. Behandelt die Resolution nur die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung, nämlich diejenigen, die 1967 im Gazastreifen und dem "Westuferland" lebten. Der anderen Hälfte wird in keinerlei echtem Sinn das Recht auf Ausübung der Selbstbestimmung zugestanden - in dem Sinn, ihre Souveränität auszuüben;
3. Die Resolution anerkennt nicht nur in keiner Weise die nationale Existenz und das Recht auf Souveränität des palästinensischen Volkes, sie legitimiert auch die Existenz Israels und trachtet danach, unsere Unterschrift und unsere Zustimmung zur Legitimität Israels zu erhalten; und
4. Ermöglicht die Resolution keine realistische Lösung zum Problem Palästinas, weil sie keine für die Palästinenser akzeptable Formulierung enthält - diejenige Kraft, die als erste und unmittelbarste betroffen ist. Sie berücksichtigt nicht unsere Bedürfnisse. Das ist eine kurzsichtige Betrachtungsweise der ganzen Frage, wodurch langfristig wieder Unrecht ausgebrütet wird." (23)

Der Leiter der offiziellen Vertretung der PLO in Peking, Abu Ramzi, erklärte am 15.Juni 1976: "Das möchte ich klar sagen: Wir wollen einen demokratischen Staat für die arabische Bevölkerung und sogar für jene Leute, die ursprünglich als Invasoren herkamen. Oft sagten wir zu unseren sowjetischen Freunden, daß die 242-Resolution nichts mit uns zu tun hat. Aber sie insistieren auf dieser Resolution. Die Sowjetunion spricht von den Grenzen des Staates, aber es ist doch unser Land. Wir sind nicht gegen einen Abzug Israels aus manchen Gebieten, wir wollen aber das Ganze." (24)

Die Befreiung Palästinas kann nur in revolutionärer Weise geschehen: Durch die vollständige und gewaltsame Zerschlagung des rassitischen Kolonialstaates Israel. Die nächste Etappe auf dem Weg zum Sozialismus in diesem Teil der Welt liegt in der Errichtung eines demokratischen Staats in ganz Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden.

3. Die Bedeutug des Zusammenschlusses der arabischen Länder

Die arabischen Länder umfassen die Mitgliedsstaaten der arabischen Liga, sowie die Demokratische Republik Sahara und Eritrea. Es sind dies in:

(23) Yusif. A. Sayigh, Führungsmitglied der PLO, am 15.April 1970 auf einer Rede in Westminster. Zitiert nach "Black September", S.20

(24) Klassenkampf, Zeitung des ehem.KB Wien, 9/76, S.2. Nach dem Bericht des Pekinger Korrespondenten.

ASIEN:	AFRIKA:
Bahrein	Ägypten (Halbinsel Sinai in Asien)
Emirate	Algerien
Irak	Eritrea
AR Jemen	Libyen
VDR Jemen	Marokko
Jordanien	Mauretanien
Katar	DR Sahara
Kuweit	Somalia
Libanon	Sudan
Oman	Tunesien
Palästina	
Saudi-Arabien	
Syrien	

Es handelt sich um Staaten und Gebiete mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Verhältnissen und mit unterschiedlichem Klassencharakter. Sie reichen von solchen, in denen heute bereits revolutionäre antiimperialistische Umwandlungen vollzogen werden, wie der VDR Jemen oder der Demokratischen Republik Sahara, bis zu Ländern, in denen noch offen reaktionäre Regimes die Macht ausüben und das Volk blutig unterdrücken, wie in Oman. "Aber alle diese Länder haben gemeinsam, daß sie Entwicklungsländer sind, die in objektivem Widerspruch zum Imperialismus, zum Kolonialismus und insbesondere zum Hegemoniestreben der beiden Supermächte stehen. Alle diese Länder haben gemeinsam, daß sie lange Zeit unter der Unterdrückung und Ausbeutung des Kolonialismus und Imperialismus litten oder heute noch leiden. Sie alle sehen sich nach Erlangung ihrer politischen Unabhängigkeit der Aufgabe gegenüber, die noch verbleibenden Kräfte des Kolonialismus auszumerzen oder an ihrem neuerlichen Machtantritt zu hindern, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die nationale Unabhängigkeit zu verwirklichen und zu festigen." (25)

Die arabischen Länder sind Teil der 3.Welt. Untereinander sind sie darüberhinaus durch die Bande der arabischen Nation verbunden. Die Voraussetzung für die Entstehung dieser Nation wurde geschaffen durch die Errichtung des frühfeudalen arabischen Reiches vor 1200 Jahren, das später in Teilstaaten zerfiel. In seinem Rahmen lebten die Völker auf einem einheitlichen Territorium. Eine gemeinsame Produktionsweise setzte sich durch. Die arabische Sprache setzte sich allgemein als Verkehrssprache durch, und im wesentlichen begann die Völker eine gemeinsame Kultur zu verbinden. Im Schoß dieser Gesellschaft begannen sich früh Ansätze kapitalistischer Produktionsverhältnisse herauszubilden, die ihren Ausgang nahmen mit dem Entstehen eines starken Handelskapitals. Bis zum Ende des 15.Jahrhunderts noch beherrschte der arabische Handel den bedeutendsten Teil des Mittelmeer-, Afrika- und Indienhandels.

(25) Resolution der Gründungskonferenz des KB Österreichs, "Die politische Lage in der Welt und in Österreich", Kommunist, 1/76, S.11

Anfang des 16.Jh. errang das ottomanische Reich die Vorherrschaft über den östlichen Teil des arabischen Gebiets. Das feudale ottomanische Völkergefängnis war dem aufstrebenden europäischen Kapitalismus immer mehr unterlegen und mußte dessem Handel schon früh die Tore öffnen. Die bodenständige Produktion in den arabischen Ländern wurde in ihrer Entwicklung abgeschnürt. Im 19.Jh. und mit dem Ende des ersten Weltkriegs zerrissen die Kolonialmächte Frankreich, England, Italien und Spanien das arabische Gebiet vollständig und teilten seine Territorien untereinander auf.
Die große Sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland hatte tiefgreifenden Einfluß in den arabischen Ländern. Die Perspektive, die sie wies, förderte nachhaltig den großen Aufschwung der arabischen nationalrevolutionären Befreiungsbewegung in den 20er und 30er Jahren. In fast allen Ländern der arabischen Region wurden Sektionen der Komintern gebildet. Ausdrücklich rief die Komintern auf ihrem II. Weltkongreß zum Kampf gegen die Kräfte des mit dem britischen Imperialismus verbündeten Zionismus auf, die "unter dem Vorwand, einen unabhängigen israelitischen Staat zu gründen, die Arbeiterbevölkerung unterdrückten (und) die in Palästina lebenden Araber unter das Joch der Engländer zwangen." (26)

Zur Frage der arabischen Einheit stellte die Komintern fest: "Für die Kommunisten der arabischen Länder ergibt sich eine zusätzliche Aufgabe, die hier vermerkt sei. Es handelt sich darum, daß die internationalen Imperialisten im Interesse ihrer räuberischen Politik Arabien in einzelne Stücke zerrissen und künstliche Grenzen errichtet haben. Obwohl sich die einzelnen Länder des arabischen Ostens unter der Herrschaft der verschiedenen imperialistischen Mächte befinden, sind sie doch miteinander durch geografische Lage, gemeinsame Sprache, Geschichte und gemeinsame revolutionäre Tradition verbunden. Hieraus folgt, daß die arabischen Kommunisten, die an der Herstellung einer einheitlichen antiimperialistischen Volksfront in jedem dieser Länder arbeiten, gleichzeitig ihre Anstrengungen vereinigen und danach trachten müssen, eine Koordinierung des antiimperialistischen Kampfes in allen diesen Ländern zu erreichen und eine antiimperialistische Volksfront in ganz Arabien zu errichten." (27)

Unter dem Druck der mächtig anschwellenden Massenbewegungen mußten die Kolonialmächte schon vor dem zweiten Weltkrieg in einzelnen Ländern (Irak, Ägypten) zu betrügerischen Methoden der indirekten Herrschaft greifen. Im Gefolge des zweiten Weltkriegs brach ihre Kolonialherrschaft in immer weiteren Gebieten unter den Schlägen der Massen, die sich häufig in bewaffneten Aufständen erhoben, zusammen. Die Imperialisten mußten ihre direkte Herrschaft völlig aufgeben. Sie taten dies mit den Methoden des Neokolonialismus: Die arabischen Länder wurden von

(26) Der II.Kongreß der Kommunistischen Internationale, S.198, zitiert nach "Geschichte der Araber", Bd. 3, S.9

(27) zitiert nach "Geschichte der Araber", Bd. 3, S.10, die dabei den 7. Weltkongreß zitiert.

ihnen weiter in staatlicher Zerstückelung voneinander gehalten. Gleichzeitig pflanzten sie einen neuen Pfahl ins Fleisch der arabischen Nation, den Kolonialstaat Israel. Die Zerstückelung der arabischen Nation war ihnen nützlich, um ihre jeweiligen Einflußsphären leichter abstekken zu können. Wo sie konnten, setzten die Imperialisten ihnen genehme Regimes ein, wie etwa die Haschemiten in Jordanien. Den Kolonialstaat Israel errichteten sie zu dem Zweck, die Zerstückelung der arabischen Länder ständig bis zur tiefgreifenden Spaltung verfestigen zu können, um sie noch stärker in ihre Einflußsphäre ziehen zu können.

Die direkte Kontrolle des Imperialismus über einen Teil des arabischen Bodens, über Palästina, ist sein wichtigstes Mittel zur Infiltration und Verfestigung der Abhängigkeit der arabischen Länder. Israel ist "das Hauptwerkzeug der Imperialisten, um die Anwesenheit der Imperialisten in diesem Gebiet zu schützen". (Programm der PLO, Abschnitt 3, Punkt 3)

Demgegenüber steht das immer stärkere Streben der arabischen Länder und Völker nach staatlicher Unabhängigkeit, nationaler Unabhängigkeit und Einheit und nach Revolution. Aufgrund ihrer Klassenstellung und unter dem Druck der Völker in ihren Ländern sind auch die verschiedenen arabischen halbfeudalen, feudalen und bürgerlichen Regimes zu antiimperialistischen Maßnahmen gezwungen. "Zur Führung der gesamten Nation sind sie unfähig, weil sie sich diese nur durch Unterwerfung der anderen arabischen Völker unter ihr Kommando vorstellen können." (28)
Grundlage des Kampfes der arabischen Länder nach staatlicher Unabhängigkeit und nationaler Unabhängigkeit und Einheit ist der antiimperialistische revolutionäre Kampf der arabischen Massen. In einer Reihe arabischer Länder, abgesehen von Palästina, wird er bereits mit Waffengewalt geführt, insbesondere in Oman, der Sahara und Eritrea. Die historische Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution" findet ihren Ausdruck auch auf der Ebene der Arabischen Liga, was deren Bemühungen zur Verhinderung imperialistischer Einflußnahme im libanesischen Brügerkrieg seit dem Sommer 1976 belegen.

Der antiimperialistische Kampf der arabischen Massen aller arabischen Länder richtet sich gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion. Die arabische Einheit kann letztlich nur auf dem Boden des Siegs der Völker in allen arabischen Ländern und ihrer konsequenten gemeinsamen Unterstützung für den palästinensischen Befreiungskampf auf revolutionärer Grundlage verwirklicht werden. Jede Maßnahme und Entwicklung, die dies fördert, müssen die Kommunisten unterstützen. Dazu zählt insbesondere auch das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit und Abschüttelung der imperialistischen Kontrolle der heutigen arabischen Staaten. "Auch in den Ländern der 3.Welt, in denen noch reaktionäre Regimes an der Macht sind, kommt die historische Strömung 'Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution' zur Geltung: Auch sie kommen zum Imperialismus und insbesondere zu den beiden Supermächten notwendig in wachsenden Widerspruch und streben nach grös-

(28) KVZ Nr.24, 17.6.76, S.14

serer staatlicher Unabhängigkeit, was wiederum die Bedingungen in diesen Ländern für die Revolution der Völker und die Befreiung der Nationen günstig beeinflußt." (29)

Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Eritrea, Oman, oder der Sahara ist somit eine wichtige Grundlage der Unterstützung des gesamten Kampfes der arabischen Nation gegen den Imperialismus. Sämtliche dieser revolutionären Bewegungen verstehen sich auch selbst als Bestandteil der nationalrevolutionären arabischen Befreiungsbewegung. Das Streben der arabischen Völker nach nationaler Einheit auf revolutionärer Grundlage hat die Geschichte auf seiner Seite. Der Kampf und das Streben nach arabischer Einheit ist ein wichtiger Teil des Kampfs der arabischen Länder und der 3.Welt gegen die Abhängigkeit von Imperialismus und Hegemonismus. Der Imperialismus hingegen hat Interesse an der Beibehaltung der Zerstückelung, Unterwerfung und Kontrolle der arabischen Nation.

Der Zusammenschluß der arabischen Nation gegen den Imperialismus hat sich insbesonders in den letzten Jahren mit großer Kraft entfaltet. Er kam zum Ausdruck im Oktoberkrieg 1973 gegen Israel. Dieser wurde von allen arabischen Ländern, die dazu in der Lage waren, direkt militärisch oder finanziell unterstützt, was eine wesentliche politische Ursache für die Erfolge war, die erzielt wurden. Erstmals wurde das Erdöl als politische Waffe gegen Zionismus und Imperialismus eingesetzt. Diese Maßnahmen übten Druck auf die Feinde der 3.Welt und der arabischen Revolution aus, zersetzten ihre Reihen und verschärften die Widersprüche unter ihnen. Gleichzeitig gaben sie dem weltweiten Kampf der Länder der 3.Welt zum Schutz ihrer nationalen Ressourcen gewaltigen Auftrieb.

Die palästinensische Revolution ist die Speerspitze der arabischen Revolution. Sie ist es erstens deshalb, weil der Kolonialstaat Israel das Hauptmittel des Imperialismus zur Unterwerfung der arabischen Nation ist und das palästinensische Volk am unmittelbarsten davon betroffen ist. Sie ist es zum zweiten deshalb, weil die palästinensische Revolution die fortgeschrittenste revolutionäre Bewegung ist, die bedeutende Ausstrahlung auf die anderen arabischen Völker und weit darüber hinaus ausübt. Der Kampf des palästinensischen Volkes und die Solidarität der anderen arabischen Völker zwingt weiters die bürgerlichen und feudalen Regimes in den anderen arabischen Ländern zur Verstärkung ihrer antiimperialistischen und antizionistischen Maßnahmen, was den Kampf der Völker gegen diese Regimes wiederum begünstigt. Richten sie hingegen Maßnahmen gegen die palästinensische Revolution, isolieren sie sich umso mehr von den Massen in ihren eigenen Ländern, wird ihr Charakter umso deutlicher. Wer ein Feind der palästinensischen Revolution ist, ist gleichzeitig ein Feind der gesamten arabischen Nation und ihres Befreiungskampfes. Die konsequente Unterstützung für die palästinensische Revolution hingegen ist ein bedeutender Beitrag zur Unterstützung der gesamten arabischen Revolution gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion, für soziale und nationale Befreiung.

(29) Resolution der Gründungskonferenz des KB Österreichs: "Die politische Lage in der Welt und in Österreich", Kommunist, 1/76, S.11

4. Das Ringen der beiden Supermächte um den Nahen Osten ist Bestandteil ihres Strebens nach Weltherrschaft und ihrer Kriegsvorbereitungen

Der Nahe Osten ist für den Imperialismus ein Gebiet von größter wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung. Die Ölvorkommen der arabischen Länder und ihre Lage am Mittelmeer, am Roten Meer, dem persisch-arabischen Golf, dem Indischen Ozean und dem Atlantik haben dabei besonderes Gewicht.

Der bedeutendste Naturreichtum der arabischen Länder ist das Erdöl :

Ölreserven der arabischen Länder	in Millionen Tonnen
davon:	41.955,0
Algerien	1.588,8
Abu Dhabi	2.529,6
Irak	4.837,1
Katar	777,6
Kuweit und neutrale Zone	9.091,4
Libyen	3.282,5
Saudi-Arabien	19.848,0
Ölreserven der 3.Welt (OPEC-Länder)	43.600,8

Stand: 1971 (30)

Somit verfügen die arabischen Länder über 96 % der Ölreserven der 3.Welt. Das sind zwei Drittel sämtlicher bekannter Ölreserven der Welt (ohne die VR China).

Die arabischen Länder produzieren zwei Drittel des Ölbedarfs der westlichen Imperialisten. (31)
Allerdings versorgen sich von diesen die USA zu 80 % selbst mit Öl aus ihren nationalen Ressourcen. In den europäischen Ländern werden 60 % des Energiebedarfs durch Öl bestritten, davon dürften durchschnittlich 80 % aus arabischen Ländern stammen. Die westeuropäischen Imperialisten sind also am stärksten auf die Ausbeutung der arabischen Ölressourcen angewiesen. Die westlichen Konzerne, die die Ausbeutung arabischen Öls betreiben, werden zu 60 % direkt von US-amerikanischen Monopolen kontrolliert, die restlichen sind zum Teil mit diesen verfilzt. (32)

(30) nach: Koch/Arasch, "Ölkrise, Krise des Imperialismus" Sendler
(31) A.Friedel: "Der 4.Nahostkrieg. Regionaler Konflikt - Globale Folgen", Wehrforschung aktuell I, München 1974, S.67
(32) Koch/Arasch, "Ölkrise, Krise des Imperialismus"

Von den Ländern des Warschauer Pakts verfügt die sozialimperialistische Supermacht über bedeutende eigene Ölreserven. Mit Ausnahme der Sozialistischen Republik Rumänien, die sich selbst versorgt, sind sämtliche anderen Mitgliedsstaaten auf Importe aus der Sowjetunion angewiesen, was sie als Instrument benützt, die Abhängigkeit der osteuropäischen Länder von ihr zu verstärken. Einige osteuropäische Länder streben daher verstärkt bilaterale Abkommen an, so die besonders abhängigen Staaten Bulgarien und DDR, die Öllieferverträge mit dem Irak abgeschlossen haben.

Die wirtschaftliche Position der SU im Nahen Osten ist heute gegenüber der der USA geringer. Einige Länder, die früher ihrer Infiltration ausgesetzt waren, haben sich dieser weitgehend entledigt, wie Ägypten, Algerien und der Irak. Umso aggressiver ist die Sowjetunion bemüht, gegenüber den Kämpfen der arabischen Völker und Länder und gegenüber der USA ihren Einfluß zu erweitern.

Für die Imperialisten hat die Ölversorgung Bedeutung für die ganze Wirtschaft: Über die Hälfte des Energiebedarfs der Welt stammt aus der Ölverwertung, sie ist Grundlage der Petrochemischen Industrie, Kraftfahrzeugproduktion und Rüstungsindustrie sind darauf angewiesen. Diejenige der beiden Supermächte, der es gelingt, die Vorherrschaft im Nahen Osten zu erringen, hat die Hand auf der Ölzufuhr für die westeuropäischen und andere Imperialisten der 2.Welt

Zur Durchsetzung ihres Strebens nach Weltherrschaft versuchen die beiden Supermächte, die Gebiete des Nahen Ostens und Nordafrikas als militärisches Aufmarschgebiet zu nutzen. (33)

Flotten- und Militärstützpunkte, Hafenrechte der Kriegsflotten	NATO (4 in arab. Ländern)	SOWJETUNION (7 in arab.Ländern)
Mittelmeer	NATO-Länder,Malta, Zypern (ST) Spanien(ST)	Syrien(ST),Libyen(H) Tunesien (H) Jugoslawien (H)
Rotes Meer	Djibouti(ST), Assab(Eritrea)(H)	AR Jemen(H)
Indischer Ozean	Diego Garcia(ST) Reunion(ST)	Sokotra(VR Jemen)(ST) Somalia(ST)
Persischer Golf (arabischer Golf)	Bahrein(ST),Oman(ST) Iran,Saudi-Arabien(ST)	Irak(H)

arab.Länder = unterstrichen
Stützpunkt = ST
Hafenrecht = H

(33) nach: A.Friedel, Wehrforschung I.

Die NATO-Imperialisten unter Führung der USA stützen sich bei ihrer Flottenpolitik in erster Linie auf Einflüsse, die auf das europäische Kolonialimperium zurückgehen. Die (sicher nicht vollständige) Tabelle zeigt, daß der Sozialimperialismus - trotz seines geringen wirtschaftlichen Einflusses in den arabischen Ländern des Nahen Ostens - auf militärischem Gebiet eindeutig im Vormarsch ist. Er besitzt in den arabischen Ländern immer mehr Hafenrechte und Stützpunkte. Er "muß vor allem auf die Erringung der militärischen Überlegenheit über die andere Supermacht setzen und treibt die Kriegsvorbereitungen besonders massiv an." (34)

Beide Supermächte stützen sich in ihrem Ringen um den Nahen Osten auf die Existenz des Kolonialstaats Israel. Die Sozialimperialisten liefern das Menschenmaterial, die US-Imperialisten die Waffen. Der Bestand Israels ermöglicht ihnen, rücksichtslos ihr Waffenmonopol einzusetzen und die arabischen Länder damit zu erpressen. Die Aggressionen des Zionismus ermöglichen ihnen, sich unter dem Deckmantel einer "Schutzmacht des Friedens" und "Vermittlers" in die Front der arabischen Völker und Länder einzuschleichen, sie zu spalten und so ihren Einfluß zu vergrößern. Naturgemäß gibt es Differenzen innerhalb der arabischen Front über den Kampf gegen den Zionismus, da es sich um Länder und Gebiete mit unterschiedlichen sozialen und politischen Verhältnissen handelt. Die Existenz und die Aggressionen Israels geben den beiden Supermächten ständig Anlaß, diese Differenzen aufzubauschen, die arabischen Länder gegeneinander aufzuhetzen und in ihre Abhängigkeit zu ziehen.

Daher sind die beiden Supermächte Todfeinde der palästinensischen Revolution und der arabischen Einheit. Daher haben sämtliche imperialistische Lösungsvorschläge zum Inhalt, den Bestand des Aggressionsinstruments Israel zu sichern. Die Supermächte bilden eine konterrevolutionäre Allianz gegen das palästinensische und die anderen arabischen Völker und haben gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Zustands von "Weder Krieg noch Frieden": Sie bekämpfen jegliche Anstrengungen, den Krieg gegen den Erobererstaat zu verstärken und zu verbreitern, und naturgemäß bekämpfen sie aufs entschiedenste einen gerechten Frieden, der durch die Errichtung eines demokratischen Staats auf dem Boden ganz Palästinas mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden hergestellt wird.
Die palästinensische Revolution zur Befreiung von Zionismus und Imperialismus richtet sich somit frontal gegen die beiden Supermächte und gegen imperialistische Ausbeutung insgesamt. Ist das Ringen der beiden Supermächte um den Nahen Oste· Teil ihres Ringens um Europa, so ist die palästinensische und arabische Revolution ein mächtiger Beitrag zum revolutionären Kampf der Völker der Welt gegen die imperialistische Kriegsgefahr, ein Beitrag von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Völker Westeuropas im besonderen.

(34) Kommunist 1/76 S.19

Jenseits ihrer konterrevolutionären Allianz stehen die beiden Supermächte untereinander in heftiger Rivalität und bedienen sich verschiedener Methoden zur Durchsetzung ihrer Ziele.

Die Sowjetunion hatte bis zum Oktober 1973 ihren Einfluß in den arabischen Ländern stark ausgebaut. Die USA hatten bis dahin gegenüber der SU in immer weiteren Gebieten des Nahen Ostens an Einfluß verloren. Im Gefolge des Krieges konnten die USA unter dem Deckmantel "Druck auf Israel" auszuüben und aufgrund ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu einigen wichtigen ölproduzierenden Ländern der arabischen Welt verlorenes Terrain wieder wettmachen. Mittel dazu war die "Politik der kleinen Schritte". Sie trachteten danach, die neu gefestigte Front der arabischen Länder durch Einzelabkommen mit Israel aufzureissen. Mit dem 2.Sinaiabkommen konnte Ägypten aus dieser Front herausgebrochen werden; die Stationierung US-amerikanischer Spezialisten auf der Sinai-Halbinsel stellt einen weiteren Ansatzpunkt für ihre Aggression dar. Seit dem 1.Juni 1974 wurde weiters auf Betreiben der USA, bei direkter Unterstützung durch die Sowjetunion (die von einem "Schritt in Richtung einer umfassenden und gerechten Lösung" sprach), das Entflechtungsabkommen am Golan wirksam. Weitere Erfolge blieben der "Politik der kleinen Schritte" versagt, da Israel sich weigerte, sich auch nur 4 km vom Golan zurückzuziehen. Anfänglich durch die Erfolge der "Politik der kleinen Schritte" ins Hintertreffen gelangt, versucht die SU heute mit allen Mitteln ihren Rivalen im Nahen Osten zu überflügeln. Dabei mußte sie Rückschläge einstecken: Ägypten zerriß 1976 endgültig den "Beistandsvertrag" mit der SU; die sowjetischen Versuche, Jordanien im Zug der syrisch-jordanischen Annäherung in ihre militärische Abhängigkeit zu ziehen, scheiterten ebenfalls. Neben den Methoden, derer sich auch die andere Supermacht bedient - wie : Ausnutzung des Waffenmonopols, Entsendung wirtschaftlicher und militärischer Berater, Abpressung von Hafenrechten, einseitige Wirtschaftsverträge - bedient sie sich dabei der revisionistischen "K"Ps in den arabischen Ländern. Einige Beispiele sollen die Wühltätigkeit der Agenten des Sozialimperialismus verdeutlichen:

a) Die Revisionisten in Marokko zählen zu den entschiedensten Befürwortern des Teilungsplans für die Westsahara von König Hassan. Über Marokko und Mauretanien hinaus stiften sie damit Verwirrung und Zwietracht in den Reihen der arabischen Befreiungsbewegung. Diese Haltung zielt darauf ab, die arabische Einheit auf bürgerlicher Grundlage zu propagieren, was Wasser auf die Mühlen des Sozialimperialismus ist.

b) Die "K"P Syriens ist die einzige revisionistische Partei, die in einem arabischen Land heute direkt an den Regierungsgeschäften beteiligt ist. Sie stellt zwei Minister der syrischen Regierung. (Die KP des Irak wurde 1976 aus der Regierung in Baghdad entfernt.) Sie zählte von Anfang an zu den entschiedensten Befürwortern der syrischen Invasion im Libanon und unterstützt diese bis heute.

c) Die Revisionisten in Israel bestehen aus zwei Flügeln. Der offen zionistische ist die Maki (Mokhed). Sie ist in der Knesseth vertreten

und tritt ein für die Erfüllung der UNO-Resolutionen 242 und 338, für den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und für die Existenz des Zionistenstaats innerhalb der damaligen Grenzen. Der versteckt zionistische ist die Rakah, die größeren Einfluß unter der arabischen Bevölkerung in Israel hat. Sie geht nicht direkt von der Erhaltung Israels aus, wohl aber vom Bestand einer jüdischen und einer arabischen Nation . Die PLO nützt den Bestand dieser Gruppe insofern, als er verschiedene legale Kampfformen im besetzten Palästina erleichtert. Insgesamt spielt die Rakah-Führung keineswegs eine fortschrittliche Rolle, da die Betonung einer "jüdischen Nation" stets die "staatliche Selbstbestimmung" dieser "Nation" nahelegt. Ihre Zeitung "Al-Ittihad" betonte dies schon 1964.

Im Zuge ihrer Versuche, den steigenden Einfluß der USA nach 1973 im Nahen Osten wieder zurückzudrängen, entschloß sich die Sowjetunion, auch die PLO als Faustpfand direkt gegen ihren Rivalen zu nutzen.

Die PLO wurde 1964 gegründet. Neben den arabischen Ländern befand sich die VR China unter den ersten, die sie als Vertreterin des palästinensischen Kampfes anerkannten (ein halbes Jahr nach ihrer Gründung,1965). Der stürmischen Entwicklung des Befreiungskampfes in Palästina, über die Gründung der PLO hin zu ihrer Umgestaltung zu einer revolutionären Kampforganisation bis zu ihrer heutigen gewaltigen Verankerung unter den palästinensischen Massen innerhalb und außerhalb des besetzten Palästina stand der Sozialimperialismus seit jeher feindlich gegenüber. Zehn Jahre lang ignorierte er die Existenz des palästinensischen Volkes völlig. Der Chef der ukrainischen KP, Scheljest, sprach einmal von den palästinensischen Freiheitskämpfern als "Folklorebanditen", die Behandlung der Rechte des palästinensischen Volkes als "Flüchtlingsprobleme" in den erwähnten UNO-Resolutionen sprechen eine deutliche Sprache. 1974 "anerkannte" die Sowjetunion die PLO, zehn Jahre nach ihrer Gründung.

Seit sich die "Politik der kleinen Schritte" hoffnungslos festgefahren hat, ist die Sowjetunion Hauptpropagandist der Einberufung der "Genfer Friedenskonferenz" auf der Grundlage der UNO-Resolutionen 242 und 338. Unter der "angemessenen Schirmherrschaft" der beiden Supermächte soll dort, bei Zugeständnissen Israels, die palästinensische Revolution in die Knie gezwungen werden, die PLO soll die Existenz Israels dort anerkennen. Die Genfer Konferenz ist unter diesen Vorzeichen nichts als ein imperialistisches Komplott. Mittlerweile sprechen sich bereits die westeuropäischen Imperialisten, die USA und andere Länder, für eine solche Konferenz aus.

Die imperialistischen Länder Westeuropas unterstützten bis 1973 vorbehaltlos Israel und die Nahostpolitik der USA. Die Ereignisse um den Oktoberkrieg 1973, der mit der beginnenden Überproduktionskrise des Imperialismus zusammenfiel, zwangen sie, ihre Position zu ändern. Der Gebrauch des Erdöls als politische Waffe im Zug des Kriegs gegen Israel betraf sie, wie gezeigt, unmittelbar. Angesichts der Maßnahmen der arabischen Länder zum Schutz der nationalen Ressourcen und des heftigen Ringens der beiden Supermächte drohten und drohen ihnen wichtige Exportmärkte zu entgleiten, falls sie keine Konzessionen an die

gerechten Forderungen der PLO und der arabischen Länder machten, die breite Unterstützung durch die gesamte Dritte Welt erfuhren.

Im November 1973 verabschiedete die Europäische Gemeinschaft eine Erklärung zur Lage im Nahen Osten, die sich für eine Lösung der Nahostfrage auf folgenden Grundlagen aussprach:

I. Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Gewalt;
II. Notwendigkeit, daß Israel die territoriale Besetzung beendet, die es seit 1967 aufrechterhalten hat.
III. Achtung der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit und Unabhängigkeit eines jeden Staates in dem Gebiet sowie seines Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben.
IV. Anerkenntnis, daß bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen. (34 a)

Diese Erklärung geht insofern über die Resolutionen 242 und 338 hinaus, als erstmals von den "legitimen Rechten der Palästinenser" anstelle vom "Flüchtlingsproblem" gesprochen wird. Insgesamt steht sie natürlich weiter auf dem Boden der Existenzberechtigung Israels, und ist damit selbst Ausdruck der imperialistischen Ziele Westeuropas. Im Geist dieser Erklärung verfolgen die Länder Westeuropas seit 1973 ihre Nahostpolitik, wobei unter den diplomatischen Initiativen Frankreich, Österreich und die "Sozialistische Internationale" die größte Rolle spielen.

Somit führte der Kampf des palästinensischen und der arabischen Völker zu einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa auf manchen Gebieten. "In ihrem Kampf kann die Dritte Welt die Widersprüche zwischen den Imperialisten, vor allem die zwischen den beiden Supermächten und den anderen, weniger hoch entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Staaten zu ihren Gunsten ausnutzen und tut dies auch mit wachsendem Erfolg". (34 b)

Dies ermöglichte nach 1973 die Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes durch eine Reihe westeuropäischer Länder, was einen bedeutenden politischen Erfolg des palästinensischen Freiheitskampfes darstellt.

Einige Länder Westeuropas verweigerten den USA, während des 4. Nahostkriegs militärischen Nachschub für Israel über ihr Gebiet durchzuführen. Mit der Gründung der "Internationalen Energieagentur" konnten die USA die westlichen Imperialisten der 2. Welt aber gleichzeitig in ein aggressives, direkt gegen die ölproduzierenden Länder - vor allem die arabischen - gerichtetes Bündnis ziehen. Dieses Bündnis steht unter Vorherrschaft der USA und hat den Zweck, auch militärische Gegenschläge der Imperialisten gegen die OPEC-Länder einzuleiten und zu koordinieren. Österreich soll bekanntlich Mitglied der IEA werden.

(34 a) A. Friedel, S. 59
(34 b) Resolution: Die politische Lage in der Welt und in Österreich, Kommunist 1/76, S. 12.

Im Zuge ihrer Exportoffensive zur Überwindung der Überproduktionskrise haben zahlreiche westeuropäische Länder nach 1973 ihre Wirtschaftsbeziehungen mit arabischen Ländern bedeutend gesteigert. Die Millionenabkommen zwischen Ägypten und Frankreich, Österreich oder der BRD sind deutlichstes Beispiel dafür.
Die Exporte der EG in die Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga stiegen von 1970 bis 1975 um 314 %, die Importe von dort in die EG im selben Zeitraum um 191 %.
Der Anteil der Nahostexporte der EG an ihren Gesamtexporten stieg dadurch von 6,2 % (1970) auf 12,6 % (1975), der Anteil der Importe von 13,6% (1970) auf 20 % (1975). Der Wert dieser Exporte stieg allein von 1974 auf 1975 um das Vierfache.
Von den Importen der EG aus arabischen Ländern waren 1975 90,8 % Öllieferungen, wobei Saudi-Arabien der Hauptexporteur ist, gefolgt von den Emiraten und Kuwait. (34 c)

5. Der österreichische Imperialismus - Feind des palästinensischen und der arabischen Völker. Die Aufgaben der Kommunisten

Zur internationalen Stellung Österreichs hält das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs fest: "Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Durch enge wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen ist es an die USA und andere imperialistische Länder des Westens, vor allem die BRD, gebunden. Selbständig und in deren Gefolge versucht die österreichische Monopolbourgeoisie ihre Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären zu erweitern. Bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Ländern nutzt die österreichische Bourgeoisie die Neutralität für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen". (35)

Die Aussage hat besonders hohe Gültigkeit für die Nahostpolitik der österreichischen Bourgeoisie. Die österreichische Bourgeoisie zählte zu einer der ersten Westeuropas, die in der ersten Hälfte der 70er Jahre erkannten, daß die bisherige bedingungslose Unterstützung Israels ihren imperialistischen Interessen nicht mehr voll entsprach. Mit einer Vielzahl von Initiativen und Vorstößen hat sich die SP-Regierung bemüht, diesen Interessen gerecht zu werden. Hier sollen nur einige Beispiele genannt und die Grundlagen dieser Politik skizziert werden.

Mit der Verschärfung der allgemeinen politischen und dem Ausbruch der

(34 c) Int. Herald Tribune, 29.9.76, S. 7
(35) Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

zyklischen wirtschaftlichen Krise des Imperialismus 1973 suchte der österreichische Imperialismus, seine Profite durch den Aufbau einer gezielten Exportoffensive in den Nahen Osten und bilaterale Abkommen zur Energieversorgung abzusichern und zum Teil zu realisieren. Dazu wurde er gezwungen durch die verstärkte Konkurrenz der Imperialisten untereinander, die sich aus der Einengung der Märkte und der Beschneidung des Spielraums der Imperialisten ergab. Die österreichiche Bourgeoisie verband selbständige diplomatische und politische Maßnahmen mit der Entsendung der UNO-Kontingente auf den Golan und nach Sinai und mit dem Eintritt in die Internationale Energieagentur.

Insbesondere die diplomatischen Initiativen und die Entsendung der UNO-Truppen verfolgten den Zweck, ihr eigenes Gewicht gegenüber ihren Konkurrenten zu erhöhen und bessere Ausgangspositionen zur Erschließung neuer Märkte zu gewinnen.

Die UNO-Truppen wurden auf dem Boden der Entflechtungsabkommen zwischen Israel und Syrien und Ägypten von den Imperialisten ins Land geschickt. Es ist bemerkenswert, daß das erste und zweite Sinaiabkommen und das Golanabkommen sich alle auf die UNO-Resolutionen 242 und 338 berufen. (36) Das verdeutlicht umso mehr, daß die Stationierung dieser Truppen gegen die Interessen der arabischen und des palästinensischen Volkes gerichtet ist. Sie dient dazu, einen "neutralen" Sicherheitsgürtel um Israel zu legen. Deshalb muß die österreichische Arbeiterklasse konsequent für den Abzug dieser "Friedenstruppen", die den Zustand von "weder Krieg noch Frieden" absichern helfen sollen, eintreten. Die Existenz der Truppen ist darüber hinaus zusätzlicher Anlaß für imperialistische Einmischung. Den österreichischen Imperialisten gibt ihre Stationierung die Gelegenheit, dem Westen die Tatsache ihrer militärischen Existenz vor Augen zu führen, was für sie mit der zunehmenden Kriegsgefahr um Europa bedeutsam ist.

Die diplomatischen und politischen "Friedensinitiativen" der SPÖ-Regierung sind bekannt. Darunter waren zwei Kreisky-Reisen (mit Delegationen der Sozialistischen Internationale) in arabische Nahostländer und Israel, bei denen die Notwendigkeit eines Rückzugs Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die Anerkennung dieser Grenzen durch die arabischen Länder betont wurden, in den beiden letzten Jahren die bedeutendsten. Wenn sie auch formell von der Sozialistischen Internationale unter Führung Kreiskys organisiert waren, dienten sie doch in erster Linie der Stärkung der Position des österreichischen Imperialismus, dessen Geschäfte eben diese Partei besorgt. Im Frühjahr 76 folgte eine Reise des österreichischen Außenministers und seiner Wirtschaftsexperten in den arabischen Golf und nach Oman.

In keiner anderen außenpolitischen Frage hat der österreichische Imperialismus eine derart rege Aktivität in den letzten drei Jahren entwickelt wie zum Nahen Osten. Die diplomatischen "Vorschläge" der Regierung entsprechen dabei durchaus der EG-Erklärung vom November

(36) Al Tahrir, 2 und 4/1974

1973, wobei die österreichische Bourgeoisie das Gewicht des Neutralitätsstatus in die Waagschale wirft, um sie unter den arabischen Ländern populär zu machen. Sie ist somit in dieser Frage und auf dieser Ebene auch ein Vorreiter der Interessen insbesondere der westeuropäischen Imperialisten. Dabei läßt sich die Existenz des palästinensischen Volkes nicht mehr einfach leugnen. Kreisky ging in einer Rede in Kuwait sogar soweit, von einer "persönlichen Anerkennung der PLO als legitime Vertretung der Palästinenser" zu sprechen. Vor den Ereignissen im Libanon zog die Bundesregierung die Bewilligung eines PLO-Informationsbüros in Erwägung.

Daß die imperialistischen Bourgeoisien Westeuropas das palästinensische Volk nicht mehr totschweigen und seine Führung, die PLO, nicht mehr voll negieren können, ist ausgezeichnet und beweist die Stärke der palästinensischen und arabischen Revolution. Für die österreichische Arbeiterklasse ergeben sich durch die verstärkte öffentliche Debatte noch günstigere Möglichkeiten, in diese Debatte einzugreifen und der richtigen Linie zum Durchbruch zu verhelfen. Klarerweise kann das nur gegen die österreichische Bourgeoisie und ihre Regierung geschehen, deren Ziele Kreisky auf dem Parteitag der SP im März 76 - zu dem israelische und arabische Delegationen erschienen - durch die Losung "Den Bestand Israels sichern" klar präzisierte. (37)

Wie grundsätzlich für alle anderen Imperialisten sind auch für die Österreichs die Existenzsicherung Israels und die Exportoffensive in die arabischen Länder zwei Seiten einer Medaille. (37 a) Die österreichische Regierung hat weiterhin enge Beziehungen zum israelischen Kolonialstaat (38). Unter anderem ermöglicht sie die Existenz von Auffanglagern für zukünftige zionistische Siedler aus der Sowjetunion - wie in Wien-Simmering -, das teilweise direkt unter israelischer Kontrolle steht.

Die Exportoffensive in die arabischen Länder in den letzten Jahren soll hier durch einige Zahlen beleuchtet werden (39):

Die Exporte in den arabischen Raum erhöhten sich 1974 um 76,6 %, 1975

(37) "Aufbruch in die 80er Jahre", Rede von Kreisky vor dem Parteitag der SPÖ am 12.3.76, S. 28

(37 a)
"Wir wollen es klar und deutlich sagen und jeden Zweifel ausschließen: Wir glauben an eine Entwicklung in friedlicher Richtung und wir wissen genau, wie schwer ein Weg zu bestreiten sein wird, und wie lange und mühevoll es sein wird, unter einer Hauptvoraussetzung, daß das Recht Israels auf gesicherte Existenz, aber auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkannt wird". (Kreisky in einem Artikel in "Das jüdische Echo", hg. von den jüdischen Akademikern und der Vereinigung jüdischer Hochschüler in Österreich, Sept. 76, Nr. 1, S. 3)

(38) Auf die Exporte nach Israel wird hier nicht eingegangen

(39) aus: "Der Unternehmer" 8/75 S. 30-33; Handbuch der Bundeswirtschaftskammer, und'Presse',24.2.76

um 70 %. Währenddessen stiegen die Gesamtexporte Österreichs 1974 nur um 30,8 % und fielen 1975 um 1,9 %. Das zeigt schlagend die Bedeutung des Nahostgeschäfts für die österreichische Bourgeoisie. In keinem anderen Bereich konnte sie ihre Exporte mehr steigern.

Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Warenexporte, in deren Gefolge jetzt Ansätze zum Kapitalexport entwickelt werden. 1974 betrugen die Exporte nach arabischen Ländern 2,8 % der österreichischen Gesamtexporte (der natürlich zum überwiegenden Teil in die bedeutendsten Märkte, die industrialisierten Länder geht) und 1975 bereits über 3 %, somit etwa 15 - 20 % österreichischen Exporte in die 3. Welt.

Bei den Nahostexporten stehen Nahrungsmittel, langfristige Konsumgüter, und immer mehr Produktionsmittel im Vordergrund. Besonders die Eisen-Stahl- und metallverarbeitende Industrie, Rückgrat der österreichischen kapitalistischen Wirtschaft, orientiert ihre Exporte in den letzten Jahren zunehmend auf den Nahen Osten. So exportierte der Finalbetrieb (Kessel, Kräne, Tunnels) Waagner-Biro 1973 erst 30 % seiner Produkte ins Ausland, davon 40 % in den Nahen Osten. 1974 wurden bereits 60 % exportiert, davon die Hälfte in arabische Länder. 1975 gingen 60 % der Exporte dieses Konzerns dorthin. Dies verdeutlicht, wie sehr bestimmte Bereiche der genannten Produktionszweige auf Exporte in die arabischen Länder orientiert sind.

Dabei erhöhten sich die österreichischen Exporte in den Irak 1975 um 80 %, nach Saudi-Arabien 1974 um 137 %, in den Emirate, den Oman und nach Katar 1974 um 100 %. In den Libanon exportierte Österreich 1974 im Wert von 650 Mio S, nach Syrien 1974 um 390 Mio S und 1975 um 500 Mio S. Nach Ägypten wurden 1974 Waren im Wert von 269 Mio S exportiert, nach Lybien 1974 365 und 1975 über 500 Mio S. Die bisherigen Schwerpunkte liegen dabei in Exporten nach Libanon und Syrien, Libyen und im letzten Jahr Ägypten.
"Wenn das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaft der Rückgang der Exporte ist, so müsse hier etwas geschehen" erklärte Kreisky gegenüber dem Kurier am 31.12.75. "Neue Märkte sind für Kreisky vor allem im Nahen Osten: "Wir haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres in 17 arabische Staaten um 1 Milliarde mehr exportiert als im Vorjahr. Niemand kann mich überzeugen, daß wir das nicht noch mehr steigern können. " Konkretes Beispiel ist der Tunnel unter dem Suez-Kanal, über dessen Bau mit Ägypten verhandelt wird. Kreisky ventiliert aber auch ganz neue Formen. Arabische Ölstaaten wollen ihre neuen Reichtümer in Investitionen in den Ländern der Vierten Welt" -so bezeichnen die Imperialisten die ärmsten Länder der 3. Welt, a.g. - "anlegen. Da wollen wir unseren Beitrag leisten. Aber nicht nur, indem wir die Fabriken liefern und die Araber zahlen, sondern wir bieten einen Prozentsatz an, den wir mitfinanzieren." (40)

Die Importe aus arabischen Ländern liegen bei 5,4 % der österreichischen Gesamtimporte. Bilaterale Abkommen wurden besonders mit Libyen und Algerien geschlossen.

(40) zitiert nach: Nahostzeitung, 1/76, S.3

Die österreichische Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln, die Arbeiterklasse und das Volk für ihre gegen die arabischen Völker gerichtete Politik zu gewinnen. Ihr Hauptinstrument dafür ist der sozialdemokratische Einfluß in den Gewerkschaften.

Der ÖGB unterhält engste Beziehungen mit der rassistischen Gewerkschaft Israels, der Histadruth. Jährlich tauschen beide Organisationen zahlreiche Besuche aus, österreichische Gewerkschaftsfunktionäre besuchen Kibbuzims, die besetzten Golanhöhen, das Westuferland, und verbreiten die zionistische Lügenpropaganda in der Gewerkschaftspresse. Im Anschluß an eine Resolution des "Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften" beschloß der Bundesvorstand des ÖGB am 18.10. 1973 während des 4. Nahostkriegs eine Resolution, in der der Histadruth Unterstützung ausgedrückt wird und betont wird, Israel habe das Recht auf eine friedliche Existenz. (Damals stimmten die Delegierten der GE und des GLB dagegen). (41)

Am 8. Bundeskongreß des ÖGB im September 1975 wurden zwei Resolutionen zur internationalen Lage beschlossen. In der einen wird die Entsendung österreichischer "Friedenstruppen" in den Nahen Osten begrüßt und befürwortet. In der zweiten wird gegen die gerechten Bestrebungen der 3. Welt aufgetreten, den illegalen Staat Israel aus der UNO und ihren Unterorganisationen zu entfernen. (42) Diese Beschlüsse wurden einstimmig, also mit den Stimmen der Vertreter der GE und des GLB gefaßt - womit diese Fraktionen zeigten, auf wessen Seite sie im Kampf zwischen Imperialismus und den Völkern stehen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung ignoriert gleichzeitig die palästinensische Gewerkschaft GUPA. Monat für Monat organisiert sie in den Ortsgruppen, Fachgruppen usw. Lichtbildvorträge und Reiseberichte, die den Zionistenstaat verherrlichen. In unverschämter Weise sucht sie dabei antifaschistische Traditionen der Gewerkschaftsmitglieder, die auch den Kampf gegen den Antisemitismus umfassen, umzufälschen für proisraelische Propaganda. Dieses ganze Lügengebäude müssen die fortschrittlichen und kommunistischen Arbeiter und Angestellten in der Gewerkschaft zerstören.

Somit stellt sich den österreichischen Kommunisten die Aufgabe, eine breite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und seinen Zielen aufzubauen. Dies kann nur geschehen im hartnäckigen ideologischen und politischen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus, gegen die Pläne des Imperialismus, des Zionismus, und vor allem der beiden Supermächte, verbunden mit dem Kampf gegen den österreichischen Imperialismus. Folgende wesentliche Losungen und Forderungen geben in konzentrierter Form die Linie wieder, entlang der der Kommunistische Bund Österreichs auf dem Boden seines Programms und der Gründungsdokumente zum Aufbau dieser Solidaritätsbewegung seinen Beitrag leistet:

(41) ÖGB-Nachrichtendienst, 25.10.73
(42) "Die Österreichischen Gewerkschaften und die Nahostfrage", Manuskript zur Nahostzeitung 3/4 76

o Für die Zerschlagung des rassistischen Kolonialstaats Israel! Für die Errichtung eines demokratischen Staats in ganz Palästina mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden!

Schluß mit den Enteignungen, dem Landraub, und den Vertreibungen von Palästinensern durch den Zionismus! Schluß mit der Errichtung von Wehrdörfern in Palästina! Weg mit der Administrativhaft und den Landgesetzen! Freilassung aller politischen Gefangenen in Israel!

Für das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat! Schluß mit der Okkupation des Südlibanon! Kontrolle der Flüchtlingslager durch die Vertreter des palästinensischen Volkes! Einhaltung des Kairoer Abkommens von 1969!

o Gegen alle imperialistischen Lösungsversuche! Auflösung aller fremden Militärstützpunkte im Mittelmeer! Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer! Strikte Einhaltung der Seerechte im Mittelmeer!
Abzug der UNO-Truppen vom Golan und Sinai! Abzug der US-Station auf Sinai!
Nieder mit Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion!

Gegen die österreichische Regierung:

o Abbruch sämtlicher Beziehungen zum illegitimen Kolonialstaat Israel! Anerkennung der PLO als einzig legitimer Vertretung des palästinensischen Volkes! Für die Errichtung eines PLO-Büros mit uneingeschränktem Informationsrecht in Österreich!

Rückzug der österreichischen Truppen vom Golan und von Sinai! Aufhebung des Gesetzes über die Entsendung österreichischer Truppen ins Ausland, auf Ersuchen internationaler Organisationen!
Schließung der Auswanderungslager und Unterbindung der Ausreise von Siedlern für Israel über Österreich!

Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur!

Im ÖGB:
Für die Unterstützung obiger Forderungen durch den ÖGB!
Aufhebung der prozionistischen Resolutionen des 8.Bundeskongresses des ÖGB! Schluß mit der prozionistischen Hetze in der Gewerkschaftspresse! Abbruch der Beziehungen zur Histadruth! Aufnahme von Beziehungen zur GUPA!

A.G.
(fertiggestellt im September 1976)

Zitierte Literatur :

- Ibrahim Al-Abid: A Handbook to the Palestine Question, Hg.PLO Research-Center, Palestine Books, Nr.17,2.Aufl., Beirut 1971
- Sabri Jiriys: Die Araber in Israel (Auszüge, deutsch) Beirut 1972
- Black September. Hg. PLO-Research-Center, Beirut 1971
- Der palästinensische Kampf - warum und weswegen! Hg.Das Nationale Palästinensische Komitee zu den Internationalen Weltjugendspielen, Berlin 1973
- Their words and ours - Statements for and against the Palestinians. Hg. PLO-Department of Information and National Guidance, Beirut 1975.

- Kommunist, Theoretisches Organ des KB Österreichs, Nr.1/76
- Programm des KB Österreichs
- Klassenkampf, Zeitung des KB Wien, Nr.9/76
- Kommunistische Hochschulzeitung Hg : Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation November 1976,
- Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des KBW, Nr. 46/1975, 24/76

- Nahost-Zeitung - herausgegeben vom Nahost-Komitee Wien Nr.1,2 und Manuskript 3,4/76
- R.Arasch/C.Koch: "Ölkrise - Krise des Imperialismus" Heidelberg 1974
- Al Tahrir-Befreiung -Zeitschrift des Komitees zur Unterstützung der kämpfenden Völker im Nahen und Mittleren Osten. Nr.2 u. 4/74

- A. Friedel: Der 4.Nahostkrieg. Regionaler Konflikt-Globale Folgen. Wehrforschung aktuell, Nr. 1. München 1974
- Geschichte der Araber, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 4 Bde. Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Rathmann, Berlin (DDR) 1974
- Nathan Weinstock: Das Ende Israels? Berlin 1975
- ÖGB-Nachrichtendienst, 25.10.73

"Die Presse", "Der Unternehmer", Handbuch der Bundeswirtschaftskammer, International Herald Tribune,

Der antifaschistische Partisanenkampf in Oberösterreich und die Fälschung der Revisionisten am Buch des Genossen Sepp Plieseis

Nur wenigen Menschen sagt heute der Name Sepp Plieseis etwas und auch in den Reihen des Kommunistischen Bundes Österreichs ist dieser Name nicht sehr geläufig. Dennoch handelt es sich bei Sepp Plieseis um einen wichtigen kommunistischen Führer im Kampf gegen den Hitler-Faschismus innerhalb Österreichs. Er starb vor lo Jahren, am 25.Oktober 1966, knapp 53 Jahre alt.

Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs vom faschistischen Joch schrieb Pliseis seine Erfahrungen in Form eines autobiographischen Romans nieder. Er erschien 1946 in Linz unter dem Titel "Vom Ebro zum Dachstein. Lebenskampf eines österreichischen Arbeiters." Von einem wichtigen Abschnitt dieses heute nicht mehr erhältlichen Buches, das am Beispiel des eigenen Lebens vom Kampf der österreichischen und internationalen Arbeiterklasse gegen den Faschismus berichtet, handelt der erste Teil dieses Artikels. Der zweite Teil schildert, wie sich die österreichischen Kommunisten wie Sepp Plieseis zum Charakter des beginnenden 2.imperialistischen Weltkriegs verhielten. Der dritte Teil befaßt sich mit einer Neuherausgabe des Plieseis-Romans durch den Militärverlag der DDR, die vor 5 Jahren in der DDR erschienen und - vorweggesagt - eine hinterhältige Fälschung darstellt.

Antifaschistischer Kampf im Salzkammergut

Wenn wir heute anläßlich des lo.Jahrestages seines Todes die Verdienste des Genossen Plieseis würdigen, so müssen wir besonders seine Rolle im antifaschistischen Kampf in Österreich unter der Naziherrschaft hervorheben. In seinem Buch hat er die Entwicklung des antifaschistischen Kampfs und die Rolle, die er selbst darin spielte, anschaulich dargestellt.

Im Sommer 1943 gelang es ihm, aus dem KZ-Dachau, wo er seit 1941 gemeinsam mit tausenden Antifaschisten und Juden gefangen und gefoltert

worden war, in seine Heimat, das Salzkammergut, zu fliehen. Er wurde dabei unterstützt von der unter schwierigsten Bedingungen funktionierenden antifaschistischen Lagerorganisation, an deren Arbeit er selbst großen Anteil gehabt hatte. Aber Pliseis floh nicht nur, um den SS-Henkern des KZs zu entkommen, sondern vor allem, um den Widerstand gegen die faschistische Herrschaft des Nazi-Regimes in Österreich organisieren zu helfen. Rund um seinen Heimatort Bad Ischl, im oberösterreichischen und steirischen Salzkammergut, hatte die Kommunistische Partei schon unter der Herrschaft des schwarzen Austrofaschismus große Teile der Arbeiter und anderen Werktätigen gegen den schwarzen und den immer stärker werdenden braunen Faschismus unter ihrer Führung zusammengeschlossen. Die Arbeiter der Salzbergwerke dieses Gebiets konnten sich zwar auf eine jahrzehntelange revolutionäre Kampftradition stützen, und die Kommunistische Partei - "ja sie lebte noch, drüben im Salzkammergut, in Ischl und Goisern, Ebensee und Aussee; aber sie regte sich kaum noch. Eine Menge der aktivsten Mitglieder war bei den Razzien der Gestapo den braunen Machthabern in die Hände gefallen, und diese Opfer siechten in den Kerkern des Dritten Reiches dahin. Der Terror hatte die wenigen, die sich noch der Freiheit erfreuen konnten, gelähmt. Sie wußten, daß auch ihre Namen bereits auf den Schwarzen Listen des Sicherheitsdienstes stünden. Neue Einziehungen zum Heeresdienste hatten weitere Lücken in die Kader der Partei gerissen." So schildert Plieseis in seinem Buch die Lage im Salzkammergut, wie er sie wenige Tage nach seiner Flucht empfand. Und ein Genosse erläuterte: "Wir versuchen, alle entschiedenen Antifaschisten, ganz gleich welcher Parteirichtung, zu sammeln. Wir sind ein entschlossenes Häuflein, aber ein kleines. Meist sind es nur die alten Parteimitglieder, die wieder Mut gefaßt haben, und einige neue, die es satt haben, als Schlachtvieh dem Hitlerfaschismus noch länger zu dienen. Aber wir gewinnen nur wenig Raum und Einfluß." Der größte Teil der Menschen sei "noch wie besoffen von der hitlerischen Propaganda. Sie glauben immer noch an den Endsieg und hoffen auf das große Wunder. Oder sie tun aus Feigheit nur so, um der Gestapo nicht aufzufallen."

Sommer 1943 - an großangelegten Aktionen konnte unter solchen Bedingungen noch nicht gedacht werden. Was aber not tat, war nicht Verzweiflung, sondern revolutionäre Entschlossenheit und die Zuversicht, daß die gerechte Sache der Antifaschisten siegen wird. "Wir müssen erst einmal versuchen, eine schlagkräftige illegale Organisation aufzubauen, dann erst können wir beraten, welche Aktionen wir unternehmen werden." Und sie gingen daran, unter dem Decknamen "Gruppe Willy" ihre Organisation aufzubauen. Den Grundstock bildeten Vierergruppen, von denen nur deren Leiter den übergeordneten Vertrauensmann kennen durfte; und den Gesamtumfang der Gruppe kannten nur ganz wenige erfahrene Genossen, die die Leitung bildeten. Zu diesen gehörte Sepp Plieseis.

"Wir haben jetzt nur ein Ziel", sagte er damals: "Vernichtung des Hitlerfaschismus, um dadurch zur Befreiung Österreichs zu kommen. Daher können wir jeden in unseren Reihen gebrauchen, ganz gleich, ob er

Sozialdemokrat oder Christlichsozialer war oder noch ist." Die Organisation bestand fast ausschließlich aus Arbeitern und kleinen Bauern. Und die Vertreter des Bürgertums, die gegen den Hitlerfaschismus waren? Plieseis schildert mit den Worten eines Genossen die überaus schwankende und unverläßliche Rolle bürgerlicher Hitlergegner für die antifaschistische Einheitsfront: "Wo sind die Vertreter des Bürgertums? Hier und da mag im Stillen einer mit uns sympathisieren, wird sich vielleicht auch einmal zu einer Spende aufschwingen. Aber selbstlosen Einsatz? Mitarbeiten? Quartiere für Flüchtlinge bereitstellen? In dem Augenblick, wo du ihnen davon etwas zumutest, wollen sie nichts mehr davon wissen." Und Plieseis sagte darauf: "Helfer können uns trotzdem auch manche Bürger sein." Diese Ausführungen sind von großer Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die Bourgeoisie als Klasse im antifaschistischen Kampf oder im Kampf um die Befreiung von imperialistischer Fremdherrschaft weder auf der Seite der Arbeiterklasse teilnehmen kann, noch diesen Kampf führen kann. Nur die Arbeiterklasse ist zu dieser Führung in der Lage und nur "manche Bürger" kann sie für einen solchen Kampf gewinnen.

Aber es gab noch andere, scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten, die die Antifaschisten beim Aufbau ihrer Organisation bewältigen mußten. Sie sollten möglichst viele Werktätige gegen den Faschismus mobilisieren; wie aber konnte das geschehen, wenn man nicht im dichten Netz des Nazi-Spitzelwesens aufgerieben werden sollte, wenn man bei der großen Mehrzahl der Menschen befürchten mußte, an die Gestapo verraten zu werden, sowohl des ideologischen Einflusses, als auch des Terrors wegen, den die Nazis gegen die breiten Massen ausübten.

Das war nur möglich, wenn sich im Kampf die Linie durchsetzte, trotz aller Verhetzung der Menschen das Vertrauen in die Massen zu bewahren und zu stärken, beharrliche Überzeugungsarbeit unter ihnen zu leisten und gleichzeitig die Gefahr für die Widerstandsgruppe möglichst gering zu halten. Das geschah vor allem dadurch, daß die Bewaffnung der Antifaschisten in dieser Phase des Kampfs ausschließlich zur Selbstverteidigung diente und nicht zur Durchführung militärischer Aktionen gegen den faschistischen Aggressor. Wenn ein Versteck oder Unterschlupf der Freiheitskämpfer von Gestapo oder SS aufgespürt wurde, galt die Parole: Kampf bis zur vorletzten Patrone - die letzte für dich selbst.

Wie aber kommt man zu Waffen? - "Ran an die Urlauber! Aus ihnen müssen wir überhaupt eigene Kader bilden. Jeder Frontsoldat hat das Hitler-Regime satt bis dahin. Die Soldaten aber verfügen Waffen. Laßt euch von ihnen Pistolen, wenn irgend möglich Maschinenpistolen geben. Auch Karabiner können wir gebrauchen, wenn wir natürlich auch mit ihnen nicht im Gelände herumspazieren dürfen. Und wenn er das nicht schaffen kann, dann soll er wenigstens Munition hergeben." Noch vor Ende des Jahres 1943 "waren alle Freiheitskämpfer aufs beste ausgerüstet, und in einigen wenigen Verstecken konnten sogar Bestände für neue Mitglieder gehortet werden."

Im Frühjahr 1944 hatte sich die Organisation bereits beträchtlich ausgedehnt, hatte Verbindungen im gesamten Salzkammergut und darüber hinaus: "In Mitterndorf (Stmk) konnte eine rege Gruppe gebildet werden. Bis nach Liezen (Ennstal) spannte sich allmählich die Organisation und drüben in Goisern und in Hallstadt und in Obertraun regte es sich auch unter den Unterdrückten." Mehrere hundert Werktätige umfaßte die Gruppe bereits und der Rückhalt im Volk war gewachsen.

So konnten bereits gewagtere Unternehmen durchgeführt werden, wie die Befreiung wichtiger politischer Häftlinge aus Gefängnissen und Zuchthäusern. Die Widerstandsgruppe befreite z.B. einen Genossen vom ZK der KPÖ und einen Bad Ischler KPÖ-Funktionär aus dem Landgericht Wels, wo sie zu KZ oder Tod verurteilt werden sollten. Die Antifaschisten konnten sogar so weit gehen, einen Genossen bei der Gestapo als Spitzel anwerben zu lassen, wo er monatelang erkunden konnte, wieviel die Gestapo von der Widerstandsgruppe weiß und welche Aktionen sie jeweils plant. Nicht nur das, schwerbewaffnete Trupps der Faschisten wurden tagelang in den Bergen herumgehetzt und an der Nase herumgeführt, um dann ergebnislos und völlig erschöpft die Verfolgung von Antifaschisten in den Bergen wieder aufzugeben.

Bei all diesen Erfolgen war es zugleich aber auch notwendig, Strömungen des Sektierertums und des Subjektivismus unter den Antifaschisten zu bekämpfen. Plieseis selbst trat verschiedenen Plänen, "für jeden ermordeten Genossen einen Nazi-Ortsgruppenleiter umzulegen" oder "unsere Stärke den Nazis demonstrieren" entschieden entgegen. Das war umso wichtiger, als mit dem zunehmenden und immer rascheren Niedergang des deutschen Faschismus immer mehr hohe Funktionäre und Nazi-Lakaien mitsamt ihrem militärischen und zivilen Anhang sich in der "Alpenfestung" Salzkammergut verschanzten: "So verlegte die Familie des Gauleiters von Oberösterreich, August Eigruber, ihren Wohnsitz nach Altaussee. Gleichfalls ließ sich hier ein höchster SS-Stab nieder, und Kaltenbrunner, der oberste Kommandeur der gesamten Polizei und des Sicherheitsdienstes weilte auch häufig in dem herrlichen Orte, verblieb endlich ganz hier. Zum anderen flüchteten gerade in das Ausseer Land die meisten sogenannten 'Nationalen Regierungen' der Hitlerschen Vasallenstaaten, die rumänische, bulgarische, griechische, serbische, montenegrinische, albanische Regierung, später folgten die von Ungarn, der Slovakei und Kroatiens. Zur Sicherung dieser Blutsäufer wurden immer mehr Sondergruppen der Gestapo in dem Ausseer und Ischler Lande stationiert. In Ischl ließ sich ein Baustab und eine Kommandantur der 'Festung Alpen' nieder. Spezialformationen der SS wurden hier einquartiert. Der deutsche Generalstab plante auf Weisung des wahnsinnig gewordenen Hitler den Ausbau einer riesigen Lagerfestung, die die von allen Seiten zurückströmenden deutschen Truppen in dem Gebiet zwischen Tauern und Dachstein aufnehmen sollte. Riesige Verpflegungslager wurden angelegt. Die Bonzenburg wurde drohende Realität. Man sprach davon, daß dieses Gebiet bestimmt sei, noch monatelang Widerstand gegen die siegreichen alliierten Truppen zu leisten."

So kam es, daß sich im April 1945 im Ausseerland fast 100.000 Menschen zusammendrängten wo früher 14.000 gewohnt hatten. Die Bevölkerung von Ischl schwoll von 10.000 auf 37.000 an.

"Härtestes Kriegsrecht galt in allen Partisanengruppen. Wer sich ohne Widerstand ergab, der sollte nach Beendigung des Kampfes und nach der Befreiung vor eigene Gerichte gestellt werden. Wer irgend etwas, auch nur durch Unüberlegtheit oder durch Leichtfertigkeit verriet, dem drohte dasselbe Schicksal."

Denn diese "Bonzenburg", so nannte damals schon der Volksmund das obere Salzkammergut, wollten die Nazis natürlich von allen Antifaschisten säubern und sie organisierten zu diesem Zweck wiederholt großangelegte "Ausrottungsfeldzüge" gegen die von Sepp Plieseis geführten Partisanen. Wenn es dabei auf Seiten der Widerstandskämpfer nur wenige Verluste gegeben hat, so vor allem deshalb, weil sie nicht darauf setzten, spektakuläre Gefechte zu liefern, sondern es überall ihr Ziel war, das Vertrauen der Massen in die Faschisten zu untergraben.

Im Herbst 1944 war die "Gruppe Fred", wie sich die Organisation jetzt nannte, bereits mehr als 500 aktive Mitglieder stark und hatte die Sympathien großer Teile der Bevölkerung auf ihrer Seite. "Das wurde ganz deutlich sichtbar, als die Ausmusterungen zum Volkssturm begannen. Die meisten Teile der sogenannten Bergwacht, die eine Polizeitruppe für die Überwachung der schwer zugänglichen Gebirge darstellten, unterstützten, wo sie nur konnten, die Partisanen. Gab der Ortsgruppenleiter die Weisung, daß eine versteckt gelegene Alm von der Bergwacht durchsucht werden sollte, so erstatteten die Bergwachtmänner erst den Freiheitskämpfern Bericht und diese konnten dann ihre versteckten Männer anderweitig unterbringen, ehe die Revision erfolgte."

Kurz vor dem Ende des Krieges im späten Frühjahr 1945 wurde die Gruppe Fred mit einer Aktion schlagartig in ganz Europa bekannt und berühmt. Auf ihrem Raubzug durch ganz Europa hatten die Nazis tausende Gemälde, Plastiken und andere unschätzbare Kunstwerke aus der Geschichte der europäischen Völker zusammengestohlen. Je mehr das Nazi-Reich seinem Ende zuging, desto öfter fuhren in Altaussee Lastwagen vor und luden tonnenweise Kunstschätze ab, die ins Bergwerk eingelagert wurden. Anfang 1945 erfuhr die Widerstandsgruppe, daß die Nazis beabsichtigten, diese Schätze (darunter z.B. der Genter Altar, ein wirkliches Nationalheiligtum des flämischen Volkes) zu vernichten, "bevor sie den Alliierten und damit dem jüdischen Kunsthandel in die Hände falle", wie die Nazis sagten. Als dann im April mehrere Lastwagen große, schwere Kisten mit der Aufschrift "Vorsicht! Marmorplastiken...nicht stürzen!" im Bergwerk ablieferten und die 80 in der Widerstandsbewegung organisierten Bergarbeiter entdeckten, daß es sich dabei um Bomben handelt, bedeutete das höchste Alarmstufe für die Antifaschisten. Die gesamte Arbeiterschaft im Bergwerk wurde über das geplante verbrecherische Nazi-Attentat aufgeklärt und es wurde festgelegt, daß die aktiven Freiheitskämpfer unter den Bergarbeitern nur mehr bewaffnet zur Arbeit gehen sollten. In einem günstigen Augenblick wurden die 8 Riesenbomben - insgesamt 6 Tonnen Sprengstoff - aus dem Bergwerk entfernt und in einen nahen Wald transportiert. Kurz darauf nahm die Gruppe auf Befehl Plieseis den Nazi-Ortsgruppenleiter von Altaussee, Kain, gefangen, "der die Sammlungen vielleicht durch behelfsmäßige Sprengmittel

oder durch Flammenwerfer vernichten konnte." Der letzte Befehl des Gauleiters Eigruber, die Bomben sofort wieder ins Bergwerk zu schaffen und die Sprengung durchzuführen, wurde ignoriert. "SS und Gestapo konnten schreien und toben wie sie wollten, die Arbeiter blieben taub. Der Vernichtungsplan war gescheitert."

Einige Tage vor dem Eintreffen der US-Armee im Salzkammergut schufen die Freiheitskämpfer mit einem Schlage Klarheit, wer nun die Macht im Salzkammergut besaß. Sie druckten ein fingiertes Plakat, das an mehr als hundert Stellen über Nacht befestigt wurde:

"1.Wer Ordnung und Ruhe stört, wird erschossen.
2.Wer Waffen, Munition und Sprengstoffe besitzt und diese nicht bis zum 6.Mai 1945, vormittags 10 Uhr, bei der Polizei abliefert, wird erschossen.
3.Die Bevölkerung darf sich nach 18.30 Uhr nicht mehr auf der Strasse bewegen. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.
4.Plünderer werden mit dem Tode bestraft.
Münster, Oberst."

"Alle Nationalsozialisten bis auf wenige Ausnahmen lieferten sofort die Waffen ab und vollzogen damit für sich eine kampflose Kapitulation." Nun konnten die Widerstandskämpfer offen auftreten, die neue Macht organisieren und die unzähligen Probleme anpacken, die sich stellten. Nazi-Bonzen wurden verhaftet oder, wenn sie Widerstand leisteten erschossen; die Versorgung zehntausender Menschen mit Lebensmitteln mußte sichergestellt werden. Die Brücken, die Eisenbahn und alle bedrohten Gebäude wurden von Polizeitruppen besetzt, um sie vor noch herumstreunenden bewaffneten SS-Einheiten zu schützen. "Dank dieser eisernen Disziplin, die jede Schädigung des Besitzes und des Lebens aller Einwohner verhinderte, konnten die Freiheitskämpfer die Verwaltung des Salzkammergutes als eines befreiten österreichischen Gebietes sofort übernehmen und es gegenüber der Besatzungsmacht auch repräsentieren. Während es in den Nachbargebieten, vor allem im Voralpenlande, beim Zusammenbruch der Nazimacht zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen kam, die das Volksvermögen auf das schwerste schädigten, blieb das obere Salzkammergut dank dem selbstlosen Einsatz aller Partisanen von solchen Ereignissen vollkommen verschont."

Am Ende seines Buches schreibt Sepp Plieseis: "Über alle lokalen Erfolge hinaus entzog sie (die "Gruppe Fred") dem letzten, dem verbrecherischsten Plan der Naziführung, hier im Herzen der Alpen ein gigantisches, in Fels und Eis gesichertes Widerstandszentrum aufzubauen, den Boden im Volk selbst und unterminierte allerorten den Aufbau einer Organisation. Die 'Festung Alpen' hätte infolge ihrer Tätigkeit nie Wirklichkeit werden können."

Der Kampf der Antifaschisten des Salzkammergutes unter der Führung von Kommunisten wie Sepp Plieseis, von dem hier berichtet wurde, ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß die österreichsische Arbeiterklasse auch vor der bisher grausamsten Unterdrückerherrschaft der Menschheit, dem Nazi-Faschismus nicht kapituliert hat, sondern auch

unter schwierigsten Bedingungen den Kampf des Volkes dagegen organisiert hat.
Weil dieser Kampf zeigt, daß das Volk unter der Führung der revolutionären Arbeiterklasse alles erreichen kann, deshalb versucht die österreichische Bourgeoisie diesen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes zu verdunkeln und zu vertuschen. Sie nützt dabei die Tatsache für sich aus, daß Österreich nicht hauptsächlich durch den Kampf seines Volkes vom Hitlerfaschismus befreit wurde, sondern in erster Linie durch die Antihitlerkoalition der 3 imperialistischen Westmächte mit der damals noch sozialistischen Sowjetunion. Diese Tatsache hält sie der österreichischen Arbeiterklasse und dem ganzen österreichischen Volk ständig vor, als angeblichen Beweis dafür, daß sie unfähig seien, sich selbständig zu befreien.Die Bourgeoisie verfolgt damit das Ziel, das Vertrauen des österreichischen Volkes in seine eigene Kraft zu untergraben und zu schwächen, jenes Vertrauen, daß das österreichische Volk unter der Führung der Arbeiterklasse letztendlich jede noch so brutale Unterdrückerherrschaft aus eigener Kraft beseitigen kann und schließlich auch den Sozialismus erkämpfen kann.

Genosse Sepp Plieseis hat sein kampferfülltes Leben von diesem Vertrauen leiten lassen.

In einem imperialistischen Krieg darf die Arbeiterklasse nicht auf der Seite irgendeiner imperialistischen Bourgeoisie teilnehmen

Angesichts der intensiven Auseinandersetzung, die heute in der österreichischen und internationalen kommunistischen Bewegung und unter vielen fortschrittlichen Menschen über die Frage von Krieg und Frieden und die Gefahr eines neuen Weltkriegs geführt wird, ist es nützlich, die diesbezüglichen Erfahrungen von Sepp Plieseis zu verbreiten, die er in seinem Buch aufgezeichnet hat.

Nach dem Sieg der Franco-Faschisten in Spanien wurden zehntausende In-Interbrigadisten und Soldaten der spanischen republikanischen Armee in französischen Lagern monatelang festgehalten. In einem dieser Lager spielte sich im September 1939, knapp nach dem Ausbruch des 2. Weltkriegs, folgendes ab:

"Eines Tages wurde der Sepp mit einigen seiner Kameraden vor den Lagerkommandanten befohlen. Der empfing sie sehr freundlich und ließ ihnen durch den Dolmetscher einen Vortrag halten. Frankreich habe Deutschland den Krieg erklärt und nun sei die Stunde des Handelns auch für die deutschen und österreichischen Interbrigadisten gekommen. Sie würden sich doch selbstverständlich freiwillig in die französische Armee melden. Dort könnten sie nun am besten den Hitler-Faschismus bekämpfen. Die Freunde hatten diese Art der Werbung schon längst erwartet und in nächtelangen Debatten war das Für und Wider erwogen worden. Der Sepp war der Wortführer. Er erklärte dem Kommandanten kurz und kategorisch, daß sie gar nicht daran dächten, in diesem Kriege aktiv zu werden. Nur in einem eindeutig gerechten Krieg würden sie kämpfen.
Der Kommandant schien nicht recht gehört zu haben. 'Ungerechter Krieg?.. Aber hat Deutschland nicht angefangen? Seid ihr nicht die geschworenen Gegner Hitlers? Könnt ihr ihm nicht durch den aktiven Einsatz auf unserer Seite am besten schaden?'
'Sie werden unsere Einstellung bald verstehen, Herr Kommandant!' fuhr der Sepp fort.' Wie schon gesagt, wir unterscheiden gerechte Kriege von den ungerechten. Als wir freiwillig nach Spanien gingen, da kämpfte dort ein Volk um seine Freiheit gegen die faschistische Unterdrükkung. Das war ein gerechter Krieg und wir haben uns alle dort eingesetzt bis zum Letzten. Nun aber beginnt wieder einmal ein Völkerringen in Europa, in dem bis jetzt imperialistische Beweggründe und Pläne vorzuherrschen scheinen. Wird es nicht Ziel dieses Krieges sein, die besiegte Nation zu unterdrücken und zu versklaven? Das würden wir einen ungerechten Krieg nennen. Wir Sozialisten können uns an einem solchen Kampfe nicht beteiligen, es sei denn, daß wir Garantien dafür bekämen, daß das Ziel dieses Krieges nur in der Vernichtung des Faschismus bestände.'"

In den Augen der französischen Bourgeoisie und ihrer Militärs waren solche Worte Hochverrat. Ihr Interesse war nicht die Niederschlagung des Faschismus und konnte es nicht sein. Ihr ging es einzig und allein um die Aufrechterhaltung und wenn möglich Ausdehnung ihrer imperialistischen Herrschaft. Ihr Gewaltapparat reagierte daher auf eine solche standhafte revolutionäre Haltung der Interbrigadisten nicht viel anders als der der Faschisten - mit Terror. In diesem französischen Lager hieß das: "Korrektionsbaracke". Neunzig Häftlinge verschiedenster Nationen gefesselt in einem winzigen Raum, vorerst einmal 2 Tage ohne Brot und Wasser. Dann die erneute Frage "ob sie gewillt seien, in die französische Armee einzutreten. Alle antworteten mit einem entschiedenen Nein." Das hatte zur Folge, daß jeder einzeln von je 8 Schlägern zusammengeschlagen wurde. Weitere 2 Tage nichts zu essen und nichts zu trinken. Ab dem 5. Tag täglich 20 dkg Brot und 2 mal täglich Wassersuppe. 30 Tage zog sich diese Korrektionshaft hin. Und "täglich fragten die Wächter, wer sich nun für die Armee einschreiben lasse. Als sie endlich aus der Hölle von Gours (Name des Lagers) entlassen wurden, wankten sie ausgemergelt und mit einknickenden Knien in ihre alte Wohnbaracke zurück. Einer erklärte: 'Ganz Dachau ist das doch nicht. Aber die Gardesmobiles scheinen bei der SS-Standarte Totenkopf in die Schule gegangen zu sein."

Diese Auseinandersetzung zeigt anschaulich, daß der staatliche Gewaltapparat der Bourgeoisie, mag er auch noch so viel vom "gemeinsamen Feind" schwätzen, der Arbeiterklasse und dem Volk niemals im Kampf gegen Faschismus und imperialistische Aggression dienen kann; mehr noch, daß dieser Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen werden muß, wenn die Arbeiterklasse und das Volk den Faschismus schlagen wollen und der imperialistischen Aggression auf dem Weg des revolutionären Volkskriegs entgegentreten wollen.

Die Revisionisten haben die Autobiographie von Sepp Plieseis gefälscht !

Mit Unterstützung und Duldung der KPÖ-Revisionisten wurde 1971 vom Militärverlag der DDR eine neue Ausgabe des Plieseis-Romans herausgebracht. Der neue Titel: "Partisan der Berge. Lebenskampf eines österreichischen Arbeiters". Und an diesem Buch ist nahezu alles gefälscht und umgeschrieben, was man sich vorstellen kann. Abgesehen davon, daß die in der Originalausgabe stellenweise verwendete österreichische Umgangssprache durchwegs in sächsisches DDR-Deutsch "umgeschrieben" wurde, abgesehen davon, daß ein drei Seiten langes Kapitel plötzlich 10 Zeilen lang ist oder oft einfach mehrere Seiten, Absätze oder Sätze fehlen oder neu dazugedichtet wurden, abgesehen von all solchen "Kleinigkeiten" also haben die Revisionisten genau solche Passagen des Buches bedeutend geändert, in denen Plieseis jene Grundanschauungen der Kommunisten verteidigt, die die Revisionisten verraten haben. Die wichtigsten Fälschungen sollen in der Folge aufgedeckt werden.

„Friedlicher Übergang" zum Sozialismus ?

Im Original des Buches sagt Plieseis in einem Gespräch mit einem früheren Anhänger der Sozialdemokraten (S.66):
"Den größten Fehler haben die deutschen und italienischen Sozialisten gemacht, als sie glaubten, man würde die neue Zeit mit friedlichen Mitteln, mit dem Stimmzettel und der Aufklärung der arbeitenden Massen herbeiführen können. Die Kapitalisten haben geantwortet mit KZ und Gestapo in Deutschland, hier (in Spanien) mit Tanks und Bombern und Jägern und Granaten ....."

In der DDR-Fälschung sucht man dieses Gespräch vergeblich. Gestrichen. Mit gutem Grund: Nach der Verkündigung des "friedlichen Wegs" zum Programm der Revisionisten durch Chruschtschow wetteifern heute alle revisionistischen Parteien darum, wer die verhängnisvolle und verräterische Politik der damaligen Sozialdemokratie besser unter die Arbeiterklasse trägt - ob in Italien, Frankreich, Spanien oder Österreich - überall profilieren sich die Revisionisten als Nachfolger und Nachäffer der damaligen Sozialdemokratie.

Demgegenüber halten wir Kommunisten - ganz im Sinne von Sepp Plieseis - daran fest: "Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verfügt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern." (Programm des KB, S. 15/16)

„Verteidigung der bürgerlichen Demokratie" oder Kampf um die revolutionäre Demokratie ?

In einem Abschnitt über die internationalen Brigaden in Spanien schreibt Plieseis: "Mehr als fünfzig Nationen kämpften mit den republikanischen Spaniern zusammen gegen die faschistische Anmaßung. Bunt, bunter als die Farbenpalette eines Malers, waren die Formationen zusammengewürfelt. Doch sie wurden zusammengeschweißt durch einen unerschütterlichen Kampfwillen und eine unerschütterliche Überzeugung, die nämlich, daß die Demokratie lebensnotwendig ist und daß sich ohne demokratische Freiheiten und Volksrechte auch die soziale Sehnsucht nach einer menschlichen Gesellschaftsordnung nicht verwirklichen läßt". (Original, S.30)

Demgegenüber heißt es in der DDR-Fälschung: ".... Doch sie wurden zusammengeschweißt durch den Willen, die Demokratie und den Fortschritt zu verteidigen, die Sehnsucht nach einer menschlichen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen." (S.26)

Der Unterschied ist bedeutend: Während bei Plieseis der Kampf um "demokratische Freiheiten und Volksrechte" Mittel zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ist, wollen die revisionistischen Fälscher die Arbeiterklasse auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, der parlamentarischen Herrschaftsform der Bourgeoisie, einschwören. Auch darin sind die Revisionisten folgsame Schüler der früheren Sozialdemokratie von Bernstein bis Otto Bauer und Karl Renner. Ihre tägliche Politik liefert täglich neue Beweise dafür - man denke nur daran, wie hysterisch die KPÖ die österreichische Verfassung verteidigt, wenn sie das Auftreten irgendwelcher Faschistengruppen "verurteilt"; oder daran, wie die italienischen Revisionisten von der KPI gemeinsam mit den Christdemokraten "die Demokratie verteidigen". Demgegenüber ist es eine klare Absage an Revisionismus und jegliche bürgerliche Reformerei, wenn das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs festlegt: "Dieser Kampf um Demokratie zielt auf den Sturz der bürgerlichen Diktatur und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Form der ungeteilten und uneingeschränkten Volksherrschaft zum Zweck der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse ab." (Programm des KB, S.24/25)

Die Grundlage des Faschismus ist der imperialistische Kapitalismus !

Bei der Systematik der revisionistischen Fälscher nimmt es dann auch nicht Wunder, daß sie versuchen, den sozialen Ursprung des Faschismus zu vertuschen: In einem Kapitel über KZ-Justiz und die Foltermethoden der SS im KZ Dachau, von dem die Fälscher noch dazu einige Abschnitte über den Sadismus der Folterknechte gestrichen haben, heißt es bei Plieseis:

"Wo ist der neue Dante, der die Höllenkreise von Dachau schildern kann? Und die anderen Verdammungszirkel in Mauthausen, Gusen, Buchenwald, Ravensburg, Auschwitz, Maidanek, Groß-Rosen, Belsen ...Deutschland und das ganze Dritte Reich besät mit Konzentrationslagern! Tausende und aber Tausende von Bestien, die darin ungestraft ihren Gelüsten frönen konnten! Darüber thronend und von allem wissend..jawohl, das muß und kann bewiesen werden! .... die vergottete Führerclique samt den Generälen und Wirtschaftsführern und SA und SS und die Pgs.. so sollten künftige Geschichtsschreiber Großdeutschland schildern. So hat sich der Kapitalismus vor seinem Schandentod der ganzen Menschheit entüllt". (S.220)

Die revisionistischen Fälscher haben die wichtigsten Sätze ab "besät mit Konzentrationslagern" kurzerhand ersatzlos gestrichen. Sie haben das sicherlich nicht deshalb gemacht, weil der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der faschistischen Achse Deutschland-Italien-Japan nur in einigen Ländern seinen Schandentod gestorben ist, sondern weil es ihnen darum geht, die Grundlage und Wurzel des Faschismus zu verdunkeln, den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Ihn haben sie in der DDR, Ungarn, Polen usw. wiederhergestellt und er ist auch in der Sowjetunion die Grundlage der faschistischen Herrschaft der bürokratischen Monopolbourgeoisie.

Die Fälschung des Plieseis-Buches hat Methode. Mit den bisher aufgezeigten Änderungen gaben sich die Revisionisten noch lange nicht zufrieden. Wie weit sie dabei gehen und wie ungeheuerlich und skrupellos dieses Vorgehen ist, zeigt dieses letzte Beispiel (Plieseis beginnt gerade, seine ersten Eindrücke von den Internationalen Brigaden in Spanien zu schildern)

Original

Die Anhänger der Kommunistischen Partei fanden sich schnell zusammen. Die Internationale war kein Hirngespinst, wie es die Nazi, Hahnenschwänzler und Schwarzhemden gerne allen weismachen wollten. Sie war lebendig und strotzte voll blutfrischen Lebens, mochten Aktivisten und Theoretiker auch manchmal hart des Mehrwertes wegen oder der Stalinschen Generallinie halber aneinandergeraten.

Hier erfuhren alle, christliche Demokraten, liberale Bürgerliche, Sozialdemokraten, Kommunisten und Anarchisten, baskische Katholiken und katalonische Nationalisten, worum es in diesem Kampfe ging. 1931 bis 1933 hatte der erste spanische Diktator Primo di Rivera dem spanischen Volke durch seine Gewaltherrschaft die „schwarzen Jahre" bereitet. Dieser stumpfsinnige Militärfaschismus war dann der Volksfront, die alle freiheitlichen Einwohner gesammelt hatte, erlegen, und eine Weile schien es so, als wenn der Zusammenschluß das halbfeudale System Spaniens kampflos liquidieren könnte.

Die Kommunistische Partei Spaniens sah weiter. Sie verlangte die Aufrüstung des Volkes gegen die faschistischen Elemente, die besonders in den Militärkreisen zahlreich waren. Eine antifaschistische Miliz sollte geschaffen werden, die allgemeine Volksbewaffnung allein hätte die Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten garantieren können. Aber dazu waren die anderen demokratischen Parteien nicht zu bewegen.

So konnte Franco im Juli 1936 seinen Putsch wagen.

27 / 28

Fälschung

Die Kommunisten fanden sich schnell zusammen. Die Internationale war kein Hirngespinst, wie es die deutschen Faschisten und ihre österreichischen und italienischen Kumpane, die Hahnenschwänzler und Schwarzhemden, allen weismachen wollten. Sie war lebendig und in Aktion. Sie sammelte christliche Demokraten, liberale Bürgerliche, Sozialdemokraten, Kommunisten und Pazifisten, Freiwillige aus vielen Ländern um sich, die dem spanischen Volk in seinem Kampf für die Erhaltung der Republik helfen wollten. Nach dem Rücktritt des Diktators Primo de Rivera war es 1931 gelungen, die bürgerlich-demokratische Republik zu errichten, und 1936, bei den Parlamentswahlen, hatte die Volksfront einen überwältigenden Sieg davongetragen. Das war ein Alarmzeichen für die spanischen Faschisten, mit äußersten Mitteln die Restaurierung ihrer Macht zu betreiben. Im Juli 1936 zettelte Franco in Spanisch-Marokko eine Militärrevolte an.

24/25

Es ist schwer, aus dem Staunen über die Unverschämtheit dieser Entstellungen herauszukommen.
Erstens: Richtig an der Fälschung ist nur, daß die reaktionäre Diktatur Primo de Riveras bereits 1931 abserviert wurde.
Zweitens: Wenn es nach den Revisionisten ginge, dann hätte es die Stalinsche Generallinie nie gegeben. Aber es geht nicht nach den Revisionisten. Da nützt ihnen weder die Verleumdung seiner Verdienste, noch, wie in diesem Fall, das kalte Verschweigen.
Drittens: Die revisionistischen Fälscher sagen: Die Volksfront hat bei den Parlamentswahlen klar gewonnen; daraus folgt - Franco putschte. Punkt aus.
Plieseis sagt: Der Schein des Volksfront-Sieges war trügerisch; "die Kommunistische Partei Spaniens sah weiter. Sie verlangte die Aufrüstung des Volkes .. Eine antifaschistische Miliz .. die allgemeine Volksbewaffnung". Aber die bürgerlichen Kräfte in der Volksfront waren stärker. "So konnte Franco im Juli 1936 seinen Putsch wagen". Ja, genau deshalb.

Die Revisionisten haben heute allen Grund dazu, diese wichtige Begründung, warum der faschistische Franco-Putsch überhaupt Erfolgsaussichten haben konnte, zu verschweigen. Wie alle bürgerlichen Kräfte, wie die Bourgeoisie selbst, trifft die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung ihren empfindlichsten Nerv. Als in Chile unter Allende die chilenischen Revolutionäre die allgemeine Volksbewaffnung forderten, waren es die Revisionisten, die wie wilde Hunde dagegen hetzten und der chilenischen Revolution in den Rücken fielen.

Und genauso wie sie ihre Mitschuld an der Niederlage der chilenischen Revolution vor 3 Jahren mit Schwanengesängen auf den faschistischen Terror zu vertuschen versuchen, genauso müssen sie versuchen, die von Plieseis deutlich aufgezeigte Mitschuld der bürgerlichen Kräfte in der Spanischen Volksfront an der Niederlage der spanischen Revolution zu unterschlagen.

„Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße"

Aber alle Versuche der Revisionisten, die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus zu entstellen und die Geschichte der kommunistischen Bewegung in eine Geschichte des Revisionismus umzufälschen, sind völlig zum Scheitern verurteilt. An solchen Versuchen wie der Fälschung des Plieseis-Buches können vielmehr die revolutionär gesinnten Menschen und alle Werktätigen in Österreich besser erkennen, wie abgrundtief der Verrat ist, den die Revisionisten an den Zielen der Arbeiterklasse begehen und begangen haben. Da hilft auch der plumpe Trick im Vorwort zur Fälschung nichts, wo es heißt, Plieseis'Buch sei erst "in seinem Nachlaß gefunden" worden und würde nun "in der vorliegenden Form" herausgegeben. Jede Lüge, die sie von sich geben, bringt den Revisionisten nur noch mehr erbitterte Feinde, statt, wie sie sich wünschen, weniger. Mehrere jahrzehntelange Mitglieder der

KPÖ, darunter auch ehemalige Mithäftlinge Plieseis' im KZ Dachau, mit denen ich über diese Fälschung gesprochen habe, haben sie zuerst nicht für möglich gehalten. Als sie diese bodenlose Gaunerei der Revisionisten schwarz auf weiß belegt sahen, verstärkte das nur noch ihren Haß gegen den Verrat der Revisionisten, war es für sie der letzte Anlaß, aus der KPÖ auszutreten, wenn sie diesen überfälligen Schritt nicht schon vorher gemacht haben. Aber das allein genügt noch nicht. Sie müssen gemeinsam mit allen revolutionär gesinnten Menschen allseitig brechen mit dem Revisionismus und sich heute dem Kampf für jene Ziele anschließen, für die ihr und unser Genosse Sepp Plieseis sein Leben lang gekämpft hat. Das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs weist dazu den Weg.

K.W./Graz

Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Der Kampf um die Arena war eine der größten Massenbewegungen in den letzten Jahren.
Unsere Organisation war am Kampf maßgeblich beteiligt und hat selbst eine Reihe wichtiger positiver Erfahrungen gesammelt, aber auch Fehler gemacht. Es gab in der Organisation einen heftigen Meinungskampf über Richtig und Falsch, es wurde Kritik und Selbstkritik geübt.
Um den Meinungskampf geordnet abzuschließen, veröffentlichen wir diesen Artikel, der in der Organisation diskutiert werden kann. Allen Genossen stehen die nächsten Nummern des "Kommunist" offen, um selbst Beiträge zu verfassen.

Vom 26.6. bis 6.10. 1976 hielten die größten Teils jugendlichen Besetzer die Gebäude des Auslandsschlachthofes in St.Marx besetzt. Mit dieser Besetzung kämpften sie gemeinsam mit tausenden Menschen in Wien und über Wien hinaus für folgende Forderungen:

+ Kein Abbruch des Schlachthofgeländes!
+ Ganzjähriges Jugend-Kultur-und Kommunikationszentrum Arena!
+ Selbstverwaltung!
+ Bezahlung aller Kosten durch die Gemeinde Wien!

Am 6.10.1976 wurde von der Arena-Vollversammlung beschlossen, die Besetzung abzubrechen. Es war nicht gelungen, im Kampf um die Forderungen gegen die Gemeinde einen Sieg zu erringen. Kurz nach Beendigung der Besetzung ließ die Gemeinde die Gebäude auf dem Auslandsschlachthof schleifen und das Arena-Gelände in Schutt legen.

Tausende Menschen waren am Kampf um die Forderungen in verschiedenster Form beteiligt. Tausende Menschen in ganz Österreich verfolgten mit regem Interesse den Kampf um die Arena. Die Bedeutung der Lehren, die aus dieser massiven Bewegung um die Lösung verschiedener Probleme, vor allem der Freizeitprobleme vornehmlich der Jugendlichen zu ziehen sind, ist groß. Der Kampf um die Forderungen war eine Bestätigung der Ansicht des Kommunistischen Bundes Österreichs, daß die Selbständigkeit der Massen im Denken und Handeln wächst.

Die Vorgeschichte des Kampfs um die Arena beginnt lange vor dem 26.6. 1976.

Bei den Jugendlichen und Lehrlingen wird der Wunsch nach eigenen Jugend-Kultur-und Kommunikationszentren täglich aufs Neue hervorgerufen. Ihnen stehen nur die Jugendzentren der Gemeinde und der Kirchenorganisationen offen. Staat und Kirche haben in unterschiedlichem Maß die Aufgabe, die Jugendlichen zu gefügigen Arbeitskräften und willigen poltischen Untertanen heranzuziehen. Dementsprechend betreiben sie auch die Jugendzentren: ständige Bevormundung, Gängelung und Unterdrükkung der Bedürfnisse der Jugendlichen, Einschränkung ihrer selbständigen Initiativen, Abwürgen jeglicher politischer Bewegungsfreiheit.

In den letzten Jahren verschärften sich die Widersprüche zwischen den Jugendlichen und den bestehenden Verhältnissen. Auf der Grundlage dieser verschärften Widersprüche haben in letzter Zeit die Bewegungen der Jugendlichen um die Lösung politischer, sozialer, und wirtschaftlicher Probleme zugenommen. So gab es die Bewegungen in der Ausbildungsfrage, zum Existenzlohn für Lehrlinge und gegen das Bundesheer. So gab es eben den Kampf um die Arena zur Lösung vorwiegend der Freizeitprobleme.

Auf der Grundlage der Verschärfung der Widersprüche zwischen den Jugendlichen und den bestehenden Verhältnissen ist das Anliegen der Jugendlichen nach Jugendzentren in Selbstverwaltung groß. Nach Jugendzentren, in denen sie ihre, im Gegensatz zu den bestehenden Verhältnissen stehenden selbständigen Vorstellungen verwirklichen können.

Das ist der Grund dafür, warum die Jugendlichen für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in der Großfeldsiedlung gekämpft haben. Der Grund dafür, daß Jugendliche in Simmering vor über einem Jahr ein Abbruchhaus besetzten und ebenfalls um ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung kämpften. Genauso war das der Grund, warum in anderen Städten Österreichs die Jugendlichen um selbstverwaltete Jugendzentren kämpften. Das war und bleibt der Grund, daß immer wieder Bewegungen um solche selbstverwaltete Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentren aufflammen werden.

Vorwiegend andere Interessen als die Jugendlichen hatte ein Großteil der Kulturschaffenden, die am Kampf um die Arena teilnahmen.

Architekten fanden hauptsächlich die Gebäude als Kulturdenkmäler erhaltenswert. Dichter, Schauspieler, Schriftsteller, Musiker usw. hatten Interesse an einer "Gegenkultur".

Von Anfang an gab es den Kampf zwischen zwei Linien in der Arenabewegung

Die eine Linie war die, im Kampf um die Forderungen politische Bewegungsfreiheit zur Lösung bestimmter Probleme - hauptsächlich der Freizeitprobleme - zu schaffen.

Die andere Linie war die der Unterordnung unter die Gemeinde in der

Form, egal auf welchem Gelände, egal in welchem Gebäude eine bürgerliche Gegenkultur zu etablieren und den Jugendlichen aufzuzwängen.

Die eine Linie betrachtete den Kampf um die Forderungen dementsprechend als politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Die andere Linie wollte vom Staat die Möglichkeit, subventionierte "Gegenkultur" betreiben zu können. Sie war eine Linie der politischen Unterordnung.

Die Linie des Klassenkampfes

Der Kampf um die Lösung der Freizeitprobleme wie um alle Interessen der Massen erfordert eine entsprechende Bewegungsfreiheit, die dem Staat im politischen Kampf abgerungen werden muß. Diese politische Ellbogenfreiheit wird ermöglicht durch die Selbstverwaltung, die eine gute Kampfposition gegen die ständigen Versuche des Staates, die politische Bewegungsfreiheit wieder einzuschränken, darstellt. Denn es ist eine klare Sache, daß die Gemeinde für den Fall, daß ihr die Forderungen abgerungen hätten werden können, keinen Tag vergehen lassen würde, an dem sie nicht mit ungeheuren Schikanen und ständigen Angriffen die Selbstverwaltung zu zertrümmern versuchen würde.

Darum war besonders die Forderung nach Selbstverwaltung jene Forderung, von denen die Vertreter der richtigen Linie nicht abweichen durften. Darum war der Kampf um die Arena ein politischer Kampf.

Von allergrößter Wichtigkeit ist, ob die politische Bewegungsfreiheit dafür genützt wird, daß die Selbständigkeit im Denken und Handeln im Sinne des Klassenkampfes erhöht wird.

Die auf der Grundlage der verschärften Widersprüche ausbrechende spontane Bewegung gegen den Staat muß vertieft werden zu einer mehr und mehr bewußten Feindschaft. Denn nur dann bestehen wirkliche Chancen, daß der Kampf zur Lösung der Freizeitprobleme nicht wieder vom Staat eingesackt und in eine andere Form der Gängelung und Unterdrückung geleitet wird.

Die Bewegungsfreiheit - das heißt die Selbstverwaltung der Arena - wäre daher unserer Ansicht nach nicht für irgendeine "Gegen- oder Alternativkultur" zu nutzen gewesen, sondern z.B. für die Möglichkeit, Ansätze einer proletarischen Kultur von den Jugendlichen zu entwickeln; oder für die Möglichkeit, die selbstverwaltete Arena zu einem hervorragenden Stützpunkt für die weitere Verbreitung der Existenzlohnforderung für die Lehrlinge zu machen; oder für die Möglichkeit, die Arena zu einem Zentrum für den weiteren Kampf der Jugendlichen in der Ausbildungsfrage zu machen; oder für die Möglichkeit, ein Zentrum zu schaffen, das mithilft, die antiimperialistischen Bestrebungen der Jugendlichen zu vertiefen; für die Möglichkeit, daß die Jugendlichen ihre Freizeit gestalten, wie sie im Motorradklub, im Vorschlag nach einem Fußballplatz, einer Sporthalle

einem Schwimmbad, einem Bastelklub und in einem Kindergarten praktisch zum Ausdruck gekommen sind.

In diesem Sinn hätte auch die während der Zeit der Besetzung bereits geschaffene Bewegungsfreiheit bei der Programmerstellung in der Arena besser genützt werden müssen. Aber das Programm bestand zum grössern Teil in "alternativem, progressivem usw. bürgerlichen Kulturbetrieb", was auch mit der Zeit dazu führte, daß der Anteil an werktätigen Jugendlichen immer mehr abnahm. Gerade die Begeisterung bei den Auftritten der Chilenischen Gesangsgruppe, des Chors der Slowenen und des Lehrlingstheaters sowie die praktischen Vorschläge für die Freizeitgestaltung zeigten anschaulich, daß die spontanen Bedürfnisse der Jugendlichen gerade entschieden in jene Richtung gingen, deren Erfüllung die Bourgeoisie verhindert.

Wird die politische Bewegungsfreiheit in diesem Sinn genützt, dann erst wird der spontanen Bewegung und ihren Anliegen in bewußter Form Rechnung getragen. Denn für einen bürgerlichen Kulturbetrieb brächte die Jugend keine solche Bewegung gegen den Staat hervor.

Von großer Bedeutung war es, die Forderungen und das Ausnützen der politischen Bewegungsfreiheit in diesem Sinne unter den Massen zu verankern. Die breite Unterstützung des Kampfes um die Arena durch die Massen, die in den tausenden Unterschriften, der großen Sympathie und den über 350.000 Arenabesuchern zum Ausdruck kam, war eine gute Voraussetzung. Die Erfahrungen bei der Agitation zeigten, daß vielen Menschen die Gängelung und Unterdrückung der Interessen der Jugendlichen sowie ihrer eigenen zutiefst zuwider ist und sie tiefe Sympathie damit empfanden, daß die Jugendlichen im Kampf gegen die Gemeinde Ellbogenfreiheit schaffen wollten für die Lösung verschiedener Probleme.

Auch hier konnte der Kampf um die Arena nicht als Kampf um "Gegen- bzw. Alternativkultur", sondern nur als politischer Kampf gegen den Staat zwecks Lösung bestimmter Probleme verankert werden, wobei nur so die Unterstützung des Kampfes auf eine bewußtere Stufe hätte gehoben werden können. Mit einer solchen Unterstützung des Kampfes wäre jeder wie immer gearteten Isolierung der Bewegung ein Riegel vorgeschoben worden.

Was die Kulturschaffenden anlangt, so stehen auch sie aus verschiedenen Gründen in Widerspruch zum Staat. Notwendig wäre es gewesen, bei diesen Widersprüchen anzusetzen und die Kulturschaffenden für die richtige Linie zu gewinnen, da sie nur so die Möglichkeit finden, dem Volk zu dienen, seine Proleme kennen zu lernen und sich vom Einfluß der Bourgeoisie zu lösen.

Die Linie der Unterordnung unter die Gemeinde

Die andere Linie war darauf aus, von der Gemeinde eine Arena auf Dauer als Ort bürgerlicher Gegenkultur zu ergattern. Das Wesen dieser Linie

bestand in einer völligen politischen Unterordnung unter die Gemeinde. Die Forderung nach der "Alternativkultur" ist Ausdruck der elenden Verhältnisse im bürgerlichen Kulturbetrieb, zielt aber lediglich darauf ab, einen "allgemeineren und offeneren Kulturbetrieb" einzurichten. Zielt lediglich darauf ab, dem Staat mehr Geld für "progressive Kultur" abzuluchsen, der Unsummen in die offiziellen Kultureinrichtungen steckt. Diese Linie stand von ihrem Anliegen her niemals in politischem Widerspruch zur Gemeinde. Es hatte vorher eine von der Gemeinde finanzierte Arena im Rahmen der Festwochen gegeben. Ein Beweis dafür, daß der Staat nichts dagegen hat, eine "progressive Kultur" zuzulassen, die nicht in Widerspruch zur bürgerlichen Klassengesellschaft steht. Die Gemeinde hat während des Kampfs um die Arena ständig betont, daß sie "den Arena-Gedanken für gut hält". Sie meinte damit eine Arena, in der die Jugendlichen entzückt dem sogenannten fortschrittlichen Kulturbetrieb lauschen und dabei auf Freizeitprobleme, Ausbildungsprobleme, Lohnfragen, usw. vergessen sollen. Sie wird daher sicherlich wieder eine Arena schaffen, die eben ein "Gegenkulturbetrieb" sein wird. Angekündigt hat sie es schon.

Alle jene, die in der Arenabewegung faktisch auf die Unterordnung unter die Fuchtel der Gemeinde in Form eines "Alternativkulturbetriebs" aus waren, traten an die Gemeinde im Grunde nur mit der Forderung heran, doch eine ständige solche Kultureinrichtung zu schaffen. Es gab für sie keinen Grund, einen entschiedenen Kampf gegen die Gemeinde zu führen.

Diese Linie trat in verschiedenen Erscheinungsformen auf.

Zuert betonte z.B. Dieter Schrage als Komitee-Mitglied gleich zu Beginn des Kampfes gegenüber der Presse, daß man eben um ein Gelände kämpfe, das ja nicht unbedingt die Arena sein müßte. Im Falle eines Alternativangebots könne man den Kampf beenden.

Die Vertreter der KPÖ - wohl die offensten Vertreter der bürgerlichen Kulturlinie - sprachen sich in der "Volksstimme" ganz offen für den Abbruch des Kampfes um die Arena aus und schlugen vor, in den Flak-Turm im 2.Bezirk zu übersiedeln. Bei ihnen war es von Anfang an am deutlichsten, daß es ihnen um die Beendigung des Kampfes ging; damit sie ihren bürgerlichen Einfluß auf die Jugend ausüben könnten.

Vom Standpunkt der bewußten oder unbewußten Unterordnung unter die Gemeinde in Form des bürgerlichen Gegenkulturbetriebs ist auch die Bereitschaft, den mit der Annahme eines Alternativgebäudes einhergehenden Abbruch des Kampfs um die Arena bereitwillig hinzunehmen und sich ausschließlich an den Verhandlungstisch zu setzen, gut verständlich. Die Vertreter dieser Linie waren auch ständig gewillt, den Kampf abzubrechen, die Besetzung aufzugeben, ein Alternativangebot der Gemeinde anzunehmen und die dann ein paar Wochen später gemeinsam mit der Gemeinde eröffnete und verwaltete Arena als Fortsetzung des Kampfes hinzustellen. Sie erkannten nicht und konnten nicht erkennen, daß die Gemeinde jedes Alternativangebot nur dazu machte, um den konkreten Kampf zu beenden. Nur so ist es auch zu verstehen, daß sich die Vertreter dieser Linie nach Beendigung der Besetzung für die weitere künstliche Aufrechterhaltung des Komitees einsetzten, einen Verein "Arena" gründen und sich mit der Gemeinde im Hinblick auf ein Alternativgebäude arrangieren wollten.

Im Gegensatz dazu war es für die andere Linie klar, daß es in dem politischen Kampf gegen die Gemeinde die entscheidende Niederlage bedeuten würde, sich darauf einzulassen, ein von der Gemeinde angebotenes und noch zu adaptierendes Alternativgebäude irgend wann einmal in Betrieb zu nehmen. Die Beendigung des Kampfs wäre der Effekt gewesen. Vom Standpunkt des Kampfs war jedes Alternativangebot der Gemeinde abzulehnen. In der Auseinandersetzung um den Auslandsschlachthof oder ein Alternativglände ging es nicht in erster Linie um architektonische Erwägungen, sondern vor allem um die Frage der Weiterführung oder der Beendigung des Kampfs, der Unterordnung oder der Selbständigkeit.

Eine andere Erscheinungsform als Ausdruck der falschen Linie war, daß sich ihre Verfechter damit begnügten, in der Arena ihre "Alternativkultur" zu betreiben und sie damit die Arenabewegung notwendig von der Bevölkerung isolierten. Sie wollten in der Stadt in erster Linie mit bürgerlichen kulturellen Darbietungen auftreten, nicht aber für die bewußte Verankerung der Kampfziele in den Massen arbeiten.

So setzte z.B. Dieter Schrage mit einigen anderen Komiteemitgliedern auf der 2.Arena-Vollversammlung auf die neuerliche Wahl des Festwochenintendanten ins Komitee, um der "Gemeinde ein Vorgehen gegen die Arena zu erschweren". Der Herr Intendant hat sich aber am Kampf um die Forderungen in keiner Weise beteiligt, weil er jeder politischen Auseinandersetzung mit der Gemeinde weit ausweichen wollte. Trotzdem war er in den Augen der bürgerlichen Kulturbetriebler ein Fauspfand für die baldige gemeinsame Verwirklichung einer ständigen "Gegenkultureinrichtung"! Die Vertreter dieser Linie setzten demnach nicht auf die Unterstützung der Massen, sondern auf honorige Figuren der bürgerlichen Kunst- und Kulturwelt.

Weiter. Die Vertreter dieser Linie waren ständig bemüht, die politischen Veranstaltungen möglichst zu verhindern, an unbedeutende Tage oder in abgelegene Nebenhallen zu verlegen. Sie waren z.B. dagegen, daß verschiedene antiimperialistische Komitees Spenden für den Befreiungskampf der Völker der Welt sammelten. Sie stellten Programme zusammen, die die geschaffene Ellbogenfreiheit auffüllten mit vorwiegend bürgerlichem Kulturbetrieb. Sie waren ständig bemüht - allen voran die KPÖ-Vertreter - für die Arbeiter eine Kultur aus ihrem bürgerlichen Schädel heraus zu schaffen und die Bewegung der Fuchtel bürgerlicher Politik zu unterwerfen. Sie verhinderten, daß sich die fortschrittlichen Künstler in den Dienst des Volks stellen konnten, von ihm lernen und seine Probleme erkennen konnten.

Die Kräfteverhältnisse zwischen diesen beiden Linien entschieden über Sieg oder Niederlage

Es ist eine Tatsache, daß 70.000 Menschen die Forderungen durch ihre Unterschrift unterstützten und über 350.000 die Arena mit großer Sympathie besucht haben. Die Unterstützung im Volk war so groß, daß es die Gemeinde solange nicht wagen konnte, die Arena-Bewegung offen niederzuschlagen, solange sie nicht die Bewegung selber gespalten, demoralisiert und zersetzt hatte.

Anfangs versuchte sie, den Kampf um die Arena zu kriminalisieren, um die Bewegung über die Isolierung von den Massen zu demoralisieren. Das schlug fehl, denn die Massen billigten das Mittel der Besetzung, weil sie das Ziel guthießen. Bald danach erkannte die Gemeinde, daß sie die Bewegung spalten, zersetzen und demoralisieren mußte, um Erfolg zu haben. Sie spaltete, indem sie die inneren Widersprüche der Bewegung - die Widersprüche zwischen den beiden Linien ausnützte und der bürgerlichen Linie den Rücken stärkte. Sie begrüßte den "Arena-Kulturgedanken", redete nur von Kultur, aber niemals von einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung; sie bot Alternativgebäude, forderte ultimativ auf, die Besetzung zu beenden, ließ ständig Polizei vor der Arena aufziehen, die die Besetzer schikanierte und betonte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit denjenigen, die einen Kompromiß anstrebten. Damit machte sie den Kampf um die Arena unter den Massen herunter und trug dazu bei, daß die Unterstützung rasch zurückging. Ein bürgerliches Gegenkulturzentrum wollten die 70.000 Unterschreibenden nämlich nicht.

Erst zu jenem Zeitpunkt, wo der Kampf um die Forderungen unter den Massen als Kampf um eine "Alternativkultur" verleumdet war, als sich diese Verleumdung in den Verhandlungen um das Alternativgebäude Inlandsschlachthof zu bestätigen schien und die Massen annehmen mußten, daß die Bewegung offensichtlich bereit war, sich unter die Fuchtel der Gemeinde zu stellen, wagte die Gemeinde ein schärferes Vorgehen, offenen Polizeiterror gegen die Arenabewegung und schließlich das Absperren von Wasser, Gas und Telefon und Strom.

Sie konnte es wagen, weil sich die Bewegung auf Grundlage der Spaltung mehr und mehr zersetzte und demoralisiert wurde, was sich in einer immer geringer werdenden Zahl von Besetzern, Aktiven, Besuchern und Teilnehmern an den Vollversammlungen niederschlug. Diese Zersetzung und Demoralisierung vertiefte wiederum die Spaltung. So war es z.B. gegen Ende des Kampfs bereits so weit, daß eine ca.40-köpfige Vollversammlung beschloß, den Kampf weiterzuführen, während sich einige andere zu konkreten Verhandlungen über das Alternativgelände mit der Gemeindebürokratie trafen.

Die Gemeinde konnte siegen, weil sie mittels der in der Bewegung vorhandenen falschen Linie den Massen einen "Kulturkampf" vorgaukeln konnte und weil sie die Bewegung im Inneren mittels dieser falschen Linie spalten, zersetzen und demoralisieren konnte. Das wäre ihr nicht so leicht möglich gewesen, wenn in der Bewegung der Kampf gegen die falsche Linie entschiedener geführt und die Massen offensiver für die Forderungen gewonnen worden wären.

Die Fehler von uns Kommunisten

Der Hauptfehler war, daß wir zuwenig entschieden erkannt haben, daß die mit der Forderung nach Selbstverwaltung eröffnete Möglichkeit zur größeren politischen Bewegungsfreiheit für den Klassenkampf genützt werden muß. Wir haben zwar festgelegt, daß wir dafür eintreten, daß das Programm in der Arena auch den Kampf und die Forderungen behandeln soll, daß die Massen in der Stadt und die Arbeiter in den Betrieben für die Forderungen gewonnen werden müßten usw. Wir haben ständig richtig betont, daß die Forderungen das Entscheidende sind, aber wir haben den Drang nach politischer Bewegungsfreiheit zu wenig in Verbindung mit der Lösung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme der Jugendlichen gesehen. Die sozialen Wurzeln und die für ihre Lösung notwendige Ellbogenfreiheit haben wir oft aus dem Zusammenhang gerissen.

Das war der Grund dafür, daß wir selbst oft nur die Erscheinungsformen des Kampfs der zwei Linien erkannten und Schwankungen durchmachten. Das war der Grund dafür, daß wir die falsche Linie nicht entschieden genug als Linie der Unterordnung unter die Gemeinde bekämpften und viel zu lange nur die Selbständigkeit der Bewegung sahen, ohne entschieden genug zu erkennen, daß die Selbständigkeit in der politischen Linie ihren Ausdruck finden muß.

Hätten wir diesen roten Faden im Auge gehabt, dann wären uns die Schwankungen erspart geblieben, dann hätten wir hinter den verschiedenen Erscheinungsformen die falsche und richtige Linie besser herausarbeiten können. Dann hätten wir entschieden besser dazu beitragen können, daß die Jugendlichen den Kampf für die richtige Linie gut führen und die falsche schlagen hätten können.

Wir haben es verabsäumt, eine entschiedene selbständige kommunistische Agitations- und Propagadatätigkeit zu entfalten, um die spontane Feindschaft der Bewegung der Jugendlichen gegen den Staat allseitig zu schüren und den Klassencharakter des Staates darzulegen. Lange Zeit haben wir uns begnügt, konsequente Arenabesetzer zu sein, anstatt eine allseitige und konsequent kommunistische Arbeit zu entfalten. Damit haben wir es verabsäumt, zu versuchen, den spontanen Kampf auf eine bewußtere Stufe zu heben.

Wenn wir als Kommunisten es verabsäumen, eine allseitige politische Arbeit zu machen, dann lassen wir zu, daß die Massen die Zusammenhänge schlecht erkennen und im Klassenkampf scheitern werden.

P.F.